

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis pro Nummer 10 Pf., monatlich 30 Pf., vierteljährlich 90 Pf., halbjährlich 1,80 Mark, jährlich 3,60 Mark, frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit illustrierter Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,20 Mark pro Monat, 12 Mark pro Jahr, frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit illustrierter Beilage 10 Pf. Postabonnements: 1,20 Mark pro Monat, 12 Mark pro Jahr, frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit illustrierter Beilage 10 Pf. Postabonnements: 1,20 Mark pro Monat, 12 Mark pro Jahr, frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit illustrierter Beilage 10 Pf. Postabonnements: 1,20 Mark pro Monat, 12 Mark pro Jahr, frei ins Haus.

Ercheint täglich.

Die Interaktions-Gebühr

Beträgt für die sechsmonatige Annoncenzeit über deren Raum 60 Pf., für politische und gewerkschaftliche Annoncen und Bekanntmachungen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das ist jede Zeile Wort 30 Pf. (zweiwöchig 2 fertige Zeilen), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenanzeigen und Geschäftsverhandlungen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Telefon: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Sonntag, den 9. April 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Telefon: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

„Vorwärts“ und Parteivorstand.

In seiner gestrigen Erklärung sucht der Parteivorstand sein von uns in der Freitagnummer einwandfrei geschildertes Vorgehen gegen die Redaktion des „Vorwärts“ als Maßnahmen zu rechtfertigen, die er getroffen hat, um seine „zur Wahrung der Parteieinheit gefassten Beschlüsse zur Durchführung zu bringen“. Wir dagegen erklären, daß der Parteivorstand in selbstherrlicher Weise weit über die Grenzen hinausgegangen ist, die auch seinen Befugnissen durch das Parteistatut, die Beschlüsse und Grundsätze unserer Partei gezogen sind.

Die formale Rechtslage

Zwischen „Vorwärts“ und Parteivorstand gründet sich auf die Paragraphen 24 und 25 des Parteistatuts. Sie lauten:

§ 24. Zentralorgan der Partei ist der „Vorwärts“, Berliner Volksblatt. — Die offiziellen Bekanntmachungen sind an hervorragender Stelle des redaktionellen Teiles zu veröffentlichen.

§ 25. Zur Kontrolle der prinzipiellen und taktischen Haltung des Zentralorgans sowie der Verwaltung desselben wählen die Parteigenossen Berlins und der Vororte eine Preßkommission, die aus höchstens zwei Mitgliedern für jeden beteiligten Reichstagswahlkreis bestehen darf.

Die Preßkommission entscheidet in Gemeinschaft mit dem Parteivorstande über alle Angelegenheiten des Zentralorgans, insbesondere über Anstellung und Entlassungen im Personal der Redaktion und Expedition. Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Parteivorstand und der Preßkommission entscheidet die Kontrollkommission, der Parteivorstand und die Preßkommission in der Art mit gleichen Rechten, daß jedes dieser drei Organe eine Stimme hat.

Wollte der Parteivorstand gegen die Redaktion vorgehen, so hätte er nach dem klaren Wortlaut des Statuts sich erst mit der Preßkommission zu verständigen. Wäre eine Verständigung nicht zustande gekommen, so hätte die Kontrollkommission zur Entscheidung hinzugezogen werden müssen. Der Parteivorstand hat das nicht getan, er kann also sein Vorgehen weder durch das Parteistatut noch durch irgendeinen Parteitagbeschluss rechtfertigen.

Der Parteivorstand erklärt, daß er um der Parteieinheit willen gegen uns vorgehen müsse. Aber er tritt dabei zu gleicher Zeit in einer dreifachen Rolle auf: als Ankläger, als Richter in eigener Sache und als Strafvollzugsbeamter. Er erhebt die Anschuldigung, die Vorwärtsredaktion gefährde die Parteieinheit, er erklärt uns a tempo für überführt, verurteilt uns und etabliert sich unter Mißbrauch seiner Amtsgewalt auch sofort als Strafvollzugsinstanz, indem er der Redaktion das Verfügungsrecht über die technischen Einrichtungen des Blattes entzieht. Wahrlich ein Verfahren, das man in einem kapitalistischen Zeitungsunternehmen kaum für möglich halten sollte, das in unserer Partei, deren Grundlage und Lebenselement das demokratische Prinzip ist, mit dem Worte unerbört noch sehr milde bezeichnet ist.

Die Fraktionspaltung

wird vom Parteivorstand als Ausgangspunkt des Konfliktes bezeichnet; die Vorgänge in unserer Reichstagsfraktion sollen ihm die Rechtfertigung seiner Gewaltmaßnahmen gegen uns liefern. In Wirklichkeit besteht der Konflikt zwischen Redaktion und Parteivorstand schon seit Beginn des Krieges, er hat durch die letzten Vorgänge in der Reichstagsfraktion allerdings eine verschärfte Form angenommen. Aber die von uns nie geleugnete Tatsache, daß uns seit Beginn des Weltkrieges tiefgehende Meinungsverschiedenheiten über Kriegsurache, Kriegsverlauf, Kriegswirkungen und Kriegsende sowie die Politik der Arbeiterklasse im Kriege vom Parteivorstande und der Fraktionsmehrheit trennen, gibt dem Parteivorstande nie und nimmermehr das Recht, mit diktatorischer Gewalt und mit terroristischen Mitteln nach eigenem Ermessen gegen die Redaktion des „Vorwärts“ vorzugehen. Hier steht Meinung gegen Meinung, Ueberzeugung gegen Ueberzeugung. Das letzte entscheidende Wort hat hier die Gesamtpartei und zwar deren Organ, der Parteitag, zu sprechen. Der Parteivorstand wie die Reichstagsfraktion sind Organe der Gesamtpartei, sind nicht gleichberechtigte Faktoren neben dem Parteitag, unterscheiden daher dessen Kontrolle und haben nicht das mindere Recht, dessen Entscheidungen vorzuarbeiten. Für die Vorwärtsredaktion kommt aber noch in Betracht, daß die Organisationen der Berliner Genossen mit gleichem Recht wie der Parteivorstand zu einem Urteil über ihre Haltung berufen sind.

Im Laufe der 20 Kriegsmomente ist es manchmal so hingestellt worden, als ob die Reichstagsfraktion die höchste Parteinstanz sei, deren Meinungen und Handlungen kritiklos als Aeußerungen des ausschlaggebenden Parteiwillens hingenommen werden müßten. Davon kann unter keinen Umständen die Rede sein; weder das Parteistatut noch die Parteigeschichte geben ein Recht zu dieser Annahme. Wenn in der Zeit des Sozialistenkrieges die Reichstagsfraktion mit gewissen organisatorischen Nachbetrugungen betraut war, so geschah das infolge der gewalttätigen Unterbindung des öffentlichen Parteilebens und der völligen Erstarrung der

Partei, aber es geschah mit Willen und unter ausdrücklicher Zustimmung der damaligen Organe der Gesamtpartei. So wie die Dinge heute liegen, ist die Reichstagsfraktion der Kritik und den Beschlüssen des Parteiconses unterstellt, sie ist ein Organ der Partei aber keine besondere Organisation innerhalb der Partei. Eine Spaltung innerhalb der Fraktion ist daher noch lange keine Spaltung der Partei, die Bildung einer gesonderten Gruppe von Fraktionsmitgliedern ist daher auch nicht eine „Sonderorganisation“, wie der Parteivorstand in tendenziöser und irreführender Weise behauptet. Wäre diese Fiktion des Parteivorstandes richtig, so hätte er die „Separatisten“ als außerhalb der Partei stehend erklären müssen. Das zu tun hütet er sich aber, denn dazu fehlt ihm jede rechtliche Grundlage. Nur der Parteitag hat über das Vorgehen der „Separatisten“ das Urteil zu sprechen, nur er allein kann ihr Verhalten verdammen oder billigen, nicht aber der Parteivorstand, dessen Mitglieder, soweit sie als parlamentarische und politische Persönlichkeiten in Betracht kommen, in ganz ausgeprägter Form Partei und somit befangen sind.

Rechte und Pflichten der Redaktion.

Solange also die „Separatisten“ vollberechtigte Parteimitglieder sind, solange sie auf dem Boden unserer Parteigrundsätze und Parteibeschlüsse stehen, solange haben sie auch ein Recht, im „Vorwärts“ zu Worte zu kommen. Wo und wie die Redaktion sie zu Worte kommen lassen will, darüber hat sie allein zu entscheiden, solange die Aufsichtsinstanzen, d. h. in diesem Falle Parteivorstand und Preßkommission, nicht Verhaltensvorschriften geben. Der Parteivorstand allein hat zu Eingriffen in die Redaktionsführung kein Recht. Ohne ein sich im Rahmen der Rechte aller Aufsichtsinstanzen haltendes freies Verfügungsrecht über Raum und Text der Zeitung, ist eine selbständige und unabhängige Betätigung der Redaktion nicht möglich. Der Parteivorstand kann von uns einzig und allein verlangen, daß wir seine offiziellen Bekanntmachungen an hervorragender Stelle bringen. Dieser Verpflichtung sind wir stets nachgekommen und werden es stets tun. Der Parteivorstand kann uns täglich eine Rundgebung übermitteln, sie wird stets die „hervorragende Stelle“ finden, die ihr gebührt. Unser gutes Recht als Parteigenossen und Parteiredaktion ist es, zu den Rundgebungen des Parteivorstandes unsere Meinung zu sagen. Denn noch sind wir nicht soweit, daß ein Parteivorstandserlaß wie ein Jarenukas außerhalb jeder Kritik steht.

Wenn die Redaktion die Erklärungen der „sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft „an hervorragender Stelle“ abgedruckt hat und abdrucken wollte, so ging sie dabei von folgenden Erwägungen aus:

1. Die neue Fraktion ist ein Teil der parlamentarischen Vertretung unserer Partei, deren Mitglieder auf dem Boden unseres Parteiprogramms und unseres Parteistatuts stehen. Ueber die Entstehung und das Lebensrecht dieser Gruppe hat, wie wir oben dargelegt haben, nur der Parteitag zu entscheiden. Solange dieses Urteil nicht gefällt ist, haben sie ein Recht, den Genossen und ihren Wählern von ihrer parlamentarischen Tätigkeit Kenntnis zu geben.

2. Unter den 18 „Separatisten“ befinden sich 4 Vertreter Berliner und zwar der größten Berliner Wahlkreise. Diese Kreise umfassen gut drei Viertel der Berliner Abonnenten und Leser des „Vorwärts“, sie umfassen die städtische Zahl von einigen hunderttausenden sozialdemokratischer Reichstagswähler, die alle das gute Recht haben, an hervorragender Stelle zu lesen, was ihnen ihre Vertreter im Reichstage zu sagen haben, damit sie sich über ihr parlamentarisches Verhalten ein Urteil bilden können. In seiner brennenden Sorge um die Einheit der Partei scheint der Parteivorstand ganz veressen zu haben, daß der „Vorwärts“ Zentralorgan und gleichzeitig Organ der Berliner Genossen ist. Die Redaktion glaubte aber bei den Anordnungen ihres redaktionellen Stoffes auf diese Tatsache Rücksicht nehmen zu müssen.

Die Einheit der Partei

zu wahren, hält der Parteivorstand für seine heiligste Pflicht. Und wer wollte ihm diese Pflicht bestreiten? Aber glaubt er diese seine Aufgabe innerhalb einer demokratischen Partei durch diktatorisches Auftreten, mit terroristischen Mitteln, durch Unterbindung der Meinungsfreiheit und Vergewaltigung journalistischer Berufspflichten erreichen zu können? Mit welchem Rechte darf er sich herausnehmen die Redaktion des „Vorwärts“ als einen Schädling am Baume der Parteieinheit zu denunzieren und zu mahregeln? Die Mitglieder der Redaktion stehen treu auf dem Boden der Organisation und erfüllen ihre Parteipflicht gewissenhaft, nicht allein in ihren Redaktionszimmern, sondern auch draußen, sei es als Redner, sei es auf irgendeinem Gebiete unserer Organisationsbetätigung. Daß wir in dieser durch die Stürme des Weltkrieges ausgewählten Zeit in vielen grundsätzlichen und taktischen Fragen anderer Meinung sind als der Parteivorstand, ist noch kein Grund, uns des Verbrechens der Parteispaltung zu zeihen, zu verurteilen und gleichzeitig zu bestrafen. Wir glauben mit unseren Anschauungen genau so fest auf dem Boden unseres Parteiprogramms zu stehen, wie es der Parteivorstand und die Fraktionsmehrheit von sich glauben. Auf eine materielle Untersuchung dieser Anschauungen näher einzugehen würde zu weit führen, könnte auch zurzeit, wo außerhalb der Partei stehende stärkere Ge-

walten auf der Presse lasten, nur sehr unvollkommen und unter sehr ungleichen Bedingungen geschehen. Wir würden dabei jedenfalls zurzeit schlechter wegkommen als der Parteivorstand, dem wir diese Tatsache gern mit einem Berg von Zensurakten beweisen wollen. Daß aber zu dem Druck der Militärsensur nun auch noch eine Parteizensur kommt mit Methoden, die denen der Militärsensur mindestens gleichkommen, sie sogar übertrifft, das ist eine der empörendsten Erfahrungen in dieser an bitterem Erleben so überrichen Zeit.

Der Parteivorstand hätte die Pflicht, die Entscheidung im Meinungsstreite einem kommenden Parteitag zu überlassen. Von einem selbstherrlichen und gewalttätigen Eingreifen in Meinungsverschiedenheiten hat er die Finger zu lassen. Seit drei Jahren hat der höchste Gerichtshof unserer Partei, der Parteitag, nicht zusammengetreten und urteilen können. In einer so langen Zeit sollten die ausführenden Organe der Partei alles vermeiden, was als Mißbrauch bürokratischer Machtmittel gedeutet werden muß.

Die Meinungsfreiheit

will der Parteivorstand im Zentralorgan zur Geltung bringen, und seine Maßnahmen sind, so behauptet er, kein Eingriff in die Meinungsfreiheit. Solange es aber ein Zentralorgan der Partei gibt, hat seine Meinungsfreiheit darin bestanden, daß die Redaktion ihre Anschauungen und ihre Ueberzeugung im Rahmen unseres Parteiprogramms im Blatte vertreten hat. Ueber Preßkommission und Parteivorstand haben bisher den Grundsatß aufgestellt, daß die Redakteure des „Vorwärts“ die Ansicht der Vorstandsmehrheit oder der Anschauungen der Fraktionsmehrheit sein müßten. Traten zwischen der Redaktion auf der einen Seite und Parteivorstand und Preßkommission auf der anderen Seite so tiefgehende Meinungsverschiedenheiten auf, daß ein gedeihliches Zusammenarbeiten nicht mehr möglich war, so wurde eine mehr oder weniger schmerzhaft Scheidung vollzogen. Stets aber hatte der Parteivorstand der Redaktion volle Meinungsfreiheit garantiert.

Die Redaktion hat sich seit Kriegsbeginn und im Verlauf des Krieges über alle die große Weltkatastrophe betreffenden Fragen, vor allem aber auch über die Aufgaben, die die Partei in dieser furchtbaren Völkerringe zu erfüllen hat, eine bestimmte Meinung gebildet und sie nach Möglichkeit vertreten. Unter dem Zwange der Militärsensur konnte das nur selten in klarer und bestimmter Form geschehen, oft konnte nur in versteckter, verlausulierter Form angedeutet werden, was die Redaktion dachte, manchmal war und ist in diesen schweren Zeiten Schweigen auch eine Meinungsäußerung. Unsere Haltung und unsere Anschauungen standen und stehen im Gegensatz zu denen des Parteivorstandes, aber sie fanden bisher die Billigung bei den Mehrheiten der ausschlaggebenden Berliner Parteioorganisationen.

Diese unsere Meinung hat bestanden, ehe es eine „separatistische“ Bewegung in der Reichstagsfraktion gegeben hat, sie ist durch die Bildung der neuen Fraktion nicht geändert worden. Wir werden uns der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft gegenüber genau dieselbe Unabhängigkeit und Selbstständigkeit des Urteils wahren wie gegenüber der alten Reichstagsfraktion. Wir haben die offiziellen Erklärungen an „hervorragender Stelle“ aus den oben dargelegten Gründen gebracht, nicht aber weil wir uns als Zentralorgan der neuen Arbeitsgemeinschaft etablieren wollten, ebensowenig wie wir bisher unseren idealen Lebenszweck darin erblickten, Zentralorgan der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu sein.

Der Parteivorstand glaubt den Bürendienst, den er der nach seiner Meinung von der Vorwärtsredaktion vergewaltigten Meinungsfreiheit erweist, damit begründen zu können, daß auch

die Mehrheit im Zentralorgan

zu Worte kommen müsse. Dabei ist natürlich nur reiner Zufall, daß der Parteivorstand die Anschauungen dieser Mehrheit teilt, einzelne seiner Mitglieder sogar ganz besonders streitbare Wortführer dieser Mehrheit sind. Aber nur Böswilligkeit oder Unkenntnis kann behaupten, daß die Vorwärtsleiter nicht hätten erfahren können, wie die Mehrheit denkt und was sie will. Der aufmerksame Leser hat sich sehr wohl aus dem „Vorwärts“ ein Urteil bilden können über die Meinungen eines Heine, Pens, Kolb, Scheidemann, David, Gaenisch, Lenich, Sué usw., zum Teil sogar aus eigenen Artikeln dieser Mehrheitsvertreter. Ueber manche Fragen konnten die Genannten im „Vorwärts“ weit ausführlicher zu Worte kommen als es Vertretern der Minderheit und der Redaktion selbst aus den mehrfach erwähnten Gründen möglich war. Wir denken dabei noch nicht einmal an die ganz ausführlichen Parlamentsberichte in den Spalten des „Vorwärts“, in denen die Mehrheitsanschauungen doch sehr gründlich erörtert werden.

Daß die Redaktion nicht jeden Artikel, jede Einsendung und jeden Geistesblitz aufnehmen konnte, die Anhänger der Mehrheit ihr zusandten, liegt nicht an ihrer Intoleranz, sondern an zwei Tatsachen, für die man wenigstens beim Parteivorstande Verständnis erwarten sollte. Einmal mußte die Gewähr gegeben sein, daß die Redaktion mit derselben Deutlichkeit zu der Frage, die von dem Einsender der Mehrheit erörtert wurde, Stellung nehmen konnte, zweitens aber fand die Aufnahmemöglichkeit ihre Grenzen an den ge-

hebenen Raumverhältnissen des Blattes. Gerade der Parteivorstand und der Geschäftsführer Fischer, der sich mit dem Parteivorstand verbindet hat, sind es, die der Redaktion das hausälterische Umgeben mit dem Raum des Blattes fortwährend zur Willkür gemacht haben. Es ist das eine Aufgabe, die in diesen bewegten Zeitläuften nur schwer mit den sonstigen publizistischen Pflichten im Einklang zu bringen ist. Trotzdem haben wir uns diesen Argumenten nicht verschlossen, jetzt allerdings, wo die Dinge sich so zugeipst haben, können wir uns des Verdachtes nicht erwehren, daß die fortwährende Verkünderung des Sparengeliums nicht allein ökonomischen Gründen entspringt. Bei Organen, die ausschließlich für die Verteidigung der Mehrheits- und der Parteivorstandhaltung bestimmt sind, wir denken dabei an die „Fackel“ und die neue Form der Parteikorrespondenz ist jedenfalls von der Sparteorie nicht viel zu merken.

Als besonders belästigend Stronzungen für unsere Intoleranz führt der Parteivorstand

das Redaktionsmitglied Cunow

gegen uns ins Feld. Da Cunow nun schon mehrmals gegen uns ausgepielt worden ist, sehen wir uns gezwungen, aus der bisher von uns beobachteten Zurückhaltung herauszutreten. Genosse Cunow war bereits vor dem Kriege aus dem engeren Redaktionsverbande ausgeschlossen. Er war als aufstrebendes Redaktionsmitglied zur Mitarbeit in bestimmten Fragen und in bestimmtem Umfange sowohl für die „Neue Zeit“ wie für den „Vorwärts“ verpflichtet worden. Zu Beginn des Krieges stand Genosse Cunow vollständig auf dem Boden der Anschauungen der Gesamtdredaktion, er war es sogar, der am 4. August 1914 eine dementsprechende Erklärung der Redaktion zu der Abstimmung der Reichstagsfraktion formuliert. Bis Mitte Oktober 1914 hat dann Genosse Cunow auf unserer Seite gestanden, bis das große „Umlernen“ über ihn kam und er sich zu dem Standpunkte der Wahrheit bekehrte. Doch das ist Ueberzeugungssache und es liegt uns fern, dem Genossen Cunow daraus den geringsten Vorwurf zu machen. Wohl aber war es von ihm, sagen wir — illoyal, daß er seinen Kollegen nicht mit einer Silbe Mitteilung von seiner Meinungsänderung machte, sondern eines schönen Tages Angriffe aus dem Lager der Wahrheit auf sie richtete. Die redaktionellen Verpflichtungen für Cunow bestanden aber fort, und die Redaktion hat auch ohne weiteres seine eingesandten Artikel aufgenommen, obwohl sie sich meistens mit ihrer Auffassung nicht deckten. Nur in einem, höchstens in zwei Fällen hat die Redaktion dem Genossen Cunow seine Arbeit zurückgeschickt, weil die Gesamtdredaktion sie nicht glauben verantworten zu können. Dabei weiß Genosse Cunow ganz genau, daß dieses Schicksal auch der Arbeit eines Kollegen der engeren Redaktion bleiben kann, wenn er damit in einer bestimmten, dem Urteil der Redaktionskonferenz unterliegenden Frage bei dieser keine Zustimmung findet. Im übrigen sind an den Arbeiten Cunows nur die Änderungen vorgenommen worden, die durch die Zensurvorschriften geboten waren. Da aber Genosse Cunow länger als ein Jahr nicht mehr an unseren Redaktionskonferenzen teilnimmt, wozu er berechtigt ist, vielleicht in diesen für die Zeitung so kritischen Zeiten sogar verpflichtet wäre, so hat er natürlich keine Kenntnis von der reichen Fülle sich täglich erneuernder Zensurvorschriften, mit denen die Zeitungen in den Pressekonferenzen des Reichstages und auf anderem Wege bedacht werden. Der Kollege aber, der seinerzeit gerade auf Cunows Antrag mit der Durchführung der Zensurvorschriften betraut wurde, kann und darf natürlich im Interesse des Blattes nicht bei allem Respekt vor Cunows wissenschaftlicher Arbeit seine Pflicht vernachlässigen. Der Parteivorstand sollte also den Genossen Cunow als Belastungszeugen gegen uns aus dem Spiel lassen.

Die Zensurpraktiken des Parteivorstandes,

die wir am Freitag in ihren Einzelheiten geschildert haben, sind derart, daß sie zu seiner feierlich verkündeten Aufgabe, Hüter der Meinungsfreiheit und Säuberer der redaktionellen Unabhängigkeit zu sein, passen wie die Faust aufs Auge. Er wagt von einer Bevormundung der Leser durch die „Vorwärts“-Redaktion zu reden und macht sich in gleichem Maaße ein Bevormundungsrecht über Redaktion und Leser an, ohne die ihm gleichgestellte und gleichberechtigte Instanz, die Berliner Preßkommission auch nur mit einer Silbe von seinem Vorhaben zu benachrichtigen. Er verhängt über die Redaktion eine Art Präventivzensur nach dem Muster der Militärzensur nur mit dem Unterschiede, daß letztere so loyal

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 8. April 1916. (B. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Auf dem linken Massener erstürmten Schlesier und Bayern zwei starke französische Stützpunkte südlich von Hancourt und nahmen die ganze feindliche Stellung auf dem Rücken des Termitenhügels in einer Breite von über 2 Kilometern. Ein heute früh versuchter Gegenangriff scheiterte völlig. Unsere Verluste sind gering, diejenigen des Gegners, auch infolge des heimatlichen Verhaltens einzelner, besonders schwer. Inzwischen wurden 15 Offiziere, 699 Mann unverwundet gefangen, darunter zahlreiche Rekruten der Jahrgangsklasse 1916.

Auf den Höhen östlich der Maas und in der Boevre waren die beiderseitigen Artillerien stark tätig.

Am Holsenkopf (südlich von Sondernach in den Vogesen) stieß eine kleinere deutsche Abteilung in eine vorgeschobene französische Stellung vor, deren Besatzung bis auf 21 Gefangene fiel. Die feindlichen Gräben wurden gesprengt.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Die russischen Angriffe blieben auch gestern auf einen schmalen Frontabschnitt südlich des Karoog-Sees beschränkt und wurden glatt abgewiesen.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalkabsbericht.

Wien, 8. April. (B. Z. B.) Amtlich wird verlautbart:

Russischer und südöstlicher Kriegsschauplatz.

Nichts von besonderer Bedeutung.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Auf der Hochfläche von Dobberio wurde der Feind heute nacht aus einigen vorgeschobenen Sappen vertrieben. Auch südlich des Orzyl See nahmen unsere Truppen eine italienische Stellung und brachten dabei 43 Gefangene und ein Maschinengewehr ein. In der Tiroser Front unterhielt die italienische Artillerie in mehreren Abschnitten, insbesondere aber gegen unsere Stellungen westlich von Riva lebhaftes Feuer. Eine feindliche Abteilung, die sich in einer unserer Sappen am Südhänge der Rocchetta festgesetzt hatte, wurde durch Gegenangriff daraus vertrieben. Die Zahl der bei der Säuberung des Kampfplatzes eingebrachten Gefangenen erhöht sich auf drei Offiziere einhundertsechzig Mann. Alle anderen dort kämpfenden Italiener fielen im Handgemenge.

Schwerer bei Morgengrauen griffen Geschwader von Luft- und Seeflugzeugen die Bahnhöfe von Casaria und San Giorgio di Rogaro mit deutlichen erkennbarem Erfolge an. Von den schweren Fliegern, die sich zum Bombenwurf tief herunterließen, sind drei nicht zurückgekehrt.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalkabs
von Hofer, Feldmarschallleutnant.

ist, die Zeitungen von ihrem Vorgehen vorher zu benachrichtigen, auch läßt sie den Redaktionen das freie Verfügungsrecht über die technischen Einrichtungen des Blattes. Auf diesem Gebiet hat der Parteivorstand nicht nur umsonst, sondern auch noch sehr viel dazugelernt.

Wir protestieren mit aller Entschiedenheit gegen ein solches in der Parteigeschichte beispiellos dastehendes und bis vor kurzem undenkbares Verfahren. Die Berliner Preßkommission ist bereits unserem Proteste beigetreten. Das hindert den Parteivorstand nicht, sein Ueberzeugungsamt in der im Bureauaum des Geschäftsführers Fischer eingerichteten Ueberwachungsstelle weiter auszuüben.

Wir vertrauen auf unser gutes Recht und auf unser gutes Parteilgewissen. Wir lassen uns nicht provozieren und zu Handlungen der Entrüstung hinreißen, aus denen uns der Parteivorstand vielleicht gerne einen Strich drehen und bei den Berliner Parteigenossen ins Unrecht setzen möchte. Wir rufen das gesunde Urteil und das Gerechtigkeitsgefühl der Parteigenossen an und erwarten die berechnete und notwendige Stellungnahme der Berliner Parteioorganisationen.

Die Redaktion des „Vorwärts“.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 8. April. (B. Z. B.) Amtlicher Bericht von Freitag nachmittag. Westlich der Maas drangen die Deutschen im Laufe eines Nachtangriffes, der nach einer heftigen Beschließung unserer Stellungen zwischen Vöthincourt und der Höhe 205 unternommen wurde, in einen Graben unserer ersten Linie längs der Straße Vöthincourt—Chottoncourt ein; ein sofort angelegter Gegenangriff warf sie aus dem größten Teil des von ihnen eroberten Geländes. Der Feind hält gegenwärtig nur noch einige vorgeschobene Zelle unserer Stellung von ungefähr 800 Meter Breite. Westlich der Maas zeitweilig Artilleriefeuer; wir machten weitere Fortschritte in den feindlichen Laufgräben südwestlich des Fort Donnemont. In der Boevre einige Artillerieüberfälle; auf der übrigen Front war die Nacht ruhig.

Paris, 8. April. (B. Z. B.) Amtlicher Bericht von gestern abend. In Belgien hat unsere schwere Artillerie vermehrendes Feuer auf deutsche Werke bei Widdelerle und Langemond gerichtet. Westlich von der Maas hat der Feind nach einer mehrstündigen heftigen Beschließung einen starken Angriff auf unsere Stellungen südlich von Hancourt und am Osteinang des Dorfes auf einer Front von etwa zwei Kilometer unternommen. Von unserem Sperrfeuer und der starken Beschließung unserer Maschinengewehre ausgehalten, konnten die Deutschen ihr Ziel nicht erreichen und mußten unter Zurücklassung von vielen Toten in ihre Gräben zurückweichen. Südlich von Vöthincourt machten wir mit Hilfe von Granaten einige Fortschritte in den Laufgräben und den Grabensüden, die vom Feinde in der letzten Nacht zwischen Vöthincourt und der Höhe 205 ausgehoben worden waren. Beim Toten Mann und dem Walde von Cumidros ziemlich heftige Beschließung. Westlich von der Maas und im Boevregebiet Artilleriekampf, bei dem sich unsere Batterien sehr tätig zeigten und mehrere Ansammlungen des Feindes zerstörten. Auf dem übrigen Teil der Front der übliche Artilleriekampf.

Belgischer Bericht: Ein kleiner Handstreich, der in der letzten Nacht auf einen unserer vorgeschobenen Posten in der Nähe von Steenstraete unternommen wurde, wurde durch unser Feuer zurückgewiesen. Am Nachmittage ziemlich heftige Artillerietätigkeit in den Abschnitten von Ramscapelle und Dignuiden.

Die englische Meldung.

London, 8. April. (B. Z. B.) Amtlicher Bericht vom 7. April. Bei St. Oloi gelang es dem Feind, einen Teil des von uns am 27. März genommenen Geländes zurückzuerobern. Der Kampf dauerte fort. Gestern abend drang nach einer sehr heftigen Beschließung eine kleine Handstreichabteilung des Feindes in einen unserer Gräben nördlich des Flusses Ancre ein, sie wurde aber rasch wieder hinausgeworfen. Heute war die Artillerie bei Souchez, Air Roullette, St. Oloi und Overn tätig.

Der russische Kriegsbericht.

Petersburg, 8. April. (B. Z. B.) Amtlicher Bericht vom 7. April. Westfront. Bei Riga und im Dünaburgschnitt nördlich von Friedriestadt fand an mehreren Stellen heftiger Artilleriekampf statt. Südwestlich Römiershof erschien ein feindliches Auto, das überraschend unsere Gräben mit Schnellfeuergeschützen beschoß. Es wurde durch unser Artilleriefeuer zum Rückzug gezwungen. In den Stellungen von Dünaburg Feuerkampf. Es wird gemeldet, daß der Übergang aufhöret und das Hochwasser nachläßt. Südwestlich des Karoog-Sees dauerte der heftige Artilleriekampf während des ganzen gestrigen Tages an. Gegen Abend nahmen unsere Truppen Teile der feindlichen Stellungen bei dem Dorfe Blizniti und brachten einen Offizier und 77 Mann als Gefangene ein. Zur Abwehr unserer Angriffe bedienten sich die Deutschen erkundender Gale. Am Südost (23 Kilometer) südlich Pinski machten die Deutschen Erkundungsversuche in Booten, sie wurden jedoch zurückgewiesen. Nördlich Gortorhst warfen feindliche Flieger Bomben ab. An der oberen Strypa beschossen wir mit Erfolg feindliche Batterien und beobachteten gutliegende Einschläge und zahlreiche Explosionen. Versuche des Feindes, gewisse Batterien unserer Feuerwirkung zu entziehen, waren erfolglos. Nördlich Sojan brachte der Feind eine Mine vor unseren Stellungen zum Ausfliegen.

Kaukasus: Im Küstenabschnitt gelang es unseren Truppen, durch Ueberraschung den Feind auf dem rechten Ufer des Kara Dere (40 Kilometer südöstlich Trapezunt) liegenden Stellungen über den Fluß zurückzuwerfen. Im oberen Schorochal machten unsere Truppen trotz Eis und sehr heftigen Schneesturms weitere Fortschritte.

Ein neuer russischer Riesenfriedhof.

Am der Lawlessa, 21. März 1916.

Auf der großen Straße nach Dünaburg flattert der Wagen schaukelnd und schwankend über Hügel, über Präden, an Sümpfen und Seen vorbei. Das Land bietet das Bild von unregelmäßig zusammengehobenen Hüppeln. In den Schluchten bilden sich Sümpfe, und Hochmoore machen selbst manche Hügel unpassierbar. Dazu ist das ganze Gelände mit großen und kleinen, jezt den Wasserpiegel hebenden Seen durchsetzt. Baumgruppen und Waldstreifen an den Abhängen beleben das landschaftliche Gemälde, aus dem die meisten kahlen, vom Schnee befreiten schwarzen Hüppeln trübselig herausragen. Die milde Tagestemperatur, der gewöhnlich noch leichte Nachtfrost folgen, frißt den in den Schluchten noch ziemlich reichlich liegenden Schnee langsam auf. Jedoch ist die Schneefrage fast genug, um das von den Abhängen und Höhen stürzende Wasser in einer Anzahl von Bächen und Bächen, die sich über Wege und Straßen wälzen, zu sammeln. Auf den Straßen bilden sich trotz angelegter Abzugsgräben breite, bald dünnflüssige lehmfarbene Tümpel, bald sandige Moraststellen, die wie drei auseinandergehen, bald wieder entsteht eine schwarze zähe Leimmasse, die wie Leim an den Füßen klebt. Immerhin kann man auf den Straßen mit fester Unterbekleidung noch vorwärts kommen. Auf dem Wege vorwärts man in Schlamme oder in mannshöhe Löcher. Kilometerlange Präden und Knüppelbänke, Abdämmungen und Gräben haben nur noch die schlimmsten Nebel besetzt, trotzdem kann man auf vielen Wegen nur in gut bespannten Wagen vorwärts kommen. Ich sah Wagen, die mit 6 und 8 Pferden angehängt waren, nur sehr langsam weiterzuziehen. Ohne die weit nach vorn gezogenen Eisenbahnen wäre das Herandrängen des erforderlichen Nachschubes kaum möglich. In diesem Lande ruht im Frieden monatlang fast jeder Verkehr. Die Einwohner in den wenigen kleinen Dörfern ziehen sich in ihre Hütten zurück, sobald man die Grenzarbeit beendet hat, und sie kommen erst wieder heraus, sobald nach der Schneeschmelze das Wasser abgelaufen und in den Boden eingesickert ist. Nun sieht man in dem ohnehin schwach bewässerten Landstrich nur noch vereinzelte bewohnte Hütten. Sie sind wieder malter eine alte Frau in mächtigen Wassertrüpfeln durch die Straßenlämpfe. Selten zeigt sich ein männlicher Zivilist.

Wir haben wieder eine Hölle erklettert. Vor uns liegt der Oja-See, hinter diesem, an einem sanften Abhänge, ein freundliches Landstädtchen, Nowo Alexandrowka. Es ist keines der üblichen

Handelsstädtchen mit einer Anzahl von kleinen Läden. Nowo Alexandrowka macht den Eindruck eines Ausflugsdort und einer ruhigen Beamtenwohnstadt. Man sieht einige Steinbauten, aber verhältnismäßig viel hübsche Holzhäuserchen in Villenstil mit Vorbauten, daneben aber auch elende Hütten und schmutzige Höfe. Viele Ruderboote und Badehäuschen am See lassen darauf schließen, daß Nowo Alexandrowka im Sommer von Bade- und Vergnügungsfreisenden besucht wird. Ueber alles ragt die mit zwei edigen Türmen versehene katholische Kirche auf dem höchsten Punkt hinaus. Am aufdringlichsten präsentiert sich jedoch eine russische Kirche. Sie kleiner, aber gefeierter Unterbau trägt zwei enger getratene verblühte Türmechen, gekrönt von breit ausladenden, vergoldeten Kiefern Zwiebelkuppen.

Die Fahrt geht weiter über Smelina am Laupensee. Hier verlassen wir die Hauptstraße und müssen leichte Wägelchen besteigen. Der Weg besteht nun tatsächlich aus einer Kette von Schlammseen, Bächen, Böden, Moränen, Knüppeldämmen und einigen in Schluchten noch feststehenden Schneewällen. Ueber Rauweiffisch und Langebri gelangte ich an die Front im Räume zwischen der großen Straße und der von Wilna heraufführenden Eisenbahn, ungefähr 15 Kilometer südlich Dünaburg an der Lawlessa. Dieses im Sommer nur dünne Bäcklein ist nun zu einem kräftigen Fließchen angewachsen, das wegen seines starken Gefälles nicht zufriert. Viel Mut hat es in den letzten Tagen getrunken. Wiederholt griffen hier die Russen, die sich durch die Sümpfe wunden und durch Schluchten herandrängten, in dichten Massen an. Besonders blutig waren die Kämpfe um den sogenannten „Lapgen“, einem der deutschen Stellung vorgelagerten, von unseren Truppen aber ebenfalls besetzten und verteidigten Hügel. Den Höhepunkt der Angriffe hier und östlich der Lawlessa überhanden die Deutschen in den Tagen vom 21. bis 25. März. Einmal kamen die Russen noch heftiger artilleristischer Vorbereitung heran, dann wieder ohne vorher die Kanonen sprechen zu lassen, stets vergeblich, jedesmal verwordend sich das Sturmgebände in ein Leichenfeld. Linie auf Linie trieben die Russen vorwärts, Linie auf Linie brach zusammen. Im Feuer der Schützen, der Maschinengewehre und der Artillerie fanden die Sturmenden in braunen Böden und weichen Anhängen in den Schnee. Die Sturmenden selbst waren fast wehrlos, denn die Deutschen standen geduckt in den Gräben auf der Höhe, die Schluchten und Abhänge wurden von den Maschinengewehren flankiert. So dicht die Angreifer auch verstärkten, nur einzelne Russen kamen bis vor das Drahtgitter. So erklärt sich der auffallend geringe Verlust der Deutschen. In dem Gefechtsbericht der... Division vom 26. März heißt es z. B.: „An Verlusten haben wir heute nur einige Leicht-

verwundete“, und im Bericht des nächsten Tages liest man es ähnlich. Wenn man auch annimmt, daß es der russischen Heeresleitung auf etliche Hunderttausende von Menschen nicht ankommt, so bleibt doch noch die Tatsache verwunderlich, daß die Truppen stundenlang, tagelang in immer erneuten Stürmen in mörderischem Feuer über die Haufen toter Kameraden hinweg gegen augenscheinlich uneinnehmbare Stellungen antraten. Wie und ein Hauptmann berichtet, hat man beobachtet, daß die zum Sturm angetriebenen Russen vorwärts müssen, wenn sie es nicht vorzogen, vom Feuer der eigenen Artillerie vernichtet zu werden, denn dieses sperrte die Rückzugsweg der Angreifer, um zu verhindern, daß energischer Widerstand der Verteidiger und Gegenstücke sie in die Flucht treiben. So hätten die Russen nur die Wahl, entweder in das gegnerische Feuer hineinzustürmen, oder von russischen Granaten zerrissen zu werden. Aussagen von Gefangenen sollen sich mit diesen Beobachtungen decken. Sodann erzählen Gefangene, es sei ihnen gesagt worden, diese Offensive mußte unternommen werden, um dadurch den Bundesgenossen an der deutschen Westfront zu entlasten.

Seit einigen Tagen ist es hier an der Front wieder fast völlig ruhig. Oft hört man stundenlang keinen Schuß, dann setzt zuweilen schwache Artillerietätigkeit ein, die Handposten und sonstigen vorgeschobenen Stellungen wechseln einige Schüsse, abends steigen Rauchfugeln auf, Scheinwerfer bestreichen das Gelände, im übrigen sieht man sich gegenseitig nicht. Und nachts holen die Russen ihre Toten. Ich hörte viel des Lobes über die russischen Sanitäter, die man oft beobachtet, wie sie bis an die Drahtverhänge heran kommen, um die Toten zurückzubringen, die sie pietätvoll beerdigen. Zu den vielen Friederhöfen, zu den Massengräbern, kommt eine neue Kilometerlange Begräbnisstätte.

Durch Laufgräben, Moränen und Wasser klettert wie zu den hochgelegenen Schützengräben hinauf. Stellenweise sind Risse gelegt, unter denen das abfließende Wasser gurgelt. Man ist mit dem Ausbessern und Befestigen der Gräben beschäftigt. Das Wasser reißt Bänke ein, die Unterstände müssen geschützt werden, und nun sehe ich auch, daß die russische Artillerie an den Stellungen mancherlei Verwüstungen angerichtet hat. An einigen Stellen waren die Abhänge vor und hinter den Gräben von Granaten aufgerissen, zertrümmert, zerrissen, Trichter lag neben Trichter. Wir schauen vorwärts über den Grabenrand, drüben liegen noch einige Tote. Ein nicht mühsamer Gang durch einen Verbindungsgraben bringt uns an den vorderen Rand des Lagers. Ungefähr 50 Meter vor der Stellung, an einem gewissen Schöf, liegen noch einige Tümpel von Leichen. Die Russen sind noch nicht fertig mit dem Bergen ihrer Toten. (z) D u e l l, Kriegsberichterstatter.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 7. April. (B. L. B.) Amtlicher Bericht. Im Cameracale und in Judicarien dauerte die Tätigkeit unserer Infanterie unter Mitwirkung der Artillerie während des 5. April an. Durch überraschende Handstreichs sowie durch Sturmangriffe nahmen wir dem Feind eine besetzte Stellung nordwestlich von Praciol (im Daonale), die Ortschaft Plaz am Chietebache und eine stark besetzte Höhe zwischen der Brücke von Plubega und der Cima Balone ab. Auf der Front in den Lagarinas und Suganatalern Artilleriekampf. Auf den östlichen Hängen des Monte Cron wurde eine feindliche Abteilung geschlagen und zurückgeworfen, wobei sie 10 Gefangene, einen Bombenwerfer, Waffen und verschiedenes Material in unseren Händen zurückließ. Im Gebiet des Hoch-Cordebolo brachte unsere Artillerie ein Munitionsdepot auf dem Monte Chez zur Explosion. Am Fionzo die übliche Artillerietätigkeit. Auf dem Karst unternahm eine starke feindliche Kolonne in der Nacht zum 6. April einen neuen erfolglosen und blutigen Angriffsversuch gegen unsere neuen Stellungen östlich von Selj. Durch Salven unserer Artillerie und Maschinengewehr- und Gewehrfeuer ergriffen, wurden die feindlichen Truppen in Unordnung und mit schweren Verlusten zurückgeworfen, bevor es ihnen gelungen war, sich unseren Drahthindernissen zu nähern.

Der Luftkrieg brachte uns einen neuen schönen Erfolg. Schon im Laufe des gestrigen Tages hatten wir das versuchte Eindringen feindlicher Flugzeuge in Karnten und am Fionzo zurückgeschlagen. Da der Feind die Hoffnung, unsere Luftverteidigung durchbrechen zu können, aufgegeben hatte, versuchte er sie unter dem Schutze der Dunkelheit zu überraschen. In der letzten Nacht flogen sieben feindliche Flugzeuge über der Ebene zwischen dem Fionzo und dem Tagliamento, aber unsere fliegenden Jäger, die schnell in der Dunkelheit aufgespürt waren, griffen das feindliche Geschwader an und zerstörten es, indem sie zwei Flugzeuge herunterstießen und vier Jäger, darunter drei Offiziere, zu Gefangenen machten.

Cadorna.

Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 7. April. (B. L. B.) Amtlicher Heeresbericht:

Von der Front keine Meldung von Wichtigkeit. An der Kaukasusfront an verschiedenen Abschnitten unbedeutende Zusammenstöße von Aufklärungsabteilungen. Bei einem dieser Zusammenstöße machten wir 80 Russen zu Gefangenen.

Am 4. April überflogen acht feindliche Flugzeuge die Halbinsel Gallipoli. Hauptmann Buddede griff sie mit seinen Flugzeugen an und brachte im Verlaufe des Luftkampfes einen feindlichen Jäger vor Kundera zum Absturz. Das Flugzeug versank sofort im Meer. Nachforschungen feindlicher Torpedoboote, die ihm zu Hilfe geeilt waren, blieben erfolglos.

Die Kämpfe in Mesopotamien.

London, 8. April. (B. L. B.) Amtlich wird gemeldet: Die Operationen in Mesopotamien auf dem nördlichen Ufer des Tigris beschränkten sich am 8. April auf eine genaue Erkundung bei der Verteidigungsstellung von Samnahat und auf die Ausführung notwendiger Maßnahmen, wie Bewegungen der Artillerie usw., die für die Vorbereitung eines Sturmangriffes auf diese Stellung notwendig sind. Zur gleichen Zeit drang die dritte Division auf dem linken Ufer weiter vor, bis daß sie Stellungen erreichte, von denen es möglich sein kann, die türkischen Verteidigungsstellungen auf dem linken Ufer in der Platte zu fassen.

Vom U-Boot-Krieg.

Rom, 7. April. (B. L. B.) Meldung der Agencia Stefani. Am 5. April versenkte ein U-Boot im Mittelmeer den dänischen Dampfer „Sjernerborg“ aus Kopenhagen (1552 Tonnen).

Marseille, 8. April. (B. L. B.) Die Agence Havas meldet: Der Dampfer „Goldbert“ wurde von einem Unterseeboot aus Geschüssen beschossen. Der Dampfer entkam dank seiner Schnelligkeit und demochrichtigte durch Funkpruch in der Nähe befindliche Schiffe von der Anwesenheit von Unterseebooten. Der Dampfer „Seltz Louche“, der gerade auf das Unterseeboot zuhielt, konnte noch seinen Kurs ändern und ist in Marseille angekommen.

London, 8. April. (B. L. B.) Lloyd's meldet: Der britische Dampfer „Braunton“ (4576 Tonnen) und das Segelschiff „Clyde“ (204 Tonnen) wurden durch Minen zerstört. Die Besatzungen wurden gerettet. Der britische Dampfer „Chantala“ (2002 Tonnen) wurde versenkt.

Osag, 8. April. (B. L. B.) Das Marineministerium teilt amtlich mit, daß das holländische Rettungsschiff „Atlas“ vom 10. April an für einige Tage von dem Polizeifahrzeug „Zeehond“ abgelöst werden wird.

London, 8. April. (B. L. B.) Der holländische Dampfer „Kynjot“ lief gestern um 8 Uhr früh auf eine Mine. Das Schiff ist jetzt im Hafen. Der Schiffsraum steht voll Wasser.

Amerikanische Fragen an den Reichskanzler.

New York, 7. April. (B. L. B.) Funkpruch des Vertreters von W. L. B. Zu der Rede des deutschen Reichskanzlers schreibt „Evening Post“ im Leitartikel: Die Rede des Reichskanzlers war in vieler Beziehung geschickt und vortrefflich. Der Reichskanzler hatte eine schwierige Aufgabe. Seine Rede wurde in kraftvoller Weise gehalten, die sicherlich für die Regierung in der Heimat einnehmend wird, auch wenn die Rede die öffentliche Meinung des Auslandes nicht befriedigt. Den Amerikanern liegt augenblicklich weniger daran, daß Deutschland Versprechungen macht, als daran, daß diese Versprechungen gehalten werden. Was wußte der Kanzler über die deutsche Unterseebootkriegführung zu sagen, was über die von seiner Regierung übernommenen Pflichten, keine Passagierschiffe ohne Warnung zu torpedieren? Man muß gestehen: Nichts Befriedigendes. Es hängt alles von der klaren Antwort Deutschlands auf die Fragen der amerikanischen Regierung ab.

Die Kämpfe in Deutsch-Ostafrika.

London, 8. April. (B. L. B.) Neuer meldet amtlich: Smuts berichtet: Die berittenen Truppen des Vortruppens Generals Vandenberg überraschten und umzingelten am 4. April eine deutsche Streitmacht mit Maschinengewehren, die auf dem Strongholdberge im Kapsbadistrikt stationiert war. Der Feind streckte am 6. April die Waffen.

Kotig des B. L. B.: Ein Strongholdberg in Krusha ist unbekannt. Die deutsche Streitmacht scheint nicht sehr bedeutend gewesen zu sein, da ihre Stelle, die bei Abendung der Meldung doch wohl bekannt gewesen sein dürfte, nicht angegeben wird.

Schwedische Militärstudienkommission in Deutschland.

Stockholm, 8. April. (B. L. B.) Laut „Nya Dagligt Allehanda“ hat der Chef der Kommandoexpedition des Kriegsdepartements in einem Schreiben dem Kriegsminister den Vorschlag gemacht, es einer schwedischen Kommission von sechs Offizieren zu ermöglichen, die Organisation des Erziehungswesens in Deutschland drei bis vier Wochen zu studieren, nachdem von deutscher Seite die Erlaubnis dazu erteilt worden ist. Der Leiter der Kommission dürfte Kavallerieinspektor Generalmajor Rund werden.

Aus der französischen Opposition.

Genf, 29. März 1916. (Eig. Ber.)

Zu der Erklärung der „Humanité“, sie sei nicht in allen Punkten mit den bekannten Ausführungen Desirées einverstanden, bemerkt der „Populaire du Centre“ in einem Leitartikel, es sei unerhörte, daß das Zentralorgan so ungeheure Erklärungen veröffentlicht, ohne hervorzuheben, was es von ihnen trennt und worin es mit ihnen einverstanden ist. In demselben von der Zensur vielfach entstellten Artikel führt das französische Blatt aus:

„Es gibt keinen deutschen und keinen französischen Sozialismus, es gibt nur einen Sozialismus.“

Es handelt sich nicht darum, Kongresse abzuhalten zwischen Scheidemann und Desirée, Südekum und Sembat. Es handelt sich darum, die Internationalen, die eigene Prinzipien, eigene Statuten, eigene Ideale hat, zusammenzubringen.

Diejenigen, die fortfahren wollen, diesen Prinzipien und Idealen treu zu bleiben, mögen zusammenkommen, beraten, entscheiden. Ihre Hände sind nicht besetzt. . . . Welcher Herkunft sie auch sein mögen, welcher Klasse, Nationalität sie auch angehören mögen, sie werden sich leicht verstehen; denn der Krieg, den niemand von ihnen gewollt hat, kann nichts am erhabenen Ziele der sozialen Befreiung der Menschheit ändern, das sie durch gemeinsame vereinigte Kräfte zu erlangen suchen.

Mögen die anderen fortgehen! In ihrer Logik „durchhaltend“, sollen die anderen, im Einverständnis mit ihren Theorien, ihr Geschick an das Geschick der Herrschenden, der Minister, der Könige ketten, sie gehören nicht mehr dem Volke an, sie haben mit den Traditionen und dem Geiste gebrochen, die die Aktion der organisierten Proletariat leiten, sie haben sich vom Solidaritätsgedanken des Proletariats abgewandt, den der Sozialismus — und darin besteht sein unvergänglicher Ruhm — zur Aufgabe hatte hoch zu halten, und zwar auch da, wo der Haß und die Barbarei ihren Höhepunkt erreichen und Ströme von Blut die Städte und Länder befeuchten. . . .

Desirée will keine deutschen Brüder und Genossen mehr anerkennen. . . . (Zensur.) . . . Desirée will keinen Vertrag mit der Sozialdemokratie Deutschlands schließen, das heißt mit dem Deutschland der Arbeiterklasse, mit dem friedliebenden Deutschland. Er will nichts Gemeinschaftliches haben mit dem Deutschland, in dessen Seele und Gemüt — man mag sagen, was man will — die Keime der Befreiungsrevolution sich vorbereiten. Aber Desirée wird es für ganz natürlich finden, daß Vandervelde, Sembat und andere bei Anlaß des Friedenskongresses mit den offiziellen Diplomaten Deutschlands zusammenkommen.

Desirée erklärt rundweg, daß er „weder jetzt noch je“ darauf eingehen wird, sich mit Deutschen zu verständigen. Dadurch unterschreibt er das Todesurteil der Internationalen und somit auch des Sozialismus.

Wir aber, wir verkünden laut unseren unerschütterlichen Glauben an den Sozialismus, der so gut und wunderbar die Interessen der einzelnen und der Gemeinschaft vertritt. Wir behaupten, daß der Sozialismus nach dem Kriege eine große Rolle zu spielen berufen ist, daß alle Hoffnungen der Menschheit mit dem Sozialismus, mit seinen Kämpfen und Siegen verbunden sind, und daß der Sozialismus jetzt anderes zu tun hat, als seine Stimme zu leihen den Stimmen der Wut, des Wilden Zerstörungswahns, der Barbarei, die Europa in Brand versetzen. Der Sozialismus muß seine ganze Kraft, seinen Willen anstrengen, um nicht vom Wahn fortgerissen zu werden, dem manche Geister zum Opfer gefallen. Nachdem er für den Krieg gekämpft haben wird, wird er dafür zu kämpfen haben, daß der Friede nicht ein Friede der Diplomaten sei (Zensur) . . . sondern dem Willen und dem Massenbewußtsein der Volksmassen entspreche, die entschlossen sind, für immer die tiefen sozialen Ursachen der Klassenkriege und der Kriege zwischen den Nationen zu zerstören. (Z)

Einberufung der Ahtzehnjährigen in England.

London, 8. April. (B. L. B.) Neutermeldung. Die Ahtzehn- und Neunzehnjährigen wurden zum Militärdienst aufgerufen.

Sozialistenverfolgungen in England.

Gegen vier von den in Glasgow verhafteten Sozialisten, die Genossen Mc Lean, Gellacher, Bell und Muer wird am 11. April in Edinburgh die Gerichtsverhandlung stattfinden. Mc Lean ist wegen Versuchs, Aufruhr hervorzurufen, angeklagt. Er soll die Arbeiter des Clydebetriebs aufgefordert haben, im Fall der Durchführung der Dienstpflicht und des Munitionsgesetzes das Werkzeug niederzulegen. Die anderen sind wegen eines im „Worker“ veröffentlichten Artikels: „Sollen die Arbeiter rüsten?“ angeklagt, der zum Kampf gegen die Unterneher aufforderte.

Am 8. April drang die Polizei auf Befehl der Militärbehörde in die Druckerei des „National Labour Press“ in Salford ein und konfiszierte eine Reihe von Druckschriften.

Bürgerzwist in Irland.

Der „Manchester Guardian“ berichtet aus Belfast: In Clomacate in der Grafschaft Armagh war eine Halle des Ancient Order of Hibernians, eines nationalistischen Verbandes, im Bau. Etwa 200 Ulster-Freitwillige drangen in der Nacht dort ein und demolierten mit Spaten, Schaufeln und Hämmern alles, was schon stand. Manche von den Eindringlingen waren auch bewaffnet und gaben Schüsse aus Revolvern und Gewehren ab. Der Ueberfall war vorbereitet und Polizei war zur Stelle, aber sie vermochte gegen die Menge nichts auszurichten. — Nachdem die

Blisterleute ihre Zerstörungswerk vollendet hatten, wandten sie sich zum Wohnhaus eines latholischen Ortsbewohners zu, das sie gleichfalls beschädigten. — Eines der Belfast Drangistenblätter erklärt, daß trotz der Heranziehung von Polizei die Unruhen ihre Fortsetzung finden würden.

Krieg und Streik.

„Aus Anlaß der Arbeiterbewegung“ in den Putlow-Werken — schreibt die „Bataille“ vom 29. März — haben wir den Geist der russischen, französischen und englischen Arbeiter mit dem der deutschen verglichen. In viele französische Arbeiter sind sich über den Unterschied an nationalitätem Geist und Geschmack an der Disziplin, der zwischen den Arbeitern der verschiedenen kriegführenden Länder besteht, nicht klar. In England z. B. haben in den ersten sieben Monaten des Jahres 1915 etwa 344000 Arbeiter die Arbeit niedergelegt, etwa ebensoviele wie im Friedensjahre 1914. Demgegenüber weist die deutsche Presse mit Stolz darauf hin, daß die deutschen Gewerkschaften keine Streikbeihilfen seit Kriegsbeginn zahlten. Das beweist allerdings nur, daß die deutschen Gewerkschaften sich sofort in den Dienst des Imperialismus gestellt haben, während die Engländer erst die Gefahr begriffen, als die Deutschen die Vernichtung Englands ankündigten. Eine Ueberlegenheit der deutschen Arbeiter kann man darin nicht erblicken; im Gegenteil, wenn es eine Ueberlegenheit ist, daß man den Arbeitern eine Aufsehung während des Krieges unmöglich macht, so ist zu hoffen, daß Engländer, Russen und Franzosen sich diese Ueberlegenheit niemals aneignen werden, die auch den Deutschen bei weiterem Fortschritt in der Zivilisation verloren gehen wird. —

Diese Aneignung des französischen Arbeiterblattes ist recht interessant. Es rühmt den Geist der Selbstständigkeit bei den englischen, russischen und französischen Arbeitern, der es ihnen verbietet, auf die Streiktafel selbst im Kriege zu verzichten. Sehr schön. Aber hat nicht gerade die „Bataille“ die größten Anstrengungen gemacht, die französischen und englischen Arbeiter zur Preisgabe der Streiktafel, die die „heilige Einigkeit“ hieß, zu bewegen? Und ist nicht die Annahme berechtigt, daß die „Bataille“ in Anbetracht der Unmöglichkeit die Klassenbewegung der Arbeiter mit Phrasen über die „heilige Einigkeit“ weiter einzufüllen, jetzt nichts anderes tut, als — gute Miene zum bösen Spiel? (Z)

Aufruf zum holländischen Frauentag.

Am 10. April begehen die holländischen Parteigenossinnen ihren Frauentag, den sie zu einer mächtigen Kundgebung für die Durchführung des Frauenwahlrechts in der Verfassung gestalten wollen. Parteivorstand und Vorstand der sozialdemokratischen Frauenclubs erlassen zu dem Zweck in „Dei Volk“ folgenden Aufruf:

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei und der Bund sozialdemokratischer Frauenclubs, unterstützt von dem in dem Niederländischen Fachverband organisierten Proletariat, rufen die Frauen zu einer eindrucksvollen Kundgebung für das Frauenwahlrecht auf.

Diese Kundgebung hat eine besondere Bedeutung. Bis jetzt wird in unserem Land die ganze Regierungsmacht durch Männer allein ausgeübt.

Keine einzige Frau hat das Recht mitzureden, wenn es gilt, die Mitglieder der Zweiten Kammer, der Provinzialstaaten oder des Gemeinderats zu wählen. Die Ausschließung der Frau von dem wertvollsten Bürgerrecht sehen wir als ein großes Unrecht an. Es ist eine Minderwertigkeitserklärung der ganzen weiblichen Hälfte des Menschengeschlechts.

Es ist ohnehin ein Unrecht, weil die Befehle, die allen auferlegt werden, auch verbieten, durch alle gemacht zu werden. In mancher Hinsicht trägt denn auch die Befestigung der Frau von der einseitigen Zusammenstellung zum großen Nachteil der Frau.

Wir stehen jetzt in unserem Lande vor einer Grundgesetzreform. Unter dem starken Druck der Arbeiterklasse haben die Regierenden endlich begriffen, daß es nicht angeht, die halbe Million Männer, die noch vom Wahlrecht ausgeschlossen ist, in diesem rechtlosen Zustand zu belassen. Die Regierung schlägt vor, das allgemeine Wahlrecht für die Männer einzuführen.

Für die Frauen schlägt sie nur vor, die Hindernisse gegen das Frauenwahlrecht, die jetzt im Grundgesetz stehen, wegzuräumen.

Weiter geht sie nicht.

Wenn diese Reform zustande kommt, so wie die Regierung will, dann bleiben vorderhand alle Frauen von dem Wahlrecht ausgeschlossen.

Hiermit können wir uns unmöglich zufrieden geben. Die Regierung stellt das allgemeine Männerwahlrecht auf, weil sie erklärt, Ehrerdienung vor dem Volkswillen zu haben.

Nunmehr, bereits 1911 hat die glänzende ausgenommene Volkspetition unserer Partei Zeugnis abgelegt von dem Volkswillen, der sich ausspricht für allgemeines Wahlrecht für Männer und Frauen im Grundgesetz, wie auch die große Anzahl Unterschriften, die in kurzer Zeit durch die Vereinigung für Frauenwahlrecht für die grundsätzliche Gleichstellung von Mann und Frau gesammelt worden sind, einen starken Ausdruck in derselben Richtung bedeuten.

Seitdem ist der Krieg gekommen. Seine Folgen, auch für die neutralen Länder: die Zunahme der Frauenarbeit, die Erschwerung der auf die Hausfrau drückenden Lasten, machen die Notwendigkeit des Frauenwahlrechts in immer weiteren Kreisen fühlbar.

So hat es auch in Dänemark verstanden. Mitten in diesem Kriegsbrand brachte dies kleine Land die vollständige Gleichberechtigung der Frauen zustande. Es folgte dem Vorbild von Norwegen, wo seit 1913 das allgemeine Frauenwahlrecht besteht. In allen Ländern, wo das Frauenwahlrecht eingeführt ist, machen sich die segensreichen Folgen davon bemerkbar.

Sorgt nun, Frauen, daß auch in unserem Lande der Volkswille sich nochmals kräftig ausspricht.

Verlangt, daß man den Wert eurer Arbeit anerkennt. Immer, sei es, daß ihr in der Fabrik oder in der Werkstatt, sei es als Diensthote oder in anderen häuslichen Diensten arbeitet, sei es, daß ihr als Arbeiterfrauen eure unbezahlte Hausarbeit verrichtet und die so hohe und schwierige Aufgabe als Erzieher erfüllt in Sorge und Not; sei es, daß ihr als Lehrer, als Pfleger oder wo sonst eure Arbeitskraft gebt; fest steht, daß das gesellschaftliche Leben ohne euch verkommen und erstarren muß. Begreift das, und verlangt mit uns:

Bei den Pflichten müssen Rechte stehen!

Niemals war es so nötig wie jetzt, daß ihr euer Verlangen aussprecht, euren Anteil zu haben an der Macht, um das Reid zu bekämpfen, das der Kapitalismus der Arbeiterklasse zu tragen gibt. Denn jetzt, wo die Forderung sie geißelt, wo die Regierenden Milliarden für den Militarismus ausgeben, wodurch der Kampf für die notwendige Reform nur noch notwendiger wird, jetzt hat die Arbeiterklasse ihre ganze Kraft nötig für die Eroberung der politischen Macht, um die kapitalistische Gesellschaft, die gefestigt ist auf dem Grund der Massen, durch die sozialistische zu verdrängen, wo die Arbeit aller das Glück und die Wohlfahrt von allen zum Ziel hat. Die vollständige Kraft kann das Proletariat niemals erringen, wenn nicht auch die Frauen an der politischen Machtverteilung teilnehmen können.

Frauen, seht hin nach euren Schwestern in den kriegführenden Ländern! Inmitten der unerträglichen Leiden finden die Frauen selbst in Deutschland und Österreich die Kraft und den Mut, den Frauentag zu halten. Sie halten fest an dem Tag, der eine Einrichtung der Sozialistischen Frauen-Internationalen ist.

Sich eins in Ziel und Sinn mit ihnen zu fühlen in dem Kampf für das Frauenwahlrecht, der zugleich ein Kampf für den Frieden ist, das ist für euch ein herrlicher Gedanke. Laßt euch davon befeelen, strömt in unsere Versammlungen zu vielen Tausenden.

Laßt unsere Forderungen über das ganze Land klingen: Wir wollen das allgemeine Frauenwahlrecht im Grundgesetz! Wir wollen es im Namen der Demokratie, im Namen der Erhebung der Frau, im Namen der Menschlichkeit! (Z)

Gewerkschaftliches.

Unternehmertum und Privatangestellte.

Das Eisen- und Stahlwerk Klettenberg m. b. H. in Klettenberg sendet, wie wir durch einen Zufall erfahren, Angestellten folgenden Brief ins Feld:

Infolge der langen Dauer des Krieges, der zu erwartenden enormen Besteuerung der Gewinne und der heute noch unübersehbaren Geschäftslage nach Friedensschluss sind wir genötigt, unsere Interessen bei Auszahlung der Unterstützungsgelder zu wahren. Unsere Interessen schreiben es uns aus den oben angeführten Gründen vor, in der Frage der Unterstützungsgelder unsererseits Klarheit zu schaffen und Vorsichtsmassregeln zu ergreifen. Wir können nicht Unterstützungsgelder zahlen, deren Summe schon eine beträchtliche Höhe erreicht hat, wenn wir nicht gewiss sind, daß Sie sich verpflichten, noch mindestens drei Jahre nach Beendigung des Krieges in unseren Diensten zu verbleiben. Diese Maßnahme soll keine Zwangs-, sondern eine Vorsichtsmassnahme unsererseits sein, von dem Standpunkte aus: Leistung gegen Gegenleistung. Bei der weiteren Dienstleistung Ihrerseits nach Beendigung des Krieges soll es nicht ausgeschlossen sein, daß Gehaltsveränderungen, soweit sie unseren Interessen entsprechen, eintreten können.

Diese Vorsichtsmassregel unsererseits geschieht in Uebereinstimmung mit der heutigen Auffassung vieler großer Verbände und Firmen und wird jetzt allgemein eingeführt.

Wir bitten Sie, die beifolgende Bestätigung mit Ihrer Unterschrift zu vollziehen, worauf wir sofort die weitere Auszahlung veranlassen werden; anderenfalls müßte diese von nun ab unterbleiben. Wir danken Ihnen für die bisher geleisteten Dienste, wünschen Ihnen für die Zukunft alles Gute und zeichnen in

Die zur Unterschrift dem Briefe beigelegte Bestätigung lautet:

„Ich bestätige hierdurch, daß ich die bis zum 31. Dezember 1915 erhaltenen Unterstützungsgelder, die bis jetzt 2000 M. betragen, vorschussweise von dem Eisen- und Stahlwerk Klettenberg erhalten habe und weitere Unterstützungsgelder bis zur Beendigung des Krieges als vorschussweise gezahlt betrachte.“

Dieser Vorschuss ist mit 5 Proz. p. a. zu verzinsen und wird als abgezahlt von Seiten der Firma betrachtet, wenn ich weitere drei Jahre nach Friedensschluss ununterbrochen im Dienste der Firma verbleibe bin. Sollte die Firma mir trotz Verrichtung meiner früheren Arbeitsleistung vor Ablauf dieser Frist kündigen, so gilt der gesamte Vorschuss ebenfalls als abgezahlt.

Das Gleiche gilt, wenn ich während des Krieges oder innerhalb dreier Jahre nach Friedensschluss sterben oder eine solche Dienstbeschädigung im Dienste des Vaterlandes erleiden sollte, die mich an der Weiterverrichtung meiner früheren Arbeit verhindert. Sollte ich während des Krieges oder innerhalb dreier Jahre nach Friedensschluss meine Dienste bei der Firma aufkündigen, so ist der Vorschuss als sofort fällig zu betrachten; ebenso wenn meine demnächstige Arbeitsleistung sich durch mein Verschulden gegen früher vermindern oder die Firma durch mein Verschulden zu einer früheren als vorstehend festgesetzten Frist zur Aufkündigung gezwungen sein sollte.“

Die Eisen- und Stahlwerke Klettenberg, die durch solche Bestimmungen ihre eingezogenen Angestellten in unerhörter Weise an sich fesseln und ihnen für drei Jahre jede Bewegungsreiheit nehmen, haben bedeutende Kriegsgewinne eingestrichen.

Wenn es zutrifft, daß eine solche Forderung der aus dem Kriege heimkehrenden Angestellten „jetzt allgemein eingeführt“ wird, wie es in obigem Briefe heißt, wird es hohe Zeit, daß die betroffenen Kreise und ihre Organisationen sich dagegen rühren.

Berlin und Umgegend.

Die Haltung der „Holzarbeiterzeitung“.

Am Freitag beschäftigte sich eine Generalversammlung der Berliner Filiale des Deutschen Holzarbeiterverbandes mit der Haltung, welche die „Holzarbeiterzeitung“ zu den Gegenständen in der sozialdemokratischen Partei einnimmt. Den Anlaß dazu, daß diese Angelegenheit auf die Tagesordnung der Generalversammlung kam, boten die Beschlüsse von zwei Brandenburger Versammlungen der Einseher und der Bautischler, welche die Ortsverwaltung er-luchteten, Stellung zu nehmen zu dem am 20. Januar in der „Holzarbeiterzeitung“ veröffentlichten Leitartikel. — Dieser Artikel läßt erkennen, daß sein Verfasser auf dem Boden der sozialdemokratischen Reichstagsfraktionsmehrheit steht. Er führt aus, daß die Einheit der Arbeiterbewegung, insbesondere auch im Interesse der Gewerkschaften, nicht gefährdet werden dürfe, und verurteilt von diesem Standpunkt aus, daß sich die Fraktionsminderheit bei der Abstimmung über die Kriegsanleihe dem Beschluß der Mehrheit nicht fügte. Ferner enthält der Artikel abfällige Äußerungen gegen Karl Liebknecht und Kühle, wobei Liebknechts Zurechnungs-fähigkeit angezweifelt wird.

Die Ortsverwaltung hat sich, wie Glöde ausführte, mit den Anträgen beschäftigt und der Ansicht Ausdruck gegeben, daß die Parteizwistigkeiten aus der Gewerkschaft möglichst ferngehalten werden müssen, weil durch das Hineintragen dieser Streitigkeiten die Durchführung der gewerkschaftlichen Aufgaben erschwert werde. Die Bemerkungen, welche gegen Liebknecht und Kühle in dem Artikel gemacht werden, seien geeignet, eine gewisse Mißstimmung in den Kreisen der Kollegen herbeizurufen und hätten deshalb unterbleiben sollen. Die Ortsverwaltung hat sich in diesem Sinne beschwerdeführend an den Verbandsvorstand und die Preßkommission gewandt. Der Vorstand hat darauf erklärt, er habe nicht das Recht, auf die Haltung der Redaktion einzuwirken, er billige es aber nicht, wenn der Parteistreit in die Gewerkschaft hineingetragen werde. — Die Preßkommission hat entschieden, auch sie billige den Standpunkt der Beschwerdeführer, daß der Parteistreit aus den Gewerkschaften ferngehalten werden müsse. Sie habe auch den Eindruck, daß die Zeitung in diesem Sinne geleitet werde. Es lasse sich allerdings nicht vermeiden, daß vom Standpunkt der Gewerkschaft die Folgen des Krieges, besonders seine wirtschaftlichen Wirkungen, behandelt werden. Die Grundtendenz des Artikels gehe dahin, zu verhindern, daß das Beispiel mangelnder Unter-ordnung unter die Beschlüsse einer Korporation in den Gewerkschaften Nachahmung finde. Das Recht der Mehrheit müsse in jedem Fall anerkannt werden. Das sei gerade für die Durch-führung der gewerkschaftlichen Aufgaben notwendig. Zustimmung könne die Preßkommission den Beschwerdeführern in der Abweisung der persönlichen Note, welche in dem Artikel enthalten sei. Die herben persönlichen Angriffe hätten unterbleiben sollen. Das solle nach einer Erklärung der Redaktion in Zukunft geschehen.

Glöde meinte, hiermit könnten die Beschwerden als erledigt betrachtet werden. Er stelle es aber der Versammlung anheim, ob sie noch darüber diskutieren wolle.

Die Versammlung trat in die Diskussion ein. Mehrere Redner übten in längeren sachlichen Ausführungen Kritik an der Haltung der Redaktion. Gegenstand der Kritik war nicht nur der erwähnte Artikel, sondern auch andere Auslassungen der Redaktion, die von den Rednern als Verleumdung der Durchhaltepolitik bezeichnet und unter lebhaftem Beifall eines großen Teils der Versammlung entschieden verurteilt werden. — Demgegenüber rechtfertigte der Redakteur Kasper die von ihm vertretenen Anschau-

ungen. Er fand nur bei einzelnen Versammlungsteilnehmern schwachen Beifall, bei anderen wiederholt entschiedenen Wider-spruch.

Schließlich wurde folgende Resolution angenommen: „Die Generalversammlung verurteilt ganz entschieden die Einmischung der Redaktion der „Holzarbeiterzeitung“ in die Streitfragen der sozialdemokratischen Partei, besonders die parteiische Stellungnahme der Redaktion für die Durchhalte-politik. Ebenso scharf wendet sich die Versammlung gegen die beleidigenden Äußerungen der Redaktion gegen die Abgeord-neten Liebknecht und Kühle. Die Versammlung erwartet, daß sich die Redaktion jeder parteiischen Stellungnahme zu den Streitfragen der sozialdemokratischen Partei enthält und ledig-lich die Wahrnehmung der gewerkschaftlichen Interessen der Ver-bandskollegen im Auge behält.“

Deutsches Reich.

Für die Unterstützung der aus dem Heeresdienst entlassenen Mit-glieder hat der Verband der Transportarbeiter be-sondere Fürsorge getroffen. Unterstützungsberechtigten Mitgliedern, die als Kriegsbeschädigte aus dem Militärverhältnis ent-lassen sind und Rente beziehen, kann im Anschluß an die Entlassung die volle im Statut vorgegebene Erwerbslosenunterstützung gewährt werden, wenn die Rente weniger als ein Viertel des früheren Ar-beitsverdienstes, die Hälfte der im Statut vorgegebenen Unter-stützung, wenn die Rente über 33 $\frac{1}{3}$ bis 50 Proz. des früheren Ar-beitsverdienstes beträgt. Bei Bezug einer Rente von mehr als 50 Proz. des früheren Arbeitsverdienstes wird keine Arbeitslosen-unterstützung gezahlt.

Ausgesteuerten und nichtbezugsberechtigten Mitgliedern, welche aus dem Heeresdienst entlassen werden, kann im Falle der Erwerbslosigkeit innerhalb 8 Wochen nach ihrer Entlassung eine Unterstützung auf die Dauer von 4 Wochen gezahlt werden. Nichtbezugsberechtigte erhalten den niedrigsten Satz der Erwerbslosenunterstützung. Voraussetzung für die Gewährung dieser Unterstützung ist, daß vor Einziehung zum Heeresdienst mindestens 13 Wochenbeiträge geleistet worden sind.

Ausland.

Ein Konflikt im Wiener Maler- und Anstreicher-gewerbe?

Zum Unterschied von einer Reihe anderer Unternehmerorgani-sationen scheint die der Wiener Maler- und Anstreichermeister den während des Krieges erfolgten Ablauf des Tarifvertrages zum An-lauf eines ersten Konfliktes gestalten zu wollen. Ende Februar ist der Vertrag abgelaufen und hatte die Arbeiterorganisation den Unter-nehmern den Vorschlag unterbreitet, den Vertrag um ein Jahr un-geändert zu verlängern, mit Rücksicht auf die bestehende Teuerung jedoch den Arbeitern eine Teuerungszulage von 10 Proz. zu ge-währen. Die Unternehmerorganisation hatte vorerst ohne ein Wort der Begründung diesen Antrag abgelehnt; später aber ihre Gegen-vorschläge wie folgt gestellt: Die tariflich vereinbarte neunstündige Arbeitszeit solle in der Praxis in eine zehnstündige (!) um-gewandelt werden, in der Art, daß die eventuelle erste „Ueberstunde“ (über neun Stunden) ohne Aufschlag (!) gearbeitet werden müsse; Wegfall der verkürzten Arbeitszeit an Feiertagen; Einführung der Akkordarbeit. Und für diese radikalen Verschlechterungen der bisherigen Arbeitsverhältnisse boten die Herren gnädigst eine Teuerungszulage von 8 Prozent für Ge-hilfen und 5 Prozent für Hilfsarbeiter. Es ist selbstverständlich, daß die Arbeiter diese absolut nicht annehmbaren Propositionen ab-lehnten, und besteht infolgedessen gegenwärtig ein vertragloser Zu-stand. Die Unternehmer machten bisher nur vereinzelt gebliebene Versuche, ihre Vorschläge als neuen Arbeitsvertrag den Arbeitern aufzuzwingen, doch sind bisher selbst diese wenigen Versuche ge-scheitert.

A-WERTHEIM

G. m. b. H.

Tischdecken

- Phantasiegewebe rot u. grüngrundig 4 M.
- Phantasiegewebe rot und blau ... 6 M.
- Persisch Gobelingewebe ... 11 M.
- Kochelleinendecke ... 6 M.
- Kochelleinendecke rund ... 12 M.
- Plüschdecke mit gepr. Rand ... 12.50
- Moquettendecke ... 16.25

Diwandecken

- Phantasiegewebe buntfarbig ... 6 M.
- Phantasiegewebe rot-blau oder rot-gr. 10.75
- Phantasiegewebe rot-blau, doppelstellig 12.50
- Persisch Gobelingewebe ... 21 M.
- Moquetteplüsch ... 27 M.

Steppdecken

- Glanzsatin mit Trikotrüschele ... 7.50
- Doppelseitig Trikot ... 9.50
- Schlafdecken Seide, bunl gestont ... 7.75

Reisedecken

- Reiselücher kariert mit Fransen ... 11 M.
- Reisedecken kariert, Rückseite grau oder braun ... 11.50

Seidenstoffe

- Bastseide reine Seide, etwa 78 cm breit, für Kleider und Mäntel ... 3.15
- Blusenseide kariert, vorzügl. Qual., viele neue Farbmuster ... 2.75 3.25
- Blusenseide schillernd mit Seiden-Streifen Meter ... 3.90
- Schwarzer Krepon Halbseide, etwa 96 cm breit ... 4.90

Gewebte Tüllgardinen

- Gewebte Tüllgardinen Fenster 6.50 8.75
- Gewebte Künstlergarnituren 2 Schals, 1 Querbehang ... Fenster 6.75 9.50
- Gewebte Künstlergarnituren mit Faltenansatz ... Fenster 10.50 14.50
- Gewebte Langstores Stück 3.75 6 M.
- Gewebte Halbstores mit Faltenansatz ... Stück 6.75 10 M.
- Erbstüll-Band-Langstores Stück 5.75 8 M.
- Erbstüll-Band-Halbstores Stück 6.25 8.50

Fenstergarnituren 2 Schals 1 Querbehang

- Kochelleinen mit Kurbelstickerie ... 6.75
- Kochelleinen mit Treppenbesatz und Gobelin Stoffauflage ... 9.25
- Gobelingewebe Ballmuster ... 22 M.
- Erbstüll-Künstlergarnituren 2 Schals, 1 Querbehang ... Fenster 9 M. 13 M.
- Gewebte Tüllbettdecken mit Faltenansatz, für 1 Bett ... 6.50 10.50
- Gewebte Tüllbettdecken mit Faltenansatz, für 2 Betten ... 10.75
- Erbstülbettdecke mit Faltenansatz, für 1 Bett ... 8.50 10.50
- Erbstülbettdecke mit Faltenansatz, für 2 Betten ... 12 M. 17 M.
- Gewebte Spitzenstoffe kleine Muster ... Meter 1.15 1.55
- Gewebte Tüll-Scheibenschleier Stück 50 Pf. 70 Pf.
- Leinenartig mit eingew. Muster (Schal 90 cm breit) ... 12.75
- Gobelingewebe persisch gemustert ... 17.50

Teppiche

- Axminster-Teppiche · Plüsch-Teppiche · Bouclé-Teppiche reichhaltige Auswahl in Muster und Grösse
- Durchgewebte Plüsch-Teppiche Dazu passende Vorleger
- Bouclé- und Kokosläufersstoffe verschiedene Breiten und Farben
- Kokosabtreter, Chines. Matten für Veranden, Hallen, Badezimmer usw.
- Linoleum-Läufer, -Teppiche und Auslegeware bedruckt und durchgemustert

Wäsche

- Damenhemden mit Stickerei ... 1.75
- Damenhemden mit Stickerei An-u. Einsatz ... 3.25 bis 3.60
- Damenhemden m. Initial-Hand-stickerei ... 2.35 3.90
- Beinkleider mit Stickerei-Volant ... 2.25 bis 3.35
- Nachtlacken mit Stickerei, halstret ... 3.15
- Nachtlacken mit Volant und Um-legerkragen ... 3.15 u. 4.15
- Nachthemden mit Stickerei-Ansatz und Um-legerkragen ... 3.90
- Nachthemden halstret mit Stickerei ... 4.90 6.25
- Untertaillen Rückenschluß ohne Stangen, mit Stickerei und Spitze ... 1.10
- Untertaillen Vordenschluß mit Stickerei Ein- und Ansatz ... 1.50 2.95

Garnituren

- Damenhemden ... 2.50 2.95
- dazu Damen-Beinkleider ... 2.25 2.95
- Damenhemden m. Stickerei mit Spitzen An-u. Einsatz ... 3.90 4.90 5.50
- Damen-Beinkleider 3.75 4.60 5.00
- Damen-Nachthemd. 6.85 8.50 8.75

Blusen Verkauf am Wäschelager

- Weiß-Balist mit Querfalten, halstret ... 3.75
- Weiß-Voile mit Stickerei-Einsatz ... 4.25
- Weiß-Voile mit reich gesticktem Vorder- und modernem Krae ... 5.75
- Weiß-Voile m. handgestricktem Vorder- und Bandgarnierung ... 5.90
- Weiß-Voile mit Handstickerei und Fittchen mit Stickkragen und Bandgarnierung ... 6.75
- Weiß Voile mit reich gesticktem Vorder- und Bandgarnierung ... 8.75

Waschstoffe

- Perkal gemustert ... Meter 75 u. 95 Pf.
- Zephir gestreift ... Meter 1.10
- Baumwoll-Musselin Blumen- und Streifen-Muster ... 85 Pf. 1.25
- Krepp bedruckt ... Meter 85 Pf. 1.25
- Panama weiß ... Meter 1.50
- Schleierstoff weils. etwa 110 cm breit, Meter ... 2.25
- Schleierstoff mit feinen Streifen ... Meter 2.80

Reichstag.

42. Sitzung, Sonnabend, den 8. April 1916, mittags 12 Uhr.

Am Bundesratsstische: Lisco, Helfferich.

Zunächst soll über den gestern nur handschriftlich vorliegenden Antrag der Liberalen, des Zentrums und der Sozialdemokraten, der die baldige Vorlage eines Gesetzes über die Herabsetzung der Mindeststrafen im Militärstrafgesetzbuch fordert, verhandelt werden.

General v. Langemann: Wäre dieser Antrag beim Militärretat gestellt worden, so hätte der Kriegsminister seine Bedenken gegen den Antrag nicht verschwiegen. Er behält sich vor, dies bei späterer Gelegenheit zu tun.

Der Antrag wird gegen die Stimmen der Rechten angenommen.

Bei dieser Gelegenheit ist ein Irrtum im Bericht über die Freitagssitzung richtig zu stellen. Es war zunächst der Antrag auf Herabsetzung der Mindeststrafen im Militärstrafgesetzbuch eingebracht, der nicht nur von den Freisinnigen, Nationalliberalen und Mitgliedern des Zentrums, sondern auch von der sozialdemokratischen Fraktion gestellt war. Der Antrag Haase-Debebour (Soz. Arb.) ging alsbald nach diesem Antrag ein und wurde von dem Vorsitzenden Vizepräsidenten Dr. Haase mit den Worten nach Verlesung des ersten Antrages zur Kenntnis gebracht: „Es geht mit eben ein Antrag Haase-Debebour zu, der ungefähr denselben Inhalt hat.“ Tatsächlich trägt die auch von der sozialdemokratischen Fraktion mit eingebrachte Resolution die Drucksachen-Nummer 265, die Resolution Haase-Debebour die Nr. 268.

Es folgt die zweite Beratung des Etat für die Reichsjustizverwaltung.

Die Kommission beantragt hierzu in einer Resolution eine Reihe von Änderungen der Entlastungsverordnungen des Bundesrats vom 9. September und 7. Oktober 1915, insbesondere soll die Befugnis zum Erlass von Strafbefehlen über die bisherigen Grenzen ausgedehnt werden.

Ein Antrag V e r n s t e i n (Soz. Arb.) verlangt die völlige Aufhebung dieser Verordnungen vom 9. September zur Entlastung der Gerichte.

Weiter beantragt die Kommission in einer Resolution, daß vor dem Erlass neuer Verordnungen auf dem Gebiete der Rechtspflege die berufenen Vertretungen der Rechtsanwaltschaft gehört werden.

Abg. Heine (Soz.):

Wir werden den Resolutionen der Kommission zustimmen. Die Resolution in Bezug auf die Entlastungsverordnung verdient den Vorzug vor der Resolution Vernstein. Wenn wir das wollten, was die Resolution Vernstein will, könnten wir einfach erklären, wir verweigern die Giltigkeit der Verordnung, da müßte sie aufgehoben werden. Im übrigen müssen wir uns entschieden dagegen wenden, daß die Verbündeten Regierungen die ihnen von uns gegebene diskretionäre Befugnis, die Kriegszwecke dienen sollte, gebrauchen, um hier ein juristisches Experiment zu machen, für das der Reichstag ihnen bisher die Befugnis noch nicht gegeben hat. Die Verordnung berührt sehr verwickelte Fragen, die nicht aus dem Handgelenk und noch dazu im Kriege entschieden werden können. Die Frage, wie die Anzahl der Prozesse zu vermindern ist, ist zweifellos ein sehr wichtiges Problem. Auf der andern Seite steht aber der alte preussische Grundsatz, daß jeder, auch der ärmste, in wichtigen Fragen zu seinem Recht kommen soll. Das ist eine noble und großartige Auffassung. Da ist ein Ausgleich notwendig und den wird einmal eine Zeit von großer legislativischer Kraft bringen, wo das Volk in einer großen Mehrheit einig und entschlossen ist, das ganze Rechtsleben neu aufzubauen. So etwas läßt sich aber nicht durch ein Experiment machen. Jetzt im Kriege, noch dazu, wo die armen Leute schon ohnedies so viel zu leiden haben, darf man in ihnen nicht auch noch das Gefühl erwecken, daß es ihnen erschwert wird, zu ihrem bürgerlichen Recht zu kommen. Sehr wünschenswert wäre gewiß auch eine Einschränkung der Verleumdungsgesetze. Aber insbesondere, nachdem der Begriff der Verleumdung so unerbötlich ausgedehnt worden ist, läßt sich das nicht aus dem Handgelenk machen. Vor allem sollten die Behörden mit gutem Beispiel vorangehen und dem Unfug der vielen Offizialklagen, weil irgend jemand ein scharfes Wort gegen einen Beamten gebraucht hat, der auch im Kriege ruhig weiter gratifiziert, endlich ein Ende machen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dann enthält die sogenannte E n t l a s t u n g s v e r o r d n u n g eine ungewöhnliche Spitze gegen die Rechtsanwälte. Ich beabsichtige nicht, diese Frage vom Standpunkt der wirtschaftlichen Not, namentlich der Kriegswirtschaft, zu erörtern. Sie sind sehr groß, aber in einer Zeit, wo alle Berufsstände leiden, soll man nicht einen besonders hervorheben. Jedenfalls aber ist es eine Minderheitsmeinung, die kaum noch zu überdauern ist, wenn bei einer solchen Frage wie der Nichterstattung der Anwaltsgebühren und ihrer Unterstellung unter die Entscheidung der Gerichtsschreiber, die Vertreter der Anwaltschaft überhaupt nicht gehört werden sind. (Hört! hört!) Daß das nicht möglich gewesen wäre, wie in der Kommission behauptet wurde, bestreite ich auf das entschiedenste. Aber in Preußen ist es geradezu Grundgesetz, die Anwälte gerade in allen Dingen, die Interesse und Würde der Anwaltschaft betreffen, nicht zu hören. Hier in Berlin hat man uns mit der unsmüngen Diskonolation der Gerichte beglückt, mit der dem Publikum noch größerer Schaden zugefügt worden ist als den Anwälten und hat auch dabei mit Absicht die Anwälte nicht gehört, weil man gewußt hat, daß sie ernstliche sachliche Gründe dagegen anzuführen hätten. Im übrigen will ich zu dem unerquicklichen Kapitel des Verhältnisses von Anwälten und Behörden heute kein Wort sagen. Ich sammele seit zwanzig Jahren in meiner Registratur, die ich im Scherz das Archiv der Niedertracht nenne, Material zu dieser Frage. Es liegen Fälle in großer Masse vor, die zu gegebener Zeit auch vorgebracht werden sollen. Jetzt im Kriege haben wir Wichtigeres zu tun. — In Leipzig ist jetzt wochenlang ein Hochverratsprozess geführt worden, der schließlich mit Freisprechung geendet hat. Es dürfte eine solche Anklage überhaupt nur erhoben werden, wenn die Beurteilung sicher ist, sonst schafft man nur Erbitterung. Die übermäßig hohen Strafanträge dienen auch nicht dem Ansehen der Rechtsanwaltschaft. Die Anklagebehörden sollten sich stets bemüht sein, daß sie doch auch Organe der Rechtspflege sind. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär des Reichsjustizamts Dr. Lisco:

Die Entlastungsverordnungen für die Gerichte waren notwendig wegen der zahlreichen Einberufungen von Beamten. Die Wünsche auf ihre Abänderung werde ich im Bundesrat beschreiben. — In dem vom Abg. Heine vorgebrachten Fall von Landesverrat lag zweifellos hinreichender Verdacht vor, sonst hätte das Gericht nicht das Hauptverfahren eröffnet. Der Strafantrag des Oberrechtsanwalts entsprach jedenfalls seinem pflichtmäßigen Ermessen.

Abg. Dove (Vp.):

Nach der Erklärung des Staatssekretärs ist ja zu erwarten, daß der Bundesrat den in der Kommission und ihrer Resolution ausgesprochenen Wünschen Rechnung tragen wird. Ich will daher nicht auf Einzelheiten eingehen. Man hat sicherlich den besten Willen, nach Möglichkeit für die Bedürfnisse des Publikums Abhilfe zu schaffen; aber es scheint doch eine bedeutliche Hinneigung zu einer Strömung zu bestehen, die ich als juristische Naturbeiläufige bezeichnen möchte. Dahin gehört die Anweisung, zu versuchen, einen

Vergleich zwischen den Parteien herbeizuführen. Wohin das führt, dafür ein Beispiel aus meiner Referendargeschichte: Vor Ehescheidungs-terminen mußte mein Richter einen Schlichter ansetzen, der stets ergebnislos verließ; nur einmal hatte er Erfolg, aber dieser Fall lag so, daß der Richter entrüstet zu der Frau sagte: „Was, mit einem solchen Menschen wollen Sie weiter zusammenleben?“ (Große Heiterkeit.) — Auch die zweite Resolution der Kommission empfehle ich dem Bundesrat, der Rechtsanwaltschaft hat ein Recht, von ihm betreffenden Verordnungen zu hören. (Zustimmung.)

Abg. Dr. Jund (natl.):

Die Behauptungen, die der Abg. Heine zu dem Landesverratsprozess aufgestellt hat, sind viel zu unzulänglich, er kennt die Einzelheiten des Falles viel zu wenig, als daß er hier so schwere Beschuldigungen der höchsten Beamten ausprechen sollte. — Die Entlastungsverordnungen waren ein Mißgriff; aber wir können sie doch nicht von heute auf morgen aufheben, dagegen müssen sie revidiert und verbessert werden. — In eine umfassende Änderung unserer Gesetzgebung können wir im Kriege nicht eintreten; wohl aber sollte durch Bundesratsverordnung der außergerichtliche Zwangsvergleich ermöglicht werden.

Staatssekretär Lisco:

Mit der Ausarbeitung einer Vorlage über den außergerichtlichen Zwangsvergleich ist das Reichsjustizamt bereits beschäftigt. — Die Angriffe des Abg. Heine auf die Oberrechtsanwaltschaft muß ich entschieden zurückweisen.

Abg. Stadthagen (Soz. Arb.):

Die durch die Entlastungsverordnung des Bundesrats verursachten Schäden können nur beseitigt werden, wenn wir die Aufhebung der Verordnung beantragen. Insbesondere kann ich nicht zustimmen, daß, wie es die Kommission vorschlug, bei kleinen Objekten die Verurteilung beseitigt werden soll, bei großen nicht. Das gibt der Gesetzgebung einen plötzlichen Charakter, den wir bekämpfen müssen. Sollen die Gerichte entlastet werden, so darf es nicht auf dem Wege geschehen, daß der Arbeiter und kleine Gewerbetreibende auf ein Recht verzichten sollen. Ebenso ist es unzulässig, daß, wenn bei Verleumdungsprozessen die Verurteilung aufgehoben wird, der Staatsanwalt soll Verurteilung einlegen können. — Die Einschränkung der Öffentlichkeit dient dem Interesse der Rechtspflege nicht. Es fehlt auch dadurch die nötige Kontrolle über die Rechtsprechung. Zur Entlastung der Gerichte dienen andere Wege. Man unterlasse ungeschickliche Anklagen. Deren gibt es eine außerordentlich große Fülle. Zu diesen rechne ich nicht den Landesverratsprozess gegen den Senator Köstler, der ja mit Freisprechung und Aufhebung der Kosten der Verteidigung endete. Denn in diesem Fall lagen ungewissheit die objektiven Tatbestandsmerkmale des Landesverrats vor; es sind nach Japan und Rußland Waren geliefert worden. So auch die subjektiven Merkmale vorgelegen haben, kann man nicht entscheiden, weil ja die Öffentlichkeit ausgeschlossen war. Gerade diesen Fall herauszuheben, in dem ein Wohlhabender angeklagt war, ist abwegig. Es gibt eine Fülle von Fällen überflüssiger Anklagen gegen kleine Leute. Ich erinnere nur an die Anklage gegen den kleinen Händler, der den Charlottenburger Polizeipräsidenten beim Verkauf eines Weihnachtsgaumes überführt haben sollte und natürlich freigesprochen worden ist. Als einige Arbeiter ein Flugblatt verbreiteten, das sich gegen die Taktik der Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion richtete, wurden sie angeklagt wegen Aufreizung verschiedener Bevölkerungsklassen zu Gewalttätigkeit, der Staatsanwalt bedauerte, daß sie die der Mehrheit angehörigen Personen unter Gewalttätigkeiten aus der Sozialdemokratie entfernen wollten. (Hört! hört! bei der Soz. Arb.) und beantragte zwei Jahre Gefängnis. (Erneutes Hört! hört!) Die erfolgte Freisprechung zeigt deutlich die Unberechtigung der Anklage, in ihrer Erhebung liegt geradezu eine Unannehmlichkeit. (Zustimmung bei der Soz. Arb.) In diesem Prozeß gegen die Arbeiter Walcher, Bösch und Thiemer waren Behauptungen über Militärmißhandlungen aufgestellt, dann war in dem Flugblatt — ich zitiere noch der Anklage — erklärt, daß die Fraktionsmehrheit den Antrag, die Soldatenmißhandlungen hier im Plenum ausführlich zu erörtern, abgelehnt hatte. Es werden ferner Ausführungen gegen die Fraktionsmehrheit gemacht. So heißt es dort: „Sahen da in der Redaktion eines Parteiblatts, das eine stolze Höhe des Revisionismus und der Durcheinanderpolitik ist, zwei Redakteure, die es verstanden hatten, sich unmaßmäßig zu machen. Sie bliesen zwar beide mit vollen Waden in das Horn der nationalen Verteidigungspflicht, liegen aber lieber im weichen Federbett als im Schützengraben und tauchen die Feder lieber in Tinte als das Bajonett in Blut. Da sie seit dem 4. August zu den armen Kindern gehören, seien beide unadäquat gewesen. Bei der Ausrüstung habe sich herausgestellt, daß nur einer überzählig sein könne. Die beiden Kollegen hätten sich nicht einigen können, und da habe der Offizier dann schließlich erklärt, es müsse ausgetauscht werden, wer zu reklamieren sei. Dann heißt es in der Anklage: Das Flugblatt schließt mit der Aufforderung an die Arbeiter, den sozialistischen Tempel zu säubern, wie jener Nazarener die Phariseer mit Geißeln aus dem Tempel peitschte.“ Die Anklage meint dann, es liege eine Aufforderung zu Gewalttätigkeiten gegen die militärischen Befehlshaber vor, mindestens liege die Möglichkeit solcher Gewalttätigkeiten nahe. Erwähnen darf ich, daß das Gericht natürlich diesen eigentlichen Konstruktionen von Bevölkerungsklassen und Aufreizungen zu Gewalttätigkeiten nicht gefolgt ist. Am interessantesten ist aber der Schluß der Anklage. Er geht nämlich dahin: Das Flugblatt enthalte gleichzeitig eine offene Aufforderung an diejenigen Arbeiter, welche mit der von der Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion getrollten Politik nicht einverstanden sind, die dieser Mehrheit angehörenden Personen unter Gewalttätigkeiten aus der Sozialdemokratie zu entfernen. Das hierdurch der öffentliche Friede gefährdet wird, bedarf keiner weiteren Ausführungen.“ (Weiterleit.) Selbstverständlich ist das Gericht der Annahme, daß ein Sozialdemokrat Gewalttätigkeiten gegen seine Parteigenossen begehe, außerhalb des Burgfriedens und vor dem Kriege wäre eine solche Anklage unzulässig. Solche überflüssigen Anklagen hätte der Bundesrat beseitigen. Eine Reihe überflüssiger Anklagen haben zu ungeheuerlichen Strafen geführt, obwohl gar keine strafbare Handlung vorgelegen hat; derartige Dinge lagen stets auf politischem Gebiet. In einem Flugblatt war gesagt: Jeder Krieg wird unmöglich, wenn die Massen einen Willen haben und diesen Willen für den Frieden einsetzen. Darum, Arbeiter, vereinigt Euch. Dieses harmlose Flugblatt hat zu einer Anklage und Verurteilung wegen Aufreizung verschiedener Klassen zu Gewalttätigkeiten geführt. Das zeigt die bedauerliche politische Unreife der Gerichte. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Nicht weniger als sechs Monate Gefängnis sind für die Verbreitung dieses harmlosen Flugblattes verhängt worden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das Beste kommt aber noch: irgend ein Wort über den Prozeß und über das Urteil darf nicht in die Öffentlichkeit gebracht werden. (Beifall Hört! hört! bei der Soz. Arb.) Es müßte doch eine selbstverständliche Forderung sein, daß das Gerichte sich um die politischen Ansichten der Angeklagten nicht zu kümmern hat. Die Stuttgarter Strafkammer hat meinen Parteifreund, den Vorsitzenden des Sozialdemokratischen Vereins Groß-Stuttgart Crispin, zu 2 Monaten verurteilt und ausdrücklich bei der Strafzumessung als strafwürdig erklärt, daß er für die Resolution eingetreten war, die die Zustimmung zum Verhalten der die Kriegskredite ablehnenden Abgeordneten aussprach. (Hört! hört!) A. S., wohin sind wir gekommen, wenn die Richter sich in das Parteigetriebe hineinmischen! (Sehr richtig! bei den Soz.)

In Fällen, wo die jetzige Lebensmittelpreiserhöhung zu gewissen Ausschreitungen führt, sollte nicht gleich wegen Landfriedensbruch vorgegangen werden. An die Öffentlichkeit kommen solche Fälle nicht, weil

die Zensur

das verbietet. (Hört! hört!) Ich ersuche den Staatssekretär, und mitzuteilen, welche Beurteilungen der Art in Chemnitz, Berlin und anderen Städten festgefunden haben. Unrichtig ist die weit verbreitete Behauptung, in Chemnitz seien geringfügige Strafen ausgeworfen. Es sind nicht nur Gefängnisstrafen ausgeworfen, eine Anzahl Angeklagter sind gar vor das Schwurgericht gekommen. (Hört! hört!) Ich bitte um Auskunft, wie viele Personen in den Großstädten wegen Butterkrawalle und dergl. verurteilt sind und zu welchen Strafen. Der Bundesrat sollte eine Verordnung erlassen, die eine Beurteilung wegen solcher bedauerlichen Vorfälle unmöglich macht. Es geht nicht, daß die Kontrolle über das, was die Gerichte tun, der Öffentlichkeit durch die Zensur überhaupt entzogen wird, sobald der Amboß die arbeitende Bevölkerung ist. Dem Mitglied des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei Nieß hat der Oberbefehlshaber das Leben unterlagt und ihr gleichzeitig verboten, diese Maßnahme bekannt zu geben unter Hinweis auf die strafbaren Folgen. (Hört! hört! bei der Soz. Arb.) Solchen unzulässigen Verordnungen der Militärbehörde muß der Bundesrat entgegenzutreten, denn sie untergraben das Rechtsgefühl und zeitigen unnütze Anklagen. A. S., es kommen auch Fälle vor, in denen recht unsaubere Subjekte gewissermaßen belohnt werden, weil sie schwer bestraft sind. Ich nenne da den Streikbrecheragent Heßberg. Er ist ein halbes Dutzend mal wegen Diebstahls bestraft worden. Durch Lebensmittelhändler hat er Hunderttausende verdient. In er ist sogar von der Reichsweingewerkschaft zum Einkäufer in Dänemark bestellt worden. Und das, wieviel er mit Lebensmittelhändler früher nichts zu tun hatte. (Hört! hört!) Sein Vorkurist Lukaszewicz ist ein ähnliches Individuum. Er ist zehn bis fünfzehnmal verurteilt. A. S., hat solchen Leuten Vorteile zuzuwenden, sollte man die armen Opfer von Butterkrawallen und dergleichen von Anklagen freistellen. Was die vorliegenden Resolutionen anlangt, so bitte ich Sie, der Resolution Vernstein zuzustimmen, die Aufhebung der Verordnung des Bundesrats verlangt. In der Resolution der Kommission fehlt die Hauptfaser, nämlich die Forderung, daß aufgehoben werde die Bestimmung der Verordnung, die die Verurteilung bei Objekten bis 50 M. beseitigt. Wer es mit den Rechten der Arbeiter ernst meint, muß für die Aufhebung dieser Verordnung eintreten. (Beifall bei der Soz. Arb.)

Abg. Landsberg (Soz.):

Der Redner hat für die Notwendigkeit der Annahme des Antrags Vernstein nichts anderes angeführt, als daß die Bundesratsverordnung die Verurteilung bei Objekten bis zu 50 Mark ausschließt. Wenn dem Redner an der Bundesratsverordnung nichts weiter mißfällt, so hätte es vollständig genügt, wenn er den Antrag gestellt hätte, diese Bestimmung der Verordnung zu beseitigen. Für einen solchen Antrag würden meine politischen Freunde ohne weiteres gestimmt haben. Aber die Tatsache, daß die Bundesratsverordnung diese fehlerhafte Bestimmung enthält — übrigens ist es nicht die einzige — genügt doch unmöglich zur Beseitigung der ganzen Bundesratsverordnung. Der Gedanke der Verordnung, daß das uneheliche Kind, das seine gesetzlichen Ansprüche gegen den Erzeuger geltend machen will, nicht erst eine Bescheinigung seiner zuständigen Polizeibehörde braucht, ist zum Beispiel durchaus wert, auch in Friedenszeiten übernommen zu werden. Im übrigen müßte der Antrag Vernstein etwas radikaler gefaßt sein. (Weiterleit.) So wie er jetzt gefaßt ist, muß er sich das Odium gefallen lassen, daß er uns verzieht auf parlamentarische Rechte zuzumuten, denn er erlucht den Reichsanwalt, eine Aufhebung der Bundesratsverordnung herbeizuführen. Dazu brauchen wir den Reichsanwalt nicht, das können wir selbst, wir können einfach nach dem Ermächtigungsgesetz Aufhebung der Bundesratsverordnung verlangen. (Sehr gut.) — Was der Staatssekretär zur Begründung der Unmöglichkeit, die Anwälte bei Erlass der Verordnung zu hören, anführt, scheint mir völlig verfehlt. Wenn er sagte, die Herren im Reichsjustizamt wären in ihrer Zeit jetzt außerordentlich beschränkt, so hätten sie ja diese umfangreiche Verordnung besser gar nicht machen oder wenigstens die schlimmen Bestimmungen herauslassen sollen. Jedenfalls konnte ihnen bei ihrer beschränkten Zeit doch nur um so lieber sein, wenn sie von Leuten, die von den Dingen außerordentlich viel verstehen, beraten werden. Sie hätten sich ja nur mit dem Vorstand der Anwaltskammer in Berlin in Verbindung zu setzen brauchen. In der Frage der Aufhebung der Verurteilung bei kleinen Objekten muß ich den Staatssekretär dringend bitten, umzulernen. Die Aufhebung ist gänzlich verfehlt. 50 Mark können für einen Armen genau so viel bedeuten wie für einen Vermittelten 1000 M. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Wert der Verurteilung liegt im übrigen nicht in dem Verurteilungsurteil, sondern in der Tatsache, daß der erste Richter sich kontrolliert weiß. Auch gilt hier das alte Wort der Frau ist ihr Fell ebenso lieb, wie dem Elefanten das seine.“ Sehr vermißt habe ich, daß der Staatssekretär nicht gesagt hat über die Arbeiten, die das Reichsjustizamt für die Zeit nach dem Kriege vor hat. Das Versprechen der Neuorientierung legt doch auch ihm Verpflichtungen auf dem Gebiete des Ausbaus der Reichsjustizgesetzgebung auf. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Wiedereinführung der Verurteilung gegen Urteile der Strafkammern ist dringend notwendig. Die Lage eines Angeklagten, der auf das Zeugnis eines Zeugen, der mit ihm verfeindet ist und auch sonst belustigend ist, verurteilt wird, ist heute sehr unbillig. Der Durchschnitrichter läßt sich nicht auf psychologische Prüfung solcher Zeugenaussagen und ihres Wertes ein, sondern verurteilt einfach auf die beschworene Zeugenaussage hin. Es wird ja bei der Ernennung der Richter viel zu wenig Gewicht auf allgemeine Bildung gelegt. Dann kommt auch in Betracht die Abstumpfung, die mit der Zeit jeder Verur mit sich bringt. Der Unterschied ist nur der: Ein Arbeiter, der gegen die Verurteilung abgestumpft wird, leidet selbst unter den Folgen; wird aber der Richter gegen Fehlurteile abgestumpft, so tragen die Folgen andere. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Verurteilte, von dem ich sprach, kann nach Lage der Strafprozessordnung nicht erwarten, daß sein Fall noch einmal tatsächlich nachgeprüft wird. Er hat allerdings den Rechtsbehelf der Wiederaufnahme des Verfahrens, aber nur dann, wenn dem Zeugen, auf dessen Aussage hin er verurteilt ist, wissenschaftliche oder sachliche Verletzung der Eidespflicht nachgewiesen wird und er wegen dieser Verletzung bestraft worden ist. Dazu ist nötig, daß die Anklage von der Staatsanwaltschaft erhoben wird, von derselben Staatsanwaltschaft, auf deren Veranlassung der erste Angeklagte verurteilt worden. Bei unserer Kritik der Rechtspflege liegt uns der Gedanke fern, in die Justiz selbst einzugreifen. Wir wollen so wenig ein Parlamentsjustiz wie eine Kabinetsjustiz. Die Justiz muß nach allen Richtungen hin unabhängig sein. Eine Frau in Düsseldorf hatte die unwahre Behauptung verbreitet, der Oberbürgermeister hätte sich verbotenermaßen Bräuten verschafft. Die Strafkammer verurteilte diese Frau, die zweifellos zu verurteilen ist, zu einem Jahre Gefängnis. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich glaube, die Düsseldorf Richter hätten ein so hartes Urteil nicht fällen brauchen, um die verletzte Ehre des Oberbürgermeisters wiederherzustellen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Eine Frau, die wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten zu einem Jahre Gefängnis verurteilt worden war, wurde der Strafaufhebung eines Tages entzogen. Am läßt eines Tages vor der Wohnung dieser Frau ein Wagen mit einer gewissen ominösen Farbe vor, sie wird in den Wagen gesetzt und nach dem Wiedergewinnung geschickt. Es handelt sich um Frau Rosa Luxemburg. Ich habe mit

Sicherheit angenommen, daß eine Beschwerde gegen diese Maßnahme zu einer scharfen Rüge der untergeordneten Stelle führen würde, die sie angeordnet hat. Tatsächlich hatte aber eine Beschwerde beim Berliner Polizeipräsidenten nur die Folge, daß er antwortete, es hätten sich außer Frau Kola Luxemburg in dem Wagen nur noch 6 Fremdenpersonen befunden, die wegen Uebertretung der Sittenpolizei ins Gefängnis geschickt werden sollten. (Lebt, hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich kann nicht verstehen, wie jemand, der Ehre im Leibe hat, die Ehre eines andern in dieser Weise antasten und jemand herabwürdigen kann, nur weil er ihn für politisch gefährlich hält. Herabgewürdigt wird durch eine solche Behandlung allerdings jemand, aber der politische Verbrecher ist es nicht. (Sehr wahr! bei den Sozialdem.) Die Kultur eines Volkes läßt sich bekanntlich danach beurteilen, wie die Frauen in diesem Volke behandelt werden. Ich glaube, daß nach der Meinung aller Freunde unseres Volkes alles geschehen muß, um zu verhindern, daß aus solchen Vorgängen heraus unsere Kultur falsch beurteilt wird. (Lebt, Weisfall bei den Sozialdemokraten.)

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Heine (Soz.): Dr. Jund hat sich bei der Beurteilung des Falles Böschel geirrt, nicht ich. Stadthagen hat sich heute auf einem für ihn neuen Gebiet produziert, indem er die Reichsanwaltschaft in Schutz nahm. Auch dabei ist er aber geblieben, wie er immer geblieben ist, indem er sich herbei läßt anzudeuten, ich hätte meinen Protest erhoben, weil es sich um einen reichen Mann handelt. Ganz Stadthagen! Ich glaube nicht, daß er damit auf jemand in diesem Hause Eindruck gemacht hat. Aber ich will doch darauf hinweisen, daß ich von dieser Stelle sowohl ihn als den Abg. Diebsticht in Schutz genommen und verteidigt habe, doch auch nicht aus persönlicher Freundschaft, sondern um der Gerechtigkeit willen.

Abg. Stadthagen (Soz. Arb.): Um ein paar Liebenswürdigkeiten anzubringen, hat es Herr Heine fertiggebracht, mir zu unterstellen, ich hätte behauptet, er habe den Fall Böschel nur vorgebracht, weil es sich um einen reichen Mann handle. Der stenographische Bericht ergibt, daß das, was Herr Heine gesagt hat, eine Unwahrheit ist. Nichts Neues bei dem Herrn Kollegen. (Oh! und Geisterzeit.) — Präsident Dr. Raumpf ruft den Redner wegen dieser letzten Bemerkung zur Ordnung.

Abg. Dr. Jund (natl.) wendet sich gegen die Bemerkung des Abg. Heine.

Zu der Abstimmung werden die Anträge der Kommission angenommen, der Antrag der Soz. Arb. wird gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Der Etat wird bewilligt.

Es folgt die zweite Lesung des

Etat des Reichsschatzamtes.

Ueber die an die Beratung dieses Etatititels sich knüpfenden Vorfälle (Genosse Diebsticht versuchte über die Reichsanleihe zu sprechen) geht uns von dem parlamentarischen Berichterstatterbureau nur ein vom Reichstagspräsidenten festgestellter Bericht zu. Da wir einen eigenen Bericht zu bringen nicht in der Lage sind, beschränken wir uns auf die Mitteilung, daß Genosse Diebsticht schließlich unter großem Tumult vom Präsidenten von der Sitzung ausgeschlossen wurde.

Nächste Sitzung: Montag 8 Uhr. (Etat des Reichsschatzamtes, Raligefly, Herabsetzung der Altersgrenze, Kleine Etat.)

Schluß: 4 Uhr.

Kleiner Spaziergang durch einen Etat.

Selbst in Friedenszeiten werden die großen Reichs- und Landesetats und die vielen mit ihnen in Verbindung stehenden dicken und dünnen Schriftstücke und Aktenbände für die breite Öffentlichkeit nicht in dem Maße ausgeschlachtet, wie es der Wichtigkeit dieser Sache entspräche und dem Interesse, das ihr im Grunde gebührt.

Das hat verschiedene Ursachen, deren deutlichste wohl die folgenden beiden sind: Man unterschätzt im allgemeinen den Anteil, den auch der Nichtparlamentarier draußen im Reich und im Land an den Einzelheiten der Etats bis in ihre kleinsten Unterabteilungen nimmt. Zweitens aber: Keine Fraktion — ohne Ausnahme — hat bisher das Arbeiten an den Etats so spezialisiert und aufgeteilt, daß aus fleißig-verliehter Einzeltätigkeit ein ersprießliches Gesamtergebnis wachsen kann. Sondern die Dinge liegen einfach so, daß dieser und jener Mitarbeiter sich aus freien Stücken in den Kleintatbestand des Gesamtetats vermischt und dabei gewisse Teile, ganze Provinzen dieses gewaltigen Gebiets in die Hand nimmt, die er durchlesen oder gar unberührt liegen zu lassen, in dessen minder tapfere oder weniger kräftige Reisende auf halbem, viertel, achsel Wege erschöpft liegen bleiben und günstigen Falles in irgendeiner kleinen parlamentarischen Dase gelangen — zu schweigen von denen, die auf die Insel der Untätigen flüchten. Ob wir uns den Luxus der Nichtbeachtung fruchtbarer Veden immer weiter leisten dürfen oder ob — und wie — wir auch hier Reuland urbar machen können, darüber wird später einmal zu schreiben und zu reden sein.

Zeigt die oben gegebene, knapp zusammengepreßte Darstellung schon auf „normale“ oder sagen wir Friedenszeiten zu, so natürlich erst ruht auf die — Epoche des Krieges und des Kriegszustandes mit seinen freiwilligen und unfreiwilligen Rücksichtnahmen und Zwangslagen. Ist es aber möglich, trotz Krieg und Zensur ohne Born und ohne Beschäftigung aus diesem, jenem Etatstitel das eine und das andere an Licht zu geben, dann kann oder muß das in größerem Maßstabe ganz gewiß geschehen, wenn wir einmal den Alp des Weltkrieges überstiegen haben.

Wirfen wir — Probieren geht über Studieren — irgendeinen Etatstabs heraus:

Nr. 204, Reichshaushaltsrechnung 1914, nicht weniger als 146 Folioseiten zählend und dem Zwecke dienend: die großen Etatüberschreitungen und außeretatmäßigen Ausgaben (und Einnahmen) dem Reichstag zur Vorberatung der verfassungsmäßigen Entlastung vorzulegen.

Schauen wir — aufs Geratewohl — in die fortbauenden Ausgaben des „ordenlichen“ Etats: Verwaltung des Reichsheeres, Preußen, und greifen wir das 35. Kapitel heraus, das vom Militär-Erziehungs- und Bildungsweesen handelt. Das benachbarte Kapitel (37) „Artillerie- und Waffenweesen“ soll gleich mitlaufen. Erst aber eine kleine Vorbemerkung und Rück Erinnerung:

Schon mehrere Male hat sich der Reichstag mit der Kriegsbefolungsvorschrift befaßt, und in den Debatten erregte der Umstand besonderes Aufsehen, daß nicht bloß für die mobilen, sondern auch für immobile, im Standorte verbleibende Formationen zum Teil Kriegsbefolungen vorgesehen waren, darunter für Beamte in Militärverwaltungen, denen zu Kriegzeiten weniger Arbeit obliegt als im Frieden, z. B. Kriegsakademie, deren Zivillehrer (Professoren) zu ihrem niedrigsten Friedensgehalt von 483,28 M. im Standorte eine Kriegszulage von 90 M. im Monat bis herab zu den Unterbeamten, die (ebenso wie Hauswart und Hausdiener der Militärverwaltung) je 21,25 M. Zulage haben sollten, wogegen dem Kasernenwärter der Oberfeuerwerkerschule nur 20 M. monatlich zugesagt sind.

Das Erstaunen über diese veralteten Anordnungen wird nicht geringer, wenn man nun aus unserer Reichshaushaltsrechnung erfährt, daß Kriegsakademie, Militärturnanstalt, Oberfeuerwerkerschule bei Eintritt der Robilmachung einfach aufgelöst worden sind!

Einen Blick in die Kaiserliche Marine: Da war u. a. für 1914 ein Dispositionsfonds von 8000 M. vorgesehen zur Ge-

währung von Zuschüssen an Besatzhaber und Offiziere bei Ausübung „außergewöhnlicher Repräsentation“. Aus den 8000 M. sind 12 800,83 geworden, weil nicht bloß Auslandsreisen, sondern auch die Entsendung eines Detachements nach Skutari, der Besuch eines — englischen Geschwaders in Kiel und andere Anlässe in üblicher Weise gefeiert werden mußten. Die Ueberschreitung durch Ersparnisse auszugleichen, bot sich keine Gelegenheit.

Auch sonst hatte die Marineverwaltung Besch. In Friedrichs-ort waren Marinebauten vorzunehmen. Diese liefen so ab, daß ein Hotelbesitzer sich in seinem Geschäftsbetriebe benachteiligt fühlte. Der gute Mann klagte, der Reichsfiskus verlor den Prozeß und hatte 12 889,53 M. zu bloßen.

Verträglichweise gibt es auch Etatsüberschreitungen, die wir noch viel, viel größer gewünscht hätten, über die jedoch der böse Krieg einen dicken schwarzen Strich gezogen hat. So war am 20. Januar 1914 in London ein internationaler Vertrag zum Schutze des menschlichen Lebens auf See geschlossen worden. Daraufhin hatte die Deutsche Seewarte einen Einnahmendienst einzuführen versucht, d. h.: eine regelmäßige telegraphische Uebermittlung von Nachrichten über die Eisverhältnisse im Atlantischen Ozean. Die Kosten beliefen sich auf 391,45 M. Der Krieg hat auch diese menschenfreundliche Tätigkeit bis auf weiteres stillt.

Nicht zuletzt macht sich der große Feldzug bei den Mehrausgaben da bemerkbar, wo Bewilligungen für die Hinterbliebenen Verstorbener und Gefallenen zu leisten sind: vom Zuschuß für die Ehefrau eines zum Kriegsdienst einberufenen Bautechnikers der Reichspost- und Telegraphenverwaltung (1237,50 M.) bis zur Beihilfe für die Familie eines im Kriege gefallenen Fahrstuhlführers am Reichsgericht (42 M.).

Und ferner der Krieg: Die Zahlung der Pacht für die Wilhelm-Luzemburg-Bahnen ist nach dem Vertrage in effektiven Goldfranken zu leisten. Da der Kurs des Frankengeldes in die Höhe geschraubt wurde, so entstanden erhebliche Mehrkosten und eine Etatsüberschreitung von 134 622,72 M.

Die Staatsschulden, auf die wir vor dem Kriege recht stolz waren, hat teilweise versagt, und so mußte die Reichsregierung allerlei kostspielige Erhebungen vornehmen lassen, darunter je eine Aufnahme der Vorräte an Getreide und Erzeugnissen der Getreidemüllerei für menschliche und tierische Ernährung am 1. Juli und am 1. Dezember 1914. Was mögen die beiden Aufnahmen gekostet haben? Antwort: 163 349,67 M. Gemäß einem Bundesratsbeschlusse findet am 15. dieses Monats wieder eine „Vierzehntenzählung“ im Deutschen Reich statt. (Zum ersten Male, solange es solche Zählungen gibt, sollen auch die Rationen mitgezählt werden — natürlich bloß die zahmen. Wieviel diese Zählung gekostet hat, erfahren wir, wenn Skud gut ist, im Jahre 1918 bei der Reichshaushaltsrechnung 1916.)

Das alte Wort vom mageren Vergleich, der besser ist als ein fetter Prozeß, hat sich ein Grundstücker im Wahn zu eigen gemacht. Von 1897 bis 1914 klagte er sich mit der Heeresverwaltung herum, die für die Erweiterung eines Artilleriechieftages Gebäude ihres Prozeßgeners nötig hatte. Der gute Mann forderte 1 187 947 M., begnügte sich aber im Vergleich mit 624 132 M.! Die Gerichtskosten von 29 545,41 M. trägt das Reich.

Das Kolonialamt hat sich das Verdienst erworben, in seinen Etatbegründungen mitten im Kriegsjahre 1916 neben Zweckmäßigkeitgründen auch die „internationale Höflichkeit“ wieder aufleben zu lassen, der zulebte Spaniens Wunsch auf Festlegung der Grenzen zwischen Kamerun und Spanisch-Namun erfüllt werden mußte. Das hat zwar im Jahre 1914 6131,30 M. gekostet und wird wohl noch weitere Ausgaben nach sich ziehen, aber was tut man nicht alles zu Ehren der internationalen Höflichkeit? Hebrigen sind die Arbeiten der Grenzexpedition zurzeit unterbrochen.

Auch sonst erwachsen dem Reiche im Jahre 1914 allerlei Höflichkeitsausgaben, zum Beispiel: aus Reisen, die innerhalb Deutschlands von folgenden Herren zurückgelegt wurden: Oesterreichischer Thronfolger 12 238,12 M. — drei türkische Prinzen 1926,48 M. — der österreichische Minister des Neuherrn, Baron Burian 4802,30 M. — Graf Tisza, Ungarns Ministerpräsident, 174,00 M. — der österreichische Votschafter in Berlin 1214,40 M. — der amerikanische Kriegsminister von Salzbergen 1784 M. — der berühmte amerikanische Oberst House 217,20 M. — der italienische Votschafter in Berlin 685 M. — englische Offiziere und Desk-offiziere beim Besuch in Berlin (Juni 1914) 8240,40 M.

Ehrgeschenke, die der Kaiser dem Schwab von Verthen zu seiner Thronbesteigung machte, kosteten dem Reiche 4500 M. Die Reise des kaiserlichen Vertreters zur Beerdigung des Königs von Rumänien 1555,92 M.

Dem Reichskanzler steht für unvorhergesehene Ausgaben gleichfalls ein Dispositionsfonds von 120 000 M. zur Verfügung, von denen er im Jahre 1914 nur 72 115,85 M. ausgegeben hat, darunter: an die deutsche Zentrale für Jugendfürsorge 1500 M., an den Gewerbeverein der Heimarbeiterrinnen Deutschlands 6000 M.

Für heute wollen wir uns mit den paar hunderttausend Mark, die an uns vorübergerauscht sind, begnügen. Im Kriege soll man ja wohl bescheiden sein oder wenigstens so tun. Bei passender Gelegenheit — früher oder später — wollen wir einmal in den Millionen des Hauptetats wühlen.

Georg Davidsohn, M. d. R.

Aus der Budgetkommission des Reichstages.

Die Kommission führte am Sonnabend zunächst die Beratung des Etats des Pensionsfonds zu Ende. — General von Pangermann erklärte, daß alles geschehen soll, um die Festsetzung der Renten der Kriegsbefähigten zu beschleunigen. Das Kriegselterngeld wird jetzt im Unterstützungswege gewährt, wenn der Verstorbene seine Eltern wesentlich unterstützt hat. Dem Antrag Bauer, die Renten erst nach mindestens zwei Jahren nachzuprüfen, steht die Verwaltung sympathisch gegenüber, fraglich sei bloß, ob die geforderten Zeiträume nicht zu groß sind. — Schatzsekretär Dr. Helfferich hat bei aller Sympathie für die Verlehten doch Bedenken gegen den Antrag, weil er eine Abänderung des Mannschaftsgesetzes bedeutet. Ob der Antrag, dem Reichsausschuß für Kriegsbefähigtenfürsorge 200 000 M. zu überweisen, erfüllt werden kann, soll geprüft werden; aber eine solche Summe in den Etat einzufügen, sei nicht angebracht.

Abg. Hoch erörtert die Frage des Elterngeldes. Zahlreiche berechtigte Beschwerden wenden sich dagegen, daß die Bestimmungen zu eng ausgelegt werden. Namentlich ist dies der Fall bei den unteren Behörden. Eine Unterstützung durch den Sohn muß auch dann als gegeben erachtet werden, wenn er den Eltern seine Arbeitskraft zum Teil zur Verfügung gestellt hat. In kleinen landwirtschaftlichen Betrieben ist dies vielfach der Fall. Die Gewährung der Kriegszulage soll nicht davon abhängig gemacht werden, daß die Verwendung in der Schlacht erfolgt sein muß. — General v. Pangermann hebt demgegenüber hervor, daß nicht schematisch verfahren werden sollte; es sei von Fall zu Fall zu entscheiden.

Der Antrag Bauer wird schließlich zurückgestellt bis zur Beratung des Gesetzes über die Kapitalabsindung. Der Antrag, dem Ausschuß für Kriegsbefähigtenfürsorge 200 000 M. zu überweisen, wird dahin abgeändert, daß eine größere Summe zur Verfügung gestellt wird. — Auf eine Anregung des Abg. Bauer (Soz.) gibt der Schatzsekretär die Erklärung ab, daß ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Der Etat des Reichseisenbahnnamtes wird ohne Debatte erledigt. — Beim Etat der Reichseisenbahnen verlangt der Referent Abg. Emmel (Soz.) Auskunft über die Teuerungszulagen für das Eisenbahnpersonal, das in diesem Kriege eine ungeheure Arbeitsleistung vollbracht hat, die auch Anerkennung finden müsse. — Die Einnahmen der Reichseisenbahnen sind natürlich durch den Krieg sehr zurückgegangen. — Minister v. Breiten-

bach teilt mit, daß dem Personal regelmäßig Kriegszulagen gewährt werden, deren Höhe nach der Kinderzulage abgemessen ist. Die Aufwendungen hierfür belaufen sich auf 2 800 000 M. Die Familien der Eingezogenen erhalten ebenfalls Unterstüngen.

Abg. Emmel regt noch an, den Ausbau des dritten und vierten Gleises der Strecke Straßburg-Basel nicht vorzunehmen, bis erneut zu dem Riedbahnprojekt Stellung genommen worden ist. Die Kriegserfahrungen müßten hierbei die nötige Berücksichtigung finden. Der Minister stimmt dieser Anregung zu.

Ohne weitere wesentliche Debatte wurde auch dieser Etat erledigt.

Die Beratungen werden am Montag fortgesetzt mit der Beratung der Kriegsgewinnsteuer.

Das Echo des Auslandes.

Osag, 7. April. Reuter verbreitet, wie wir der „Tägl. Rundschau“ entnehmen, einige englische Blätterstimmen über die Rede des deutschen Reichskanzlers. Die „Morning Post“ sagt in einem Leitartikel:

„Die Erklärungen, die vor der Öffentlichkeit von einem Bethmann Hollweg abgelegt werden, dürfen natürlich nicht wörtlich aufgefaßt werden; sie enthalten niemals die volle Wahrheit. Der Ausdruck, in den er seine Erklärungen faßt, wird stets verschiedenen Auslegungen offenstehen. Er hat bei einer Rede nicht die wirklichen Tatsachen vor Augen, sondern richtet seine Aufmerksamkeit auf das Zustandekommen eines bestimmten politischen Eindruckes, den er für wünschenswert erachtet. Er wünscht den Neutralen einzuprägen, daß Deutschland ihre Rechte ohne weitere Ausflüchte achtet, und wenn bei den Neutralen auch noch etwas von dem Zweifel über den Urheber des Unterganges ihrer Schiffe hängengeblieben sein sollte, das deutsche Volk wird von der vollkommenen Aufrichtigkeit seiner Regierung überzeugt sein. Der Kanzler hebt hervor, daß, so stark die Drohungen von seiten der Verbündeten seien, ebenjo hart die deutschen Schläge sein werden. Ueber den Ausgang dieses Kampfes ist kein Mißverständnis möglich. Solche Drohungen haben keinen Wert, wenn man sie nicht in Laten umsetzt. Von zwei Mächtern wird einer vernichtet werden.“

Die „Times“ sagt:

„Die Rede des Reichskanzlers war für drei verschiedene Gruppen bestimmt: Einmal war es seine Absicht, das deutsche Volk zu ermutigen und zufriedenzustellen, wobei seine Leiden gebührend anerkannt wurden. Ferner beabsichtigte der Kanzler die zögernden Neutralen von der Nützigkeit Deutschlands zu überzeugen. Schließlich hat seine Rede den Zweck, Eindruck zu erwecken auf die Dummheit einer Handvoll von Friedensfreunden in England. Derjenige Teil der Rede, in dem von Verdun gesprochen wurde, ist ein schlagendes Beispiel für die Wahrheit der Bethmannschen Ausführungen. Er sagte, daß die Operationen nach gründlicher Ueberlegung eingeleitet worden seien und von Erfolg zu Erfolg geführt hätten. Die Welt weiß jedoch, daß das Ergebnis dieser Operationen ein Verlust von Zehntausenden gewesen sei. Kennenswerte Vorteile sind nicht erzielt worden. Während der Kanzler die Sperre ins Feld führte zur Entschuldigung für die Morde an Frauen und Kindern und hilflosen Schiffbrüchigen, ermutigte er zugleich seine Zuhörer mit dem Hinweis, daß die Sperre nur wenig Ungemach verursache, und daß, wenn es erforderlich sei, die Deutschen viel sparsamer leben könnten, als sie in den letzten Jahren vor dem Kriege gewohnt gewesen seien.“

Lugano, 7. April. Der „Tägl. Rundschau“ wird gemeldet: Die durch die Agenzia Stefani berichtet und itü d w e i s e in Italien bekanntgewordene Rede des Reichskanzlers erregt in politischen Kreisen und in der Presse so namenlose Wut, daß zweifellos darin aller Beweis für die Richtigkeit des Zeitpunktes und den Inhalt der Ausführungen des Kanzlers liegt. Die Enttäuschung des Vierverbandes über die Sprache des Reichskanzlers, der kein Dementi durch die militärische Lage entgegengesetzt werden kann, nimmt namentlich in der italienischen Presse geradezu alberne Formen an. So, wenn der „Secolo“ von der Regierung Deutschlands spricht, an die Stelle von Laten Worte zu setzen, als ob die gesamten Laten des Vierverbandes seit vielen Monaten nicht ausschließlich aus Worten beständen. Großen Nachdruck legt die italienische Presse, besonders der francojenseitigen Flügel, auf die Zukunft Belgiens, wobei den Worten des Kanzlers unterlegt wird, daß sie ausschließlich die völlige Angliederung des Landes bedeuten könnten. Der „Corriere della Sera“ schreibt einen Artikel, dem er den französischen Glaubenssatz zugrunde legt, daß die deutsche Offensive bei Verdun gescheitert sei, um dann mit Nachdruck festzustellen, daß die Kanzlerrede nicht der Lage im April, sondern der im Februar entspreche. Die „Idea Nazionale“ verspottet zwar die Ausführungen des Kanzlers, die einen vollständigen Sieg der Mittelmächte zur Voraussetzung haben, gibt aber dann zu, daß man mit einem langen Krieg ohne jede Aussicht auf raschen Erfolg zu rechnen habe und daß alle Hoffnungen auf eine innere Schwächung Deutschlands in politischer, moralischer wie wirtschaftlicher Hinsicht verfehlt seien. Der „Messaggero“ hingegen glaubt, daß die Kanzlerrede nur für den inneren deutschen Gebrauch bestimmt sei, da die Armee und das deutsche Volk nach so viel Enttäuschungen nötig haben, durch Unwahrheiten künstlich aufrechtzuerhalten zu werden. Sehr viel ernsthafter und beunruhigter zeigen sich die „Tribuna“ des „Giornale d'Italia“ und der „Corriere d'Italia“, die trotz der im italienischen Journalismus gewohnten Beschimpfungen des Kanzlers doch eingestehen, daß sich eine furchtbare Aussicht eröffne angesichts der rückhaltlosen Entschlossenheit Deutschlands, den Krieg nur in seinem Sinne zu Ende zu führen. Die Presse glaubt, die Kanzlerrede werde einen wesentlichen Einfluß auf die Erklärungen Sonninos und die Erörterung des Hausbals des Auswärtigen in der nächsten Woche haben. Vielleicht werde dabei Italien gewissermaßen im Namen des Vierverbandes dem Kanzler antworten, falls vorher kein Vierbandsminister vor dem Parlament spricht.

Dem „Berliner Tageblatt“ wird telegraphiert: Bukarest, 7. April. Die Spalten der Abendblätter sind mit Kommentaren über die Rede des Reichskanzlers gefüllt. Das antientfreundliche „Journal des Balkans“ will einen grundsätzlichen Unterschied zwischen den früheren Erklärungen des Reichskanzlers und seiner jüngsten Rede sehen. Während Deutschland bisher immer vom Status quo gesprochen habe, als könne er den Ausgangspunkt für Erörterungen über die Friedensfrage sein, habe Herr v. Bethmann den Status quo jetzt über Bord geworfen. Dieser Klasse jetzt der Abzug zwischen den beiden kämpfenden Gruppen. „Vielleicht“, schreibt das Blatt, „hat der Reichskanzler mit seiner Rede den Erfolg in Deutschland gehabt, den er haben wollte. Aber gerade, weil es notwendig war, diesen Eindruck beim deutschen Volk hervorzurufen, um die schwankende Sache des germanischen Imperialismus zu stützen, dürfen wir sicher sein, daß dieser Imperialismus für immer kompromittiert ist. Herr v. Bethmann gibt zu, daß er für jene, die den preussischen Militarismus vernichten wollen, nur eine Antwort kennt, das Schwert. In der Tat, das ist die einzige Antwort, die Deutschland geben kann, solange es unter dem Joch seiner Militärautorität steht, aber es ist eine Tollheit, zu behaupten, man habe am 9. September des vergangenen Jahres den aufrichtigen Wunsch geäußert, Frieden zu schließen, wenn man daran dachte, jene historische Geste zu wiederholen, die das Schwert in die Woge wirft, und ausruft: „Vae victis!“

Bern, 7. April. (W. Z. B.) Zur Besprechung der Kanzlerrede durch die Pariser Presse ist noch nachzutragen, daß die Blätter sich vor allem bemühen, den langsame Fortgang der Kämpfe vor Verdun als deren völliges Scheitern hinzustellen, um sagen zu können, daß der Kanzler nicht mit den versprochenen Erfolgen vor dem Reichstag treten konnte. Sehr vorsichtig lassen die Blätter

die deutlichen Erklärungen über die deutschen Friedensziele an. „Tempo“ liegt aus der Rede heraus, daß eine moralische Niederlage allmählich von oben her über ganz Deutschland komme, und findet einen Widerspruch in des Kanzlers zuberfälschter Schilderung der militärischen Lage und in dem Hinweis auf Englands Absicht, Preußen militärisch niederzuringen, womit anerkannt werde, daß sich die Alliierten also stark genug fühlten, um diesen Erfolg zu erreichen. Zusammenfassend meint „Tempo“, der Ton der Auslassungen zeige, daß etwas jenseits des Rheins sich geändert habe und die Sicherheit der regierenden Kreise im Sinken sei. — „Petit Parisien“ hebt das Schweigen über Frankreich als den bezeichnendsten Zug der Rede hervor. Dies sei das deutliche Geständnis der vorausgefühlten Niederlage. Das Blatt meint, der Kanzler schwänze zwischen der Regierungslinie mit ihren Friedensforderungen einerseits und der Rechten und dem Zentrum mit ihren Anneziationsabsichten andererseits.

Politische Uebersicht.

Aus dem Reichstage.

Zu den Vorgängen am Schluß der Sonnabendstzung des Reichstags hat die „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft“ sofort Stellung genommen und beschloffen, zum Schutze der parlamentarischen Redefreiheit einen Antrag im Reichstage zu stellen.

Noch ein Echo der Kanzlerrede.

Aus Anlaß des fünfzigjährigen Militärjubiläums Hindenburgs fand im Hauptquartier Ost feierliche Frühstückstafel statt. In seinem Trinkspruch auf Hindenburg führte der Chef des Stabes Generalleutnant Ludendorff u. a. folgendes aus:

„Schon vor 100 Jahren hätten große Teile des Landes unter preußisch-deutscher Verwaltung gestanden, und, wie kurz auch diese Zeit gewesen sei, so hätte sie genügt, dem Lande Segen zu bringen. Dieser Segen solle dem eroberten Lande von neuem zuteil werden. Freudigen Herzens habe man dies aus des Reichskanzlers Rede vom 5. April vernommen, die so lebhaften Anklang im Stabe des Oberbefehlshabers Ost gefunden habe.“

Die Parteien im Reichstag.

Durch die Schaffung zweier neuer Fraktionen, der „Deutschen Fraktion“ und der „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“, ist im Reichstag eine Neugruppierung notwendig geworden. Das Stärkeverhältnis der Fraktionen ist jetzt folgendes: Zentrum 90, Sozialdemokratische Fraktion 80, Fortschrittler 45, Nationalliberale und Konservative je 44, Deutsche Fraktion 27, Polen 18, Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft ebenfalls 18 Mitglieder. Fraktionslos sind 7 Mitglieder, darunter die Sozialdemokraten Liebknecht und Rühle sowie der Reichsparteiler Schulz-Bromberg. Dadurch ist auch eine wesentliche Verschiebung in der Besetzung der Ausschüsse eingetreten. Die Sozialdemokratische Fraktion hat in jedem Ausschuss Sitze abtreten müssen. — Im Plenum wird die Neugruppierung dadurch zum Ausdruck kommen, daß die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft besondere Plätze angewiesen erhält.

Delbrück erkrankt.

(Amtlich.) Der Staatssekretär des Innern, Staatsminister Dr. Delbrück, der an Furunkulose erkrankt war und infolgedessen seit einigen Tagen dem Dienst fernbleiben mußte, hat sich auf ärztlichen Rat zur Wiederherstellung seiner Gesundheit auf drei Wochen nach Baden-Baden begeben.

Ein bemerkenswerter Freispruch.

In dem Landesverratsprozeß gegen den Senator Boffehl und den Kaufmann Hersen aus Lübeck wurden, wie „Wolffs Bureau“ aus Leipzig meldet, die Angeklagten von der erhobenen Anklage freigesprochen und die Kosten sowie die notwendigen Auslagen der Angeklagten der Staatskasse auferlegt. Die Angeklagten wurden sofort in Freiheit gesetzt.

Vom Weirat für Volksernährung.

In der letzten Sitzung des Weirats für Volksernährung wurden die Einfuhr von Nahrungs- und Futtermitteln aus dem Auslande, der Stand der Erzeugung von Ersatzfuttermitteln (Stroh, Heidekraut, Geseffutter) sowie die Ersatzbeschaffung für die beschlagnahmten Haus- und Wirtschaftsgeräte aus Kupfer und Messing erörtert.

Die neue Sommerzeit.

Aus Wien wird gemeldet, daß die neue Zeiteinteilung auch in Oesterreich-Ungarn eingeführt werden solle. Die neue Zeiteinteilung wird im privaten und wirtschaftlichen Leben wenig Aufregung verursachen. Lediglich die juristischen Folgen dürften nicht ohne praktische Bedeutung sein, die an zwei Tagen in die Erscheinung treten können. Der 30. April hat künftig nur 23, der 30. September aber 25 Stunden, was für Befristungen

von Wichtigkeit sein kann. Denn die neue Stundeneinteilung führt bei einer Frist, die am 30. September endet, zu einer Verlängerung. Bei Mietverträgen, die mit halbjährlicher Kündigungsfrist zum 1. November oder mit vierteljährlicher Kündigungsfrist zum 1. August oder mit einmonatlicher Kündigungsfrist zum 1. Juni kündbar sind, kann die Kündigung, die sonst bis zum 30. April mitternachts 12 Uhr zulässig gewesen wäre, nur bis um 11 Uhr erfolgen. Am 30. September kann man dagegen bis um 1 Uhr kündigen. Unter Umständen kann diese Verschiebung leicht von praktischer Bedeutung werden.

Kaffee und Tee.

Zu den am 6. April erlassenen Verordnungen über Kaffee und Tee wird uns vom Kriegsausschuß für Kaffee, Tee und deren Ersatzmittel G. m. b. H., Berlin, Bellevuestr. 14, folgendes zur Erläuterung mitgeteilt: Kaffeeemengen von 10 Kilogramm und mehr und Teemengen von 5 Kilogramm und mehr sind beschlagnahmt. Der Handel mit beiden Artikeln ist daher bis auf weiteres gesperrt.

1. Kaffee.

a) Telegraphische Anmeldepflicht. Jeder Eigentümer von mehr als 600 Kilogramm Rohkaffee (als Eigentümer gilt im Sinne des Gesetzes der letzte Käufer von Rohkaffee) hat seinen Vorrat vom 8. April am 11. April 1916 telegraphisch an den Kriegsausschuß für Kaffee, Tee und deren Ersatzmittel G. m. b. H., Berlin, Bellevuestr. 14, Telegramm-Adresse „Kriegskaffee Berlin“, anzuzeigen.

b) Schriftliche Anmeldepflicht. Die schriftliche Anmeldung hat durch diejenigen zu erfolgen, die Rohkaffee in Gewahrsam haben. Darunter sind zu verstehen alle Lagerhalter oder diejenigen Eigentümer, die Rohkaffee auf eigenem Lager haben. Anmeldepflichtig sind Kaffeeemengen von 10 Kilogramm und mehr.

Alle Kaffeeemengen von 10 bis 50 Kilogramm sind per Postkarte zu melden. Alle Quantitäten, die mehr als 50 Kilogramm betragen, müssen durch geschlossenen Brief zur Anmeldung gelangen. Durch diese Bestimmung wird eine rasche Eichung des einlaufenden Materials ermöglicht. Es liegt im Interesse der Allgemeinheit, daß die endgültigen Zahlen möglichst rasch bekannt werden, damit die etwa verfügbaren Bestände dem freien Verkehr wieder übergeben werden können.

Der bis zum 7. April 1916 einschließlich geröstete Kaffee darf frei verkauft werden. Von diesem Datum ab darf Rohkaffee nur mit Zustimmung des Kriegsausschusses geröstet werden. Dem Detailhandel wird dringend empfohlen, nur ganz geringe Quantitäten jedem einzelnen Konsumenten zur Verfügung zu stellen, um eine ungleiche Verteilung der bestehenden Vorräte an geröstetem Kaffee zu verhindern. Die Bestandsaufnahme am 3. Januar hat ergeben, daß der achte Teil der gesamten deutschen Vorräte aus geröstetem Kaffee bestand. Es ist wohl anzunehmen, daß dasselbe Verhältnis auch bei der jetzigen Beschlagsnahme besteht, und daß der gesamte Kaffeehandel die Uebergangszeit, die zwischen Beschlagsnahme und eventueller Freigabe liegt, überwinden kann, ohne daß der Konsument das ihm liebgewordene Kaffegetränk zu entbehren braucht.

2. Tee.

a) Telegraphische Anmeldepflicht. Jeder Eigentümer von mehr als 300 Kilo (als Eigentümer gilt im Sinne des Gesetzes der letzte Käufer) hat seinen Vorrat vom 8. April am 12. April 1916 telegraphisch an den Kriegsausschuß für Kaffee, Tee und deren Ersatzmittel G. m. b. H., Berlin, anzuzeigen.

b) Schriftliche Anmeldepflicht. Die schriftliche Anmeldung hat durch diejenigen zu erfolgen, die Tee im Gewahrsam haben. Damit sind verstanden alle Lagerhalter oder diejenigen Eigentümer, die Tee auf eigenem Lager haben. Anmeldepflichtig sind Mengen von 5 Kilogramm und mehr Tee.

Alle Teemengen von 5 bis 25 Kilogramm sind per Postkarte zu melden. Alle Quantitäten, die mehr als 25 Kilogramm betragen, müssen durch geschlossenen Brief zur Anmeldung gelangen.

Krankenhäuser, Heilanstalten usw., desgleichen Gastwirtschaften und alle Betriebe, in denen bisher gewerdmäßig Teegetränke verabreicht worden sind, dürfen bis auf weiteres im bisherigen Umfang Teegetränke aus ihren eigenen Beständen verabfolgen.

Sicherung der Militärrenten.

Zum Etat des allgemeinen Pensionsfonds ist im Haushaltsausschuß des Reichstags ein von den Abgg. Bauer (Soz.), Giesberts (Z.), Liesching (Fortschr.), Meyer-Herford (natl.) und Herzog (Deutsche Fraktion) unterzeichneter Antrag gestellt worden, der verhüten will, daß Rentenempfänger fortgesetzt den Kampf gegen die Herabsetzung der ihnen gewährten Rente führen müssen. Der Antrag lautet:

„Die Renten sind bei der ersten Festsetzung mindestens zwei Jahre unverminderbar zu gewähren. Eine Nachprüfung von Amts wegen darf frühestens mit Ablauf dieser zwei Jahre vorgenommen werden. Weitere Nachprüfungen von Amts wegen dürfen nur in Zeiträumen von mindestens je fünf Jahren erfolgen.“

In allen Fällen, in denen anzunehmen ist, daß eine Mindestbeschränkung der Erwerbsfähigkeit lebenslanglich oder für eine im voraus zu bestimmende Reihe von Jahren bestehen wird, ist die hierfür zu gewährende Rente lebenslanglich oder für die im voraus zu bestimmende Zeit unverminderbar festzusetzen. (Dauerrente.)

Nebstbei in solchen Fällen die vorläufige Erwerbsbeschränkung ein Prozentfuß der zu gewährenden Dauerrente, so ist dem Geschädigten neben dieser eine entsprechende Uebergangsrente zu gewähren. Von Amts wegen darf frühestens nach Ablauf von zwei Jahren eine Nachprüfung dieser Uebergangsrente vorgenommen werden. Weitere Nachprüfungen sind nur in Zeitabschnitten von mindestens je fünf Jahren seit der letzten Nachprüfung zulässig, sofern die Dauerrente nicht an einem früheren Zeitpunkte abläuft. In diesem Falle hat die Nachprüfung beider Renten gleichzeitig zu erfolgen. Auf Antrag der Rentenberechtigten kann die Nachprüfung der Renten jederzeit erfolgen.“

Förderung des Kleinwohnungswesens.

Der Wohnungsausschuß des Reichstags faßte am Sonnabend folgenden Beschluß:

Die Verbündeten Regierungen werden ersucht:

1. im nächsten Reichshaushalt als regelmäßige Ausgabe 30 000 M. einzusetzen zur Unterstützung derjenigen Vereinigungen, welche die allgemeine Förderung des Kleinwohnungswesens bezwecken;
2. bei Vorlage des Reichshaushaltsvorschlages für 1916 beim Etat des Reichsamts des Innern im außerordentlichen Etat „Reichswohnungsfürsorgefonds“

a) das Dispositiv wie folgt zu ändern: „zur Förderung der Herstellung geeigneter Kleinwohnungen für Arbeiter und gering bezahlte Beamte in den Betrieben des Reichs und des Reichsheeres (sowie für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene. Rückennahmen (Zins und Tilgung) fließen zum Fonds zu“.

b) die Etatsposition zunächst auf 10 Millionen Mark zu erhöhen. Diese Aufträge, die von Vertretern fast aller Parteien gestellt waren, sollen noch den Hauptausschuß beschäftigen.

Die gleichen Antragsteller erstreben eine Novelle zum Gesetz über Bürgerkasten des Reichs zur Förderung des Baues von Kleinwohnungen für Reichs- und Militärbedienstete (vom 10. Juni 1914), wodurch die Wirkungen des Gesetzes vor allem auch den Kriegsteilnehmern und deren Hinterbliebenen zugute kommen sollen. Der Reichskanzler soll die Ermächtigung erhalten, zur Förderung der Herstellung von geeigneten Kleinwohnungen für Darlehen an Gemeinden, Kommunalverbände und gemeinnützige Unternehmungen Bürgerkasten bis zum Gesamtbetrage von 250 Millionen Mark zu übernehmen.

Ein Regierungskommissar äußerte gegen diese weitgehende Forderung ernste Bedenken und bezweifelte, daß die Verbündeten Regierungen zustimmen könnten. Man dürfe die gewaltigen Aufgaben des Reichs nach dem Kriege auf den verschiedensten Gebieten nicht außer acht lassen.

Die Abstimmung wurde vertagt. Weiterberatung: Dienstag, 11. April.



Denkt an uns!

Sendet

Galen Aleikum

(Hohlmundstück)

Galen Gold

(Goldmundstück)

Zigaretten.

Willkommenste Liebesgabe!

Preis Nr 3 4 5 6 8 10

3 4 5 6 8 10 Pfd. Stück.

20 Stück feldpostmäßig verpackt, portofrei!

50 Stück feldpostmäßig verpackt, 10 Pf. Porto!

Orient-Tabak- u. Cigarettenfabr. Yenidze Dresden.

Inh. Hugo Ziefz, Hoflieferant S.M.d.Königs v. Sachsen.



Trustfrei!



Zu Ostern:

Reisner's
Kinder-Stiefel

Rationelle Verarbeitung * Billige Preise

Mittwoch, den 12. April: Zahlabend in Groß-Berlin.

Aus der Partei.

Zur Fraktionshaltung.

Die Kreiskonferenz von Niederbarnim erklärte sich mit 49 gegen 13 Stimmen mit der vom Zentralvorstand erklärten Billigung des Vorgehens der Genossen der „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“ einverstanden.

Ferner stimmte sie folgender Erklärung an den Parteivorstand mit 40 gegen 14 Stimmen zu:

„Der Parteivorstand hat seit Beginn dieses Jahres die „Partei-Korrespondenz“ auf Kosten der Gesamtpartei den weitesten Kreisen der Parteigenossen und der Gewerkschaftsfunktionäre zugänglich gemacht, außerdem gibt er Vorkurs zur unentgeltlichen Verbreitung heraus. In der „Partei-Korrespondenz“, die lediglich als Informationsorgan zum Kampf gegen die Gegner der Sozialdemokratie gedacht war, und in den herausgegebenen Broschüren wird in der einseitigsten Weise Stimmung für eine Richtung in der Partei gemacht, deren Haltung und Ziele von den Parteitagungen und internationalen Kongressen nicht nur nicht gebilligt sind, sondern diesen Beschlüssen inhaltlich und dem Geiste nach widersprechen.“

Durch diese einseitige Stellungnahme für eine Richtung in der Partei verletzt der Parteivorstand die Pflicht der Objektivität in Ausübung des ihm übertragenen Amtes; er mißbraucht die ihm erteilten Vollmachten und die ihm zur Verwaltung übergebenen und von der Gesamtpartei aufgebracht Gelder.“

Der Einberufung einer Verbandsgeneralsammlung stimmte die Kreiskonferenz gegen 2 Stimmen zu und billigte endlich die Stellungnahme ihrer Vertreter in der Preßkommission.

Ein „objektives“ Urteil über Berliner Parteiverhältnisse.

Unter dem Titel „Groß-Berlin zur Fraktionspaltung“ druckt die Dortmunder „Arbeiter-Zeitung“ einen längeren Artikel eines Berliner Mitarbeiters ab, den wir immerhin für so interessant halten, daß wir unsern Lesern nicht um den Besuß desselben bringen wollen. Da wir an anderer Stelle des Blattes auf dieselben von anderer Seite erhobenen Vorwürfe näher eingehen, können wir uns hier jede Kritik schenken. Wir wären höchstens neugierig, zu erfahren, ob in der Dortmunder „Arbeiter-Zeitung“ soviel Vertreter der Minorität, wie bei uns Vertreter der Majorität zu Worte gekommen sind.

Während der Artikelschreiber zunächst das Resultat der Abstimmung im Berliner Zentralvorstand wiedergibt und dabei die große Minorität erwähnt, die „eine große Enttäuschung für die angeblich Unentwegenen“ sei, fährt er fort:

„Diese Abstimmung ist, was nicht genug betont werden kann, in der Parteivertretung „Groß-Berlins“ vollzogen worden, das heißt in der deutschen Hauptstadt, in welchem das sozialdemokratische „Zentralorgan“ fast während der ganzen Dauer des Krieges die Genossen in der einseitigsten, tendenziösesten Art über die weltpolitischen und parteipolitischen Ereignisse unterrichtet hat. Wenn ein Anhänger der Fraktionsmehrheit im „Vorwärts“ zu Wort kam, dann, um dem Genossen durch redaktionelle Zusätze oder durch besondere Erwidrerungen seitens der den „Vorwärts“ beherrschenden Leute das Zeugnis eines unsozialistischen „Sozialpatrioten“, wenn nichts Schlimmeres, auszustellen zu lassen. Die Leser mußten, koste es auch logische Seiltänzerereien oder Verdächtigungen der „Sozialpatrioten“, irreführt werden. Eine Anzahl Genossen, die den „Vorwärts“-Männern besonders unangenehm sind, kamen schließlich nicht mehr im „Zentralorgan“ zum Wort. Ließ es überhaupt eine Diskussion zwischen Mehrheits- und Minderheitsvertretern zu, dann würde sie im „passenden Augenblick“ von der Redaktion abgebrochen. Beschwerden an die Preßkommission wurden zwar von dieser wiederholt als sachlich berechtigt anerkannt, änderten indes an der Lockschweige- und Verdächtigungs-methode nichts. Auch Einsendungen des Parteivorstandes oder besonders angegriffener Mitglieder des Parteivorstandes wurden mit solchen redaktionellen „Schwänzen“ versehen. Bei den Lesern sollte der Eindruck der parteigenössischen Unzuverlässigkeit oder geistigen Minderwertigkeit der Einsender erweckt werden. Diese verbitternde Methode des „Zentralorgans“ hat die betreffenden Berliner Genossen einfach gezwungen, die Gastfreundschaft der parteigenössischen Provinzpresse zur Aussprache ihrer Meinungen in Anspruch zu nehmen. Davon nahm dann das „Zentralorgan“ Notiz in einer häßlichen Weise, die neue Erbitterung erwecken mußte. An der Zerrüttung des parteigenössischen Lebens, speziell in „Groß-Berlin“, trägt der „Vorwärts“ unstrittig die Hauptschuld.“

Hand oder findet er an den sogenannten „sozialpatriotischen“ Worten und Taten der Mehrheitsanhänger in Deutschland häßlich-kritisches anzusehen, so beweist der „Vorwärts“ gegenüber dem tatsächlich chauvinistischen Verhalten deutschfeindlicher Auslandssozialisten ein rührendes Maß von mildem Verständnis. Der „Vorwärts“ ist nicht imstande, von deutschen sozialistischen Führern und Zeitungen Auslassungen zu zitieren, die sich mit den friedensfeindlichen Reden englischer, französischer, belgischer, italienischer und russischer Sozialisten auch nur annähernd vergleichen lassen. Wo ist der deutsche Sozialdemokrat, der sich wie die Humans, Destree, Vandervelde, Renaudel und andere Entente-Sozialisten für „einen Krieg bis zur völligen Niederwerfung des Feindes“ ausgesprochen hat? Das ist kein deutscher Sozialdemokrat, im Gegenteil, unsere Fraktionsmehrheit hat nicht aufgehört, ihre Sehnsucht nach einem Frieden, der kein Volk vergewaltigt, auszusprechen, ist jedoch damit bei den Auslandssozialisten immer auf Abweisung gestoßen. Trotzdem hat der „Vorwärts“ für jene allerhand Beschönigungen auf Lager, während er für die deutschen Parteigenossen, welche zwar die Pflicht der Landesverteidigung anerkennen, aber die Eroberungspolitik auch im Vaterlande bekämpfen, Titulaturen wie „Sozialpatrioten“, „Neuzozialisten“, „Regierungsfreunde“ und dergleichen mehr in Bereitschaft hält. Vergleiche man nur die Äußerungen der auf der äußeren Rechten unserer Partei stehenden Genossen wie Heine und Reus mit den Erklärungen ausländischer Kriegsozialisten, und man wird schon finden, daß auch unsere „extremsten Sozialpatrioten“ das Gegenteil von Kriegsheber sind. Den „Vorwärts“-Lesern ist der gegenteilige Eindruck eingepaukt worden; sie, die nichts anderes als den „Vorwärts“ lesen, mußten durch dessen unverantwortliche Tendenzberichterstattung sogar zu dem Glauben kommen, in den Reihen der deutschen Sozialdemokraten stöhe das Bestreben, die zerrissenen Fäden der Internationale wieder anzuknüpfen, im Interesse des Völkerfriedens, auf den stärksten Widerstand. Natürlich ist genau das Gegenteil Wahrheit. Der „Vorwärts“ hat diese Wahrheit systematisch vertuscht. Wenn sich nach einer solchen Zerrückung die „Groß-Berliner“ Parteibegierden so gut wie restlos für die Daase-Fraktion erklärt hätten, wer dürfte sich darüber wundern? Deshalb ist es ein außerordentliches Ereignis, daß sich eine so starke Minderheit im Zentralvorstand gegen Daase, dem „Vorwärts“-Schilling, ausgesprochen hat.

Von der heimlichen Bearbeitung der „Groß-Berliner“ Genossen in engen Zirkeln, in zahllosen Zahlabenden, durch massenhaft ver-

breitete, sämtlich gegen die Fraktionsmehrheit gerichteten Zeitungen, Spartakusbüchlein, „Wilder ohne Worte“ und ähnliche Vergiftungs-literatur wollen wir erst gar nicht ausführlich reden. Alte Genossen, die schon unter dem Sozialistengesetz für die Partei opfer-voll gekämpft haben, gestehen tieftaurig ein, was seinerzeit die zum Anarchismus abgeschwenkten Rost, Hasselmann und Genossen gegen die Parteieinheit sündigten, das sei Limonade im Vergleich zu der Schundliteratur, die nun in „Groß-Berlin“ für die Zerrüttung der Partei vertrieben würde. Auch den „Jungen“ um Berner, Auerbach und Genossen sei es auf demagogische Redens-artien nicht angekommen; alles das sei aber milde gewesen im Vergleich zu dem, was jetzt an anonymen Verleumdung der Partei- und Fraktionsleitung vor sich ginge. Auch diese beim-tüdtliche Agitation muß berücksichtigt werden, wenn man das Votum der „Groß-Berliner“ Parteivertretung objektiv würdigen will. Trotz „Vorwärts“, „Wilder ohne Worte“, Spartakusbüchlein, „Zimmerwalder Erklärungen“ usw. haben sich 24 von den 58 Mitgliedern des Groß-Berliner Zentralvorstandes (ohne Parlamentarismitglieder) für die alte sozial-demokratische Reichstagsfraktion erklärt!

Betrachtet man die Namen der Vorstandsmitglieder, dann fällt sofort auf, daß sich unter den 34 Stimmen für die Daasefraktion auch die von 8 weiblichen Mit-gliedern (9 sind es im ganzen) befinden. Die Mehr-heit ist also in der Hauptsache durch die Stim-men der Genossinnen zustande gekommen. Keines-falls wollen wir damit ein abfälliges Urteil über diese Genossinnen aussprechen, die Ueberzeugung aller in allen Ehren. Es ist ein-fach ganz natürlich, daß die Frauen härter als die Männer von Gefühlsregungen geleitet werden. Die Teuerungsverhältnisse sind zweifellos für manche Genossinnen ein stärkeres Motiv für ihre Abstimmung gewesen, als die meisten sich dessen bewußt waren.

Unter den Ablehnern der Daase freundlichen Resolution befinden sich bezeichnenderweise gerade die Genossen zu-meist, die auf eine langjährige Tätigkeit im Dienste der Partei zurückblicken! Jahresgebühren-satz sind die Genossen wie Emil Badner, Theodor Fischer, Emil Voeste, Herim. Radke, Eugen Ernst usw. mit im Vordergrund vornehmlich der „Groß-Berliner“ Parteibewegung. Ein Mann wie Eugen Ernst, Vorsitzender der hiesigen Parteiorganisation, verkörpert ein großes Stück der an schweren Opfern und schönen Erfolgen reichen „Groß-Berliner“ Parteibewegung. Seit Jahr-zehnten organisiert und leitete Genossen wie Eugen Ernst die wichtigsten Parteifunktionen in der Reichshauptstadt; ihm und seinen treuesten Helfern ist nicht zuletzt die Entlastung so mancher „Achtgroßengungen“ (Polizeipostens) in oft verblüffender Weise gelungen. Ernst, Badner, Fischer, Voeste usw. haben das Wachsen der Parteiorganisation aus kleinsten Anfängen zur imponierenden Stärke sehr aktiv gefördert miterlebt. Diese Männer muß es natürlich mit tiefem Schmerz erfüllen, zu sehen, daß Rieraten und Advokaten, die zum Teil erst wenige Jahre der Partei angehören, sich aber nie mit der aufreibenden Arbeit der Massenorganisation befaßt haben, nun die parteigenössische Wajpistin systematisch unter-groben und zerstören. Durch ihre Abstimmung haben sich gerade diese verdienstvollsten Parteiorganisatoren gegen die Parteiverstärker gewandt. Das ist ein Verfall der „Groß-Berliner“ Abstimmung, das in der Provinz nicht hoch genug gewürdigt werden kann. Es berechtigt auch zu der Hoffnung, daß die altbewährten Kerntuppen in unserer „Groß-Berliner“ Parteiorganisation die alte Parteilinie wieder siegreich vortragen werden, wenn die Zeit der künstlich gesteigerten Erregung vorbei und die parteigenössische Aufklärung wieder un-gemüht möglich geworden ist.

Genossin Zick erkrankt.

Auf mehrfache Anfragen teilen wir mit, daß Genossin Zick seit einigen Wochen an einem schweren Nierenleiden krank daniederliegt.

Aus Groß-Berlin.

Der zweite Frühling.

In diesem Jahre gibt es zweimal Frühling. Der erste kam im Januar im Wetterkleide des März. Obwohl die winterlichen Nüdfälle, die dann einsetzten, im ganzen sehr mäßig waren, so genügte sie doch, um den Vorwrt einzudämmen. Die Knospen hörten auf sich weiter zu entwickeln, die Schneeglöckchen schlummerten für eine Weile wieder ein, und auch die Anemonen überlegten sich die Sache noch. Jetzt, da der richtige Frühling sich meldet, wird der Faden genau da weitergekommen, wo er damals abris, ganz wie im ver-mischten Schloße, als Dornröschen wachgeküßt wurde. Die Haselsträucher, die noch eine Menge Nüßchen im Vorrat hatten, blühen zum zweiten Male, die Schneeglöckchen stehen noch immer in erneutem Flor, die Leberblümchen im Walde bei Antenkug haben endlich die blauen Blumenläden aufgemacht und die weißen Anemonen werden bald nachkommen. Immer schneller werden nun die verschiedenen Frühlingsblumen auf-einander folgen. Auch in den Straßen Berlins macht die Jahreszeit sich bei den Blumenhändlerinnen bemerkbar, die jetzt mit Bündeln von Schneeglöckchen, Narzissen, Tulpen und frühzeitig ausgetriebenen Nüßglöckchen beladen sind, während bis vor kurzem noch die jämmerlichen „Noosröschen“ das Feld beherrschten, jämmerlich, weil es sich hier um künstlich gefärbte, zum Teil selbst ganz künstliche Blumen handelte, die auf immergrüne Sproßstüde einer ganz fremden Strauchart mit Draht so befestigt waren, daß viele Unkundige die Täuschung gar nicht bemerkten.

Da der erste vorzeitige Frühling einen Teil der Pflanzen-welt überrascht und zu vorzeitigem Austreiben genarrt, so ist ihm das noch nicht bei allen Lebewesen gelungen, unter anderem auch nicht bei den Fröschen. Die staken in ihren winterlichen Schlammhöhlen, konnten einfrieren und wieder aufstauen, müssen bei alledem aber doch den richtigen Kalender im Leibe gehabt haben. Kein Frosch ließ sich im milden Jan-uar sehen, und erst jetzt werden sie nach und nach am Rande der hochauf wasserhüllenden Gräben sichtbar. Denn das Wasser ist nicht weniger geworden, wie z. B. schon die Fahrt nach Spandau und Finkenkrug sind vielfach außerhalb der Wege nicht mehr recht betretbar. Um so wohler fühlt sich das Getier dort. Schon während der Fahrt flogen Wildenten auf. Im Walde hört man, wie schon im Januar, von Zeit zu Zeit eine Gänseinfonie, die sogleich die Richtung anzeigt, nach der man auszusuchen hat, um einen Flug Wildgänse zu er-spähen, wie er sich aus dem nassen Walde erhebt, um kreisend in dem bekannten spitzen Keilfluge davonzustreben, jedes Tier

mit weit vorgestrecktem Kopf und Hals. Wir zählten einmal in kurzer Zeit mehrere Flüge mit zusammen über fünfzig Wildgänsen über dem Brieselangwalde. Dann wieder meldet sich der stakatoartig zerlegte hellere Schrei des Spechtes, und wir sehen den ziemlich großen Vogel mit der roten Kappe zwischen den Bäumen herumturnen oder über das Waldgestell fliegen. Ueber dem Waldbrande zwischen Finkenkrug und Brieselang, über den Rassinwiesen, zieht der Mäusebussard seine Kreise. Hier werden wir plötzlich auch auf einen hellen, doppeltso großen Vogel aufmerksam, der unsere Augen auf den Himmel über der Wiese lenkt. Wald entdecken wir den Ruffant. Es ist der große Brackvogel, ein schneppen-artiges Tier mit gebogenem Schnabel, der hier unter hellen Rufen stiegend über die Wiesen hin und her rast. Es ist wie das ganze habelländische Land, sein Brutrevier. Aus Zufall kann man später auch einmal sein Gelege finden; die recht großen Eier, die kein wahrer Naturfreund wegnehmen wird, liegen, wie beim Kiebitz, offen in einer flachen Vertiefung des Wiesenbodens. Neben dem Leben der großen Welt im Walde ertast das der kleinen. In den Gräben huschen die schwarz-lilichen Scharen der Müdenlarven nach unten und wieder herauf. Zahllose Kleinfreßchen werden sichtbar, wenn einmal ein Sonnenstrahl schräg über den Graben fällt. Wie der Wolf in die Schafherde, so bricht ab und zu ein Wasserkäfer zwischen sie. Daneben auf dem Waldboden steht ein Ameisen-haufen. Er ist, wie viele andere im Walde, im Laufe des Winters durch fallende Keste oder durch die Spazierstöcke mut-williger oder witzbegieriger Wanderer beschädigt worden. Das alles wird jetzt emsig ausgebessert. Es geht an ein „Groß-reinemachen“ überall, wenn es auch bei den Tieren nicht so eingreifende Formen annimmt, wie beim weiblichen Teile der Krone der Schöpfung. Uebertointerte Zitronenfalter, die in hohlen Bäumen und ähnlichen Schlupfwinkeln geschlummert haben, flattern bei Sonnenschein munter zwischen den Bäumen umher, von frühlingsfrohen Kindern verfolgt. —

Der geheimnisvolle Frauenmord. Die Persönlichkeit des Opfers festgestellt.

Der geheimnisvolle Frauenmord kommt seiner Aufklärung näher. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei haben jetzt einen erheblichen Schritt vorwärts getan. Die Ermordete ist, wie man so gut als sicher sagen kann, eine am 24. Januar 1884 zu Järfchau bei Glogau geborne Martha Franzke, die bis zum 15. März d. J. in der Ackerstraße 35 für sich allein eine Stube bewohnte und seitdem verschwinden war. Die Kriminalpolizei ermittelte mehrere Personen, die nach der Beschreibung der Leiche im Reijeford trotz des großen Altersunterschiedes darauf kamen, daß die Ermordete Martha Franzke sein müsse. Als ihnen die Kleidungsstücke vorgelegt wurden, erkannten sie auch mehrere bestimmt als das Eigentum der Vermissten. Die Kriminalpolizei sandte nach Abschluß dieser Ermittlungen gestern vier Personen, die mit der Franzke besonders viel verkehrt hatten, nach Stettin zur Befragung der Leiche. Alle vier behaupten, daß die Ermordete niemand anders als die ver-misste Franzke sei. Zur vollen Sicherheit wird sich nun auch die Mutter aus Glogau nach Stettin begeben, um sich die Leiche anzusehen. Martha Franzke war früher Dienstmädchen und Köchin, geriet dann aber auf Abwege. In der letzten Zeit arbeitete sie wieder. Eine Zeitlang war sie Kutscher in einem Heringsgeschäft in der Greifswalder Straße. Hier wurde sie wegen einiger Unterschlagungen entlassen. Am 15. März sollte sie eine Kutscherstelle in einem Milch-geschäft antreten. Dort ist sie aber nicht mehr erschienen. Vor-mittags an jenem Tage hat man sie noch gesehen, seitdem nicht mehr. Es ist sicher, daß die Franzke Geld besaß. Einige, die mit ihr ver-kehrten, sprechen von mehreren hundert Mark, andere gar von mehreren Tausend. Das ist ohne Zweifel übertrieben, aber mehrere hundert Mark hat sie gewiß besessen. Sie pflegte das Geld in einem Brustbeutel bei sich zu tragen. Auf ihr Verschwinden wurde man aufmerksam durch ihren schwarzen spitzen Hund, den sie selbst aufgezogen hatte und an dem sie sehr hing. Dieses Tier, von dem sie sich nie getrennt und das sie nie im Stich gelassen hätte, lief am 15. März nachmittags mit Maulkorb, Steuermark und Leine in der Vergstraße umher. Ein Mann, der das Tier kannte, wollte es der Eigentümerin zuführen, fand aber keinen Einlaß. Am nächsten Tage ging man dann zur Polizei und meldete sie als vermisst an.

Die Stube der Franzke ist bereit von der Kriminalpolizei unter-sucht worden. Hier ist der Mord nicht ausgeführt worden. Es ist anzunehmen, daß die Franzke mit ihrem Hunde ausgegangen und auf diesem Ausgange dem Mörder in die Hände gefallen und in einer fremden Wohnung von ihm abgeschlachtet worden ist.

Durch die Feststellung der Persönlichkeit ist nunmehr die erste Schwierigkeit auf dem Wege der Ermittlungen überwunden. Jetzt gilt es, die Spur des Mörders zu finden.

Es wird ersucht, daß sich alle Personen melden, die die Tote noch am 15. März in den Vor- oder Nachmittagsstunden gesehen haben, wahrscheinlich in Begleitung ihres oben erwähnten Hundes, eines Terrierbastard, zirka 40 Zentimeter hoch, drei-farbig, mit schwarzem Rücken, Gesicht schwarzbraun, Brust und Unterschenkel weiß, Oberschenkel braunschwarz. Linke Halsseite bis über den Rückenwirbel weißen Halsbandstreifen. Ohren: halb-sitzend. Ringelrute mit weißer Spitze, beim Laufen stets hoch-tragend. Lederhalsband mit gerippten Messingknöpfen und Nickel-schild. Zwei Steuermarken. Der Hund trug eine blaue Dede mit roten Streifen. Wer, weiß anzunehmen ist, daß die Franzke mit dem Hunde noch ausgegangen ist, diese noch im Laufe des 15. März gesehen hat, wolle sich unter Bezugnahme auf die 1000 R. Be-lohnung umgehend bei dem die Sache bearbeitenden Kriminal-kommissar Gennat, Zimmer 48, des Polizeipräsidiums melden.

Eine folgenschwere Gasexplosion, bei der drei Personen verletzt wurden, hat sich am gestrigen Sonnabendnachmittag gegen 4 1/2 Uhr in dem Hause Rigaer Straße 31 ereignet. In dem genannten Hause befindet sich die Schlächterei von Tanager, deren Inhaber im Felde gefallen ist und die von der Witwe weitergeführt wird. Als gestern nachmittags der bei Frau L. beschäftigte 17jährige Kutscher Alfred Bremer von einer Ausfahrt nach Hause zurückkehrte und die Wohnung betrat, in der sich die Schwester der Frau L. und das dreijährige Söhnchen der Witwe befanden, während die Schlächter-frau selbst auf dem Marke war, nahm er sofort einen starken Gasgeruch wahr, der aus dem Wohnzimmer zu kommen schien. Er prüfte zunächst den Gasapparat, der aber ordnungs-gemäß verschlossen war. Als er dann unbefriedigter-weise mit einem Streichholz die Leitung ablebete, gab es plötzlich einen furchtbaren Knall. Der Luftdruck der Explosion war so stark,

daß sämtliche Fenster der Wohnung zertrümmert, die Wand zwischen Wohn- und Schlafzimmer eingedrückt und sämtliche Möbel umgeworfen und zum größten Teile zertrümmert wurden. Bremer und die Schwester der Frau Langer erlitten erhebliche Brandwunden im Gesicht und an den Händen. Während die letztere, nachdem ihr ein hinzugerufener Arzt die erste Hilfe geleistet hatte, in der Wohnung bleiben konnte, mußte der Kutscher nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht werden. Auch das dreijährige Kind der Frau Langer hat einige, glücklicherweise unerhebliche Brandverletzungen davongetragen.

Die Versendung mehrerer Pakete mit einer Paketkarte ist für die Zeit vom 17. bis einschließlich 22. April auch im inneren deutschen Verkehr nicht gestattet.

Ein Opfer der Wettleidenschaft.

Großes Aufsehen hat in Wilmersdorf die Flucht des beim dortigen Magistrat angetretenen 45jährigen Vollziehungsbeamten Karl Krizan aus der Gieselerstr. 89 hervorgerufen. Kr., der im nächsten Jahre sein 25jähriges Dienstjubiläum hätte feiern können, war seit einer Reihe von Jahren der Steuerkasse für den Ortsteil Dalessee zugeteilt und hatte von den säumigen Steuerzahlern die fälligen Beträge einzuziehen. Er war ein ständiger Besucher der Rembahnen, wo er leidenschaftlich wettete und sich auch als Buchmacher betätigte. Seiner Spielleidenschaft ist der Beamte nun schließlich zum Opfer gefallen. Er hatte in letzter Zeit große Verluste erlitten und sich an den eingezogenen Steuergebern vergreifen. Vergeblich versuchte Krizan angesichts der bevorstehenden Abrechnung die fehlenden amtlichen Gelder durch Anleihen bei Bekannten und Verwandten zur Stelle zu schaffen. Als er einsah, daß dies nicht möglich sein würde, ließ er seine Familie im Stich — er ist Vater mehrerer erwachsener Kinder — und flüchtete. Soweit bisher festgestellt werden konnte, beläuft sich die unterschlagene Summe auf etwa 1000 M. Der Flüchtige ist 1,90 Meter groß, hat rötlichblonden, gestuften Schnurrbart, starkmochiges Gesicht, breite Nase.

Mit ihrem zweijährigen Kinde in den Tod gegangen, ist die 22 Jahre alte Arbeiterin Martha Blath aus der Kottbusser Str. 21. Das Mädchen hatte aus einem früheren Verhältnis ein Töchterchen namens Gertrud, das jetzt zwei Jahre alt war. Es knüpfte dann zu einem anderen Manne wieder Beziehungen an, deren Folgen sich jetzt bemerkbar machten. Vor einigen Tagen erfuhr das Mädchen, daß dieser Mann verheiratet ist. Jetzt gab es eine heftige Auseinandersetzung. Das Ende war, daß Martha Blath aus der Wohnung weglief. Als sie zurückkehrte, war ihr Geliebter nicht mehr da. Sie entdeckte bald, daß er auch ihre Schmuckstücke und einiges Geld mitgenommen hatte. Jetzt beschloß die Enttäuschte, mit ihrem Kinde aus dem Leben zu scheiden. Sie holte die Kleine von der Großmutter, bei der sie in Pflege war, ab. Die Großmutter hatte kein Arg, weil das öfter aus einige Tage gefehlen war. Als jedoch ihre Tochter das Kind nicht zurückbrachte, ging sie gestern abend nach der Wohnung, um einmal nachzusehen und fand jetzt Tochter und Enkelin tot auf. Die Enttäuschte hatte sich und ihr Kind mit Automaten gas vergiftet. Nach ärztlichem Gutachten waren beide schon zwei Tage tot.

Von falschen Samaritern ausgeplündert wurde ein hilfloses Mädchen in Lichtenberg. Eine Korrespondentin Johanna K. wurde in der Rüggelestraße von Herzkrämpfen befallen und brach ohnmächtig zusammen. Alsbald kamen mehrere Leute und bemühten sich um die Unglückliche. Am eifrigsten betätigten sich eine Frau mit einem Umschlagetuche und ein 18jähriger Bursche, die zusammen kamen, aber plötzlich wieder weggingen, noch bevor die Kranke wieder zu sich gekommen war. Als diese sich dann erholt hatte, entdeckte sie zu ihrem Schrecken, daß ihr aus der Handtasche das Portemonnaie mit 800 Mark in Papiergeld gestohlen war. Verdächtig sind die Frau und der Bursche, die sich so auffallend früh entfernten.

Verlegung einer Straßenbahnlinie.

Die Linie 8 — Großer Ring — der Großen Berliner Straßenbahn wird wegen der Bauarbeiten der Untergrundbahn vom 11. April d. J. ab voraussichtlich auf 5—6 Tage anstatt durch die Maagenstraße durch die Lützow-, Genthiner, Pletthen- und Palowstraße geführt.

Schließung eines Bäckereis.

Der Polizeipräsident in Charlottenburg hat dem Bäckermeister Michler, Charlottenburg, Wilmersdorfer Straße 23, auf die Dauer einer Woche seinen Bäckereibetrieb geschlossen, weil Michler trotz des Verbots des Oberbefehlshabers in den Marken in der Woche vom 18.—19. März Kuchen gebacken hat.

Leichenfund. Im Kanalisationskanal vor dem Hause Ebersstraße 71 in Schöneberg wurde gestern früh von Arbeitern die Leiche eines neugeborenen Kindes männlichen Geschlechts aufgefunden. Keuchere Verletzungen oder irgendwelche Merkmale gewalttätiger Einwirkung waren an dem kleinen Körper nicht erkennbar. Die Leiche wurde polizeilich beschlagnahmt; die Nachforschungen nach der unnatürlichen Mutter sind im Gange.

Verlegung des Haupttelegraphenamtes. Die Telegramm-Aufnahmestelle des Haupttelegraphenamtes wird am 9. April früh in das neue Postdienstgebäude in der Oranienburger Str. 75/76, verlegt. Von diesem Tage an tritt bei dieser Dienststelle in dem Verfahren bei der Aufnahme von Nachrichten durch Fernsprecher zwecks Weiterbeförderung durch die Post, durch Eilboten oder durch den Telegraphen eine Aenderung ein. Die Aufnahmestelle fordert dann nach der Meldung nicht mehr sogleich zur Uebermittlung der aufzugehenden Nachricht auf. Sie nimmt von dem anrufenden Teilnehmer zunächst nur das Amt und die Nummer seiner Anschlußleitung entgegen. Nachdem Amt und Nummer vermerkt und wiederholt worden sind, wird der Teilnehmer aufgefordert, den Heber anzuhängen und sich für den sofortigen Wiederanruf bereit zu halten.

Verunglückte Schaffnerin. An der Endhaltestelle in der Seestraße, Ecke der Lüdertstraße, geriet die Schaffnerin Anna Kogler beim Rangieren zwischen Krieb- und Weizagen. Sie zog sich dabei einen doppelten Bruch des linken Armes zu.

Der Arbeiter-Vanderverein „Berlin“ veranstaltet zu den Osterfeiertagen eine zweitägige Wanderschaft durch das Schlaubetal, Neuzelle, Schlaben, Kummrow, Treppeln, Birkensee, Wremsdorfer Mühle, Fortshaus Siedichum, Müllrose. Abfahrt: Erster Osterfeiertag, früh 7.11 Schlessischer Bahnhof bis Neuzelle. Gesamtfahrtpreis 3,50 M. Gäste willkommen. Nähere Auskunft in der am Mittwoch, den 19. April, abends 9 Uhr, stattfindenden Versammlung bei Wählisch, Staliger Str. 22.

Aus den Gemeinden.

Beschäftigung von Neutöllner Schulkindern auf Landenland.

Um der Verwahrlosung von Schulkindern zu begegnen und diese während der Sommermonate an eine gesunde und nützbringende Arbeit während der Freistunden zu gewöhnen, hatte der Neutöllner Magistrat auf Vorschlag der Schuldeputation seinerzeit beschlossen, unbenutztes städtisches Gelände unentgeltlich kinderreichen Familien der Stadt zur Verfügung zu stellen. Derauf sind überaus zahlreiche Angebote solcher Familien eingegangen. Wegen der Verteilung des Geländes fand kürzlich im Rathaus eine Besprechung statt, an der u. a. auch mehrere Vertreter der Gemeindefürsorge teilnahmen. Es wurde mitgeteilt, daß insgesamt etwa 15 000 Quadratmeter für den genannten Zweck von der Stadt zur Verfügung gestellt werden könnten. Die erforderlichen Mittel werden aus dem Kriegsnotstandsfond entnommen werden. Derauf

können etwa 150 Familien, Kriegerfrauen mit größeren arbeitsfähigen Kindern beschäftigt werden. Das Gelände liegt im Stadtgebiet verteilt; die größten Flächen befinden sich auf dem Luisenstädtischen Kirchengelände und in den Köllnischen Wiesen. Dazu tritt noch ein bereits im Vorjahre von der Provinzialverwaltung dem Lehrverein am Mariendorfer Wege zur Verfügung gestelltes Gelände von 6000 Quadratmeter, das in ähnlicher Weise bewirtschaftet werden soll. Die Aufsicht über die Bewirtschaftung übernimmt die städtische Kommission zur Bewirtschaftung der Brackländer. Es soll insbesondere darauf gesehen werden, daß auch eine wirkliche Bewirtschaftung und regelmäßige Beschäftigung der Kinder erfolgt. Die Erträge aus der Bewirtschaftung verbleiben den betreffenden Familien. Es ist zu hoffen, daß auf diese Weise viele Hunderte von Kindern von der Straße ab einer nützbringenden Beschäftigung zugeführt werden. Leider ist der Aufforderung, daß Private ihr Gelände, soweit es sich hierfür eignet, zur Verfügung stellen möchten, bisher nicht entsprochen worden.

Legitimationszwang städtischer Angestellter.

Die zur Ableitung der Gas-, Wasser- und Elektrizitätsmesser oder zur Kontrolle dieser oder sonstiger städtischer Apparate in die Wohnungen der Konsumenten gelangenden Angestellten und Arbeiter der Stadt Charlottenburg sind verpflichtet, bei jedem Besuch ihre Legitimationskarte unaufgefordert vorzulegen.

Kinderveranstaltung in Neutölln. Heute nachmittag 4 Uhr werden im Karlsgarten die von den Kindern in den Wintermonaten angefertigten Arbeiten ausgestellt. An die Ausstellung schließt sich ein Elternabend, bestehend aus Konzert, Gesangsvorträgen, Reigen und Aufführung des kleinen Theaterstückes „Eine Reise in das Märchenland“. Eintrittskarten für Erwachsene zu 15 Pf. (Kinder in Begleitung Erwachsener haben freien Zutritt) sind nur noch bei Frau Dietrich heute vormittag im Karlsgarten zu haben. Abendkasse findet nicht statt. Der event. Ueberschuß wird für die Ferienpiele verwendet.

Parteiveranstaltungen.

Reinickendorf-Bez. Am heutigen Sonntag veranstaltet der Wahlverein in den Eichbornhöfen, Eichbornstr. 60, einen Lichtbildvortrag. Zur Besichtigung gelangt: „Indien im Lichte der englischen Weltpolitik“. Anfang 6 Uhr. Eintrittskarten 30 Pf.

Geschäftliche Mitteilungen.

Die Firma W. J. Marsch, an der Spandauer Brücke 2, 1 Treppe, Fabrik seinerer Herren-, Jünglings- und Knabenkleidung, Umwags, Export, bittet uns, unseren Abonnenten mitzuteilen, daß sie die vor Ausbruch des Krieges ihre Fabrikate ausschließlich nur an Engrosabnehmer verkauft hat und seit dieser Zeit zu dem System übergegangen ist, ihre Fabrikate auch an das Privatpublikum, an welches die Firma bereits seit zwei Jahren verkauft, abzugeben. Ferner bittet uns die Firma, davon Bemerkt zu nehmen, daß ihre Läger in noch allen gebräuchlichen Qualitäten sehr groß und reichhaltig sind und daß sie ihre Fabrikate noch zu normalen Preisen verkauft.

Eingegangene Druckschriften.

Der Herruf des Fremden. Von Dr. G. Landauer. 1 M. — Rana Verlag, Wien.
Das Tal der Eider. Von F. Löns. Geb. 1,50 M. — Gerlach, Hannover.
Die polnische Judenfrage. Von R. Ziegel. 1,50 M. — O. Stille, Berlin NW. 7.
Die Volkshäuser und die Bekämpfung der Pausenpflege. 20 Pf. — Deutsche Gesellschaft für Volksbildung, Berlin W. 62.
Die weißen Blätter. 3 Hef. Eine Monatschrift, herausgegeben von René Schiele. 2 M. Verlag der weißen Bücher in Leipzig.
Belgiens Vergangenheit und Zukunft. Von Prof. Langhammer. 3 M. — E. Straube, Warendorf in Böhmen.
Die Tat. Monatschrift für die Zukunft deutscher Kultur. 8. Jahrg. Heft 1. Viertel. 3 M. — E. Biederichs, Jena.

Bekanntmachung.

Durch Beschluß der Gemeindebehörden ist der Gaspreis für das Platzjahr 1916 auf 16 Pf. für das Kubikmeter festgelegt worden. Bei der Benutzung von gewöhnlichen Gasmessern werden folgende Rabatte gewährt:

- a) ohne Rücksicht auf die Verwendung (abgesehen von dem zur Flur- und Treppenelektung, zum Motorenbetriebe und zu Heizwecken sowie zur zentralen Warmwasserversorgung von ganzen Häusern oder auch einzelnen Wohnungen verbrauchten Gase)
- | | | |
|---------------------------------------|------------------|-----------------------|
| 9 1/2 % bei einer jährl. Entnahme von | 5001 — 25000 cbm | = 14,56 Pf. f. d. cbm |
| 10 | 25001 — 50000 | = 14,48 |
| 11 | 50001 — 75000 | = 14,40 |
| 12 | 75001 — 100000 | = 14,32 |
| 13 | 100001 — 125000 | = 14,24 |
| 14 | 125001 — 150000 | = 14,16 |
| 15 | 150001 — 175000 | = 14,08 |
| 16 | 175001 — 200000 | = 14,00 |
| 17 | 200001 — 225000 | = 13,92 |
| 18 | 225001 — 250000 | = 13,84 |
| 19 | 250001 — 275000 | = 13,76 |
| 20 | 275001 — 300000 | = 13,68 |
| 21 | 300001 und mehr | = 13,60 |

- b) ohne Rücksicht auf die Höhe des Verbrauches
- 15 % für Gas zur Flur- und Treppenelektung = 13,60 Pf. für das cbm
 - 20 %, zum Motorenbetriebe, zu Heizwecken und zur zentralen Warmwasserversorgung von ganzen Häusern oder auch einzelnen Wohnungen = 12,90 Pf. für das cbm.
- Die Rabattgewährung zu b kann nur erfolgen, wenn die zu unter 1 und 2 genannten Zwecken entnommenen Gas mengen durch je einen besonderen Gasmesser festgestellt werden.
- Auf kürzere Fristen als 1 Jahr werden Rabatte nicht gewährt.
- Bei Benutzung von Gasautomaten werden für 10 Pf. geliefert:
- wenn die Beleuchtung- und Kocheinrichtung von den Gaswerken vorgehalten wird, 542 Liter.
 - wenn nur der Gasautomat von den Gaswerken, nicht aber die Beleuchtungs- und Kocheinrichtung von den Gaswerken vorgehalten wird, 588 Liter.
 - wenn das Gas zur zentralen Warmwasserversorgung, zum Motorenbetriebe oder zu Heizwecken verwendet wird, 726 Liter.
- Berlin, den 31. März 1916.

Berliner Städtische Gaswerke.

GARBÁTY
CIGARETTEN

DEUTSCHES FABRIKAT
TRUSTFREI

Durch die **Auflösung einer Kleiderfabrik** ist es mir gelungen, das Gesamtlager, bestehend aus Herren-, Jünglings- und Knaben-Garderoben sehr preiswert zu erstehen. Niemand versäume, bei Bedarf sich hiervon zu überzeugen!
A. Ringel, Schneidermeister, Berlin N. 31, Chausseestr. 31.

Marke „Medico“ — die Beste!
Die gründlichste
Frühjahrs-Blutreinigung
durch die wahrhaft natürliche Wachholderkur mit
Reichels
Wachholderextrakt
(Die ärztlich verordnete Marke.)
Ein edles Naturprodukt zur Reinigung der Nieren, zur Auffrischung des Blutes und der Lebensäfte, das den Stoffwechsel mächtig anregend, gleichsam wie ein Filter läuternd und erneuernd auf den ganzen inneren Menschen einwirkt. Unendlich viele Erfolgsberichte bezeugen die hohe Blutzureinigungskraft von Reichels Wachholderextrakt, der niemals offen ausgegogen, garantiert rein und frisch nur in meinen Originalpackungen mit Marke „Medico“ a 2.— Mark, 3.25 Mark und für längeren Gebrauch große Kanne (sehr vorteilhaft) 7.75 Mark, in Drogerien u. Apotheken erhältlich ist, wo nicht, sende man schan Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.
Wem adieu (scharf auf Marke „Medico“ und meine Nachahmungen.

Eisenmoorbäd Pretzsch a. Elbe
Auffallende Heilerfolge bei Gicht, Rheuma, Ischias, Nerven- und Frauenleiden. Billigste und beste Pflege in der Kriegszeit, da in der Gegend nur Landwirtschaft. Anerkannt guter, billiger und angenehmer Erholungsort. Angelsport, Flußbäder usw. Keine Kurtaxe. Prospekte durch die Badeverwaltung.

Teppich-Engros-Haus
Verkauf zu vorteilhaften Preisen wegen Vergrößerung und Umbau unserer Räume
Teppiche, Dekorationen, Tisch- und Diwanddecken
Einzelverkauf
Gladitz & Königsfeld, Berlin, Potsdamer Str. 97 I.
Zweites Haus vom Hochbahnhof Bülowstraße.

Wichtig für Herren!
Während des Krieges gibt Erste Herrenkleiderfabrik Anzüge, Paletots, Ulster fertig und nach Maß im Einzelverkauf vom grossen Fabriklager ab.
Verkaufszeit 10—6, Sonnabends 10—8, Sonntags 12—2.
Holkenmarkt 7/8 IV. Fahrstuhl.

Möbel-Engros-Lager Berliner Tischler- & Tapeziermeister
Albert Gleiser Alexanderplatz
G. M. B. H. Berlin C. 33 Alexanderstrasse 42

Wir liefern direkt an Private als Spezialität: **Bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen** in jeder Holz- und Stahlarbeit, zu erscheinender Ausführung zu konkurrenzlos billigen Preisen. Beste Verarbeitung

3 Jahre Garantie	Schlafzimmer: M. 183, 219, 270, 326, 428, 532, 640, 814, 992, 1088 bis 3500	Wohnzimmer: M. 242, 289, 429, 543, 726, 850 bis 2500
Speisezimmer: M. 298, 333, 428, 505, 622, 781 bis 4000	Herrenzimmer: M. 208, 328, 487, 550, 627, 752 bis 3000	Neuzelll. Küchen: M. 51, 58, 75, 93, 125, 169, 249, 450

Ständig Lag. von ca. 500 Einrichtungen. Enorme Auswahl! Bitte Ansehen! Illustriert. Katalog m. Referenzenliste gratis. Frankforterstr. durch ganz Deutschland direkt ab Fabrikgebäude. — Einzelmöbel ohne Preiserschöpfung!

Orts - Krankenkasse

Gürtler zu Berlin

Ordnung, Ausschussitzung

Tagessordnung

Der Vorstand

Generalversammlung

Invalidenkasse der Gürtler zu Berlin

Verein der Freidenker für Feuerbestattung

Mitglieder-Versammlung

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Branchen-Versammlung

Vertrauensmänner-Versammlung

Achtung, Südost!

Zum Frühjahr!

S. Klein

Gardinen

Kranzspenden

Spezialarzt

Spezial-Arzt

J. Baer

Die Versorgung der Kriegsteilnehmer

Buchhandlung Vorwärts

Todes-Anzeigen

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands

Friedrich Rabe

Verband der Arbeiter-Jugend

Robert Niecke

Arbeiter-Turnverein

Walter Adam

Franz Harsdorf

Bruno Exner

Otto Müller und Frau

Gamille R. Exner

Richard Herrmann

Fran Anna Herrmann

In Freien Stunden

Wochenzeitung für Arbeiterfamilien

Wöchentlich 1 Heft für 10 Pf.

All darin

Schmalzartig :: Volksnahrungsmittel

Vorzüglich als Brotaufstrich geeignet

Hermann Weinberger

Berlin, Hollmannstraße 16.

Reuters Werte

Buchhandlung Vorwärts

Kranzspenden

Blumenarrangements

Spezialarzt

Friedrich Rabe

Gesangverein

Arbeiter-Turnverein

Walter Adam

Fritz Rabe

Robert Niecke

Arbeiter-Turnverein

Walter Adam

Verband der Kupferschmiede Deutschlands

Witale Berlin

Als Opfer des Weltkrieges

Otto Hübner

Rudolf Meyer

Ehre ihrem Andenken!

Der Vorstand

Kranken- und Begräbniskasse der Seifensieder u. Berulsgenossen zu Berlin

Infolge einer schweren Erkrankung

Otto Dürang

Ehre seinem Andenken!

Der Vorstand

Männer-Gesang-Verein „Brennabor“ 1858

Den Heldentod fürs Vaterland

Paul Vogel

Ehre seinem Andenken!

Der Vorstand

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands

Zahlstelle Berlin

Den Mitgliedern zur Nachricht

Fritz Rabe

Ehre seinem Andenken!

Der Vorstand

Arbeiter-Turnverein „Weißensee“

Als Opfer des Weltkrieges

Walter Adam

Ehre seinem Andenken!

Der Vorstand

Robert Niecke

Unsern Freunden zur Nachricht

Robert Niecke

Ehre seinem Andenken!

Der Vorstand

Arbeiter-Jugend „Nord-Ost“

Der Krieg raubte mir meinen

Franz Harsdorf

Ehre seinem Andenken!

Der Vorstand

Bruno Exner

Allen Freunden und Bekannten

Bruno Exner

Ehre seinem Andenken!

Der Vorstand

Otto Müller

Als Opfer des Weltkrieges

Otto Müller und Frau

Ehre ihrem Andenken!

Der Vorstand

Richard Herrmann

Als Opfer des Weltkrieges

Fran Anna Herrmann

Ehre ihrem Andenken!

Der Vorstand

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsteile Berlin

Den Mitgliedern zur Nachricht

Max Weißig

Ehre seinem Andenken!

Der Vorstand

Nachruf

Den Mitgliedern fernher zur

Otto Liszewicz

Ehre seinem Andenken!

Der Vorstand

Hermann Riedel

Als Opfer des Weltkrieges

Hermann Riedel

Ehre seinem Andenken!

Der Vorstand

Robert Niecke

Als Opfer des Weltkrieges

Robert Niecke

Ehre seinem Andenken!

Der Vorstand

Wih. Fehder

Als Opfer des Weltkrieges

Wih. Fehder

Ehre seinem Andenken!

Der Vorstand

Artur Elsner

Als Opfer des Weltkrieges

Artur Elsner

Ehre seinem Andenken!

Der Vorstand

Reinhold Hegermann

Als Opfer des Weltkrieges

Reinhold Hegermann

Ehre seinem Andenken!

Der Vorstand

Bruno Echtermeyer

Als Opfer des Weltkrieges

Bruno Echtermeyer

Ehre seinem Andenken!

Der Vorstand

Willi Kleinow

Als Opfer des Weltkrieges

Willi Kleinow

Ehre seinem Andenken!

Der Vorstand



Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

Am 27. März fiel im Alter von 40 Jahren der Tischler
Paul John
Hübnerstraße 3, Bezirk 346 I.
213/2 Sozialdemokr. Wahlverein f. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.

Am 29. März fiel im Alter von 31 Jahren der Arbeiter
Reinhold Basener
Kunsterdamer Straße 6, 21. Abt. Bezirk 763.

Am 15. März fiel im Alter von 31 Jahren durch Treffen eines
Sprengstoffes der Maschinenbediente
Heinrich Schubert
Guthuser Straße 13, 8. Abt. Bezirk 609.

Am 15. März fiel durch Kopf- und Bauchschuß der 24 Jahre alte
Maschinenformner
Alfred Schwoite
Soldiner Straße 75, 19. Abt. Bezirk 827a.

Infolge eines Granatsplitters fiel am 31. März im Alter von
28 Jahren der Maler
Paul Nußbaum
Hochstraße 31, 17. Abt. Bezirk 807a. 226/2
Sozialdemokr. Wahlverein f. d. 6. Berliner Reichstagswahlkr.

Am 10. März starb an einer Verwundung der Bureauangestellte
Franz Brache
Bangsdorferstraße 21, 22. Bezirk.

Am 21. März fiel im Stellungskampfe der Posamentier
Franz Genewski
Falkstraße 7, 18. Bezirk.
237/5 Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln.

Als Opfer des Weltkrieges starb am 28. August v. J. in russischer
Gefangenschaft unser langjähriges Vorstandsmitglied, der Genosse
Otto Schaale.
243/17 Soziald. Wahl. Kreis Niederbarnim, Bez. Friedrichshagen.

Zentralverband der Zimmerer Deutschlands Zahlstelle Berlin und Umgegend.

Den Berufsgenossen zur Nachricht, daß folgende
Mitglieder im Felde gefallen sind:

Fritz Bruder, Bezirk 16,
Max Klamke, Bezirk 6,
Otto Puls, Bezirk 12,
Hermann Rupp, Bezirk 33,
Wilhelm Weinreich, Bezirk 36.
(Letztere beiden sind im Felde erkrankt und im Lazarett
verstorben.)

Ehre ihrem Andenken!

255/5 Der Vorstand.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands Zahlstelle Groß-Berlin.

Gefallen sind folgende Mitglieder:

Emil Dewitz, Bezirk Oberschöneweide,
Ferdinand Zeis, Bezirk Oberschöneweide,
Erich Brose, Bezirk Oberschöneweide,
Oskar Haake, Bezirk Oberschöneweide,
Richard Schneider, Bezirk Neukölln,
Julius Stäck, Bezirk Neukölln,
Karl Arndt, Bezirk Norden,
Hermann Klöden, Bezirk Osten.

Ehre ihrem Andenken!

55/6 Die Ortsverwaltung.

Verband der Lithographen, Steindruckere und verwandten Berufe (Deutscher Senefelder-Bund) Berlin.

Unsere Mitglieder bringen wir hierdurch zur Kenntnis, daß
folgende Kollegen als Opfer des Weltkrieges zu verzeichnen sind:

Robert Nuhst, Chemigraph,
gefallen am 8. Oktober 1915.
Heinrich Lastin, Lichtdruck-Nettonher,
verstorben am 4. März 1916 in einem Lazarett an Tuberkulose.

Ferner ist am 10. März 1916 der Positiv-Nettonher
Walter König
im Alter von 29 Jahren an Lungentuberkulose plötzlich verstorben.

Ein ehrendes Andenken werden wir ihnen bewahren!

108/8 Die Verwaltung.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Dielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: H. Glode, Berlin, Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband Ortsverwaltung Berlin.

Dem Andenken unserer im Felde gefallenen
Kollegen.

Rudolf Harzer, Schlosser,
geb. 16. 3. 1887 in Deutsch-Neudorf.

Max Henkel, Mechaniker,
geb. 12. 8. 1893 in Berlin.

Robert Hübner, Anschläger,
geb. 13. 3. 1887 in Berlin.

Gottlieb Kahl, Schleifer,
geb. 9. 6. 1883 in Sußl.

Hermann Käsebier, Dreher,
geb. 6. 3. 1892 in Luedlinburg.

Wilhelm Kellermann, Schleifer,
geb. 12. 2. 1893 in Berlin.

Walter Lange, Schlosser,
geb. 14. 10. 1895 in Belgense.

Willi Ludwig, Dreher,
geb. 1. 6. 1892 in Esfurt.

Willi Matthes, Metallarbeiter,
geb. 17. 6. 1894 in Berlin.

Otto Müller, Werkzeugmacher,
geb. 21. 6. 1896 in Reutkölln.

Paul Müller, Anschläger,
geb. 22. 10. 1885 in Berlin.

Paul Nußbaum, Metallarbeiter,
geb. 20. 3. 1888 in Thorn.

Dominik Pelz, Metallarbeiter,
geb. 27. 7. 1895 in Schmiedschän.

Otto Raschke, Former,
geb. 7. 4. 1895 in Frankfurt.

Hans Roll, Schlosser,
geb. 4. 10. 1894 in Berlin.

Alfred Russow, Schlosser,
geb. 26. 10. 1886 in Hohndorf.

Fritz Sanke, Metallarbeiter,
geb. 24. 1. 1882 in Reinickendorf.

Walter Schmoldt, Werkzeugmacher,
geb. 11. 3. 1886 in Berlin.

Georg Schudy, Schleifer,
geb. 30. 3. 1893 in Berlin.

Paul Sinner, Rohrleger,
geb. 4. 11. 1879 in Berlin.

Walter Strauß, Metallarbeiter,
geb. 26. 4. 1886 in Berlin.

Paul Teßmer, Rohrleger,
geb. 3. 2. 1879 in Dürren.

Willi Tietz, Gärtler,
geb. 29. 7. 1886 in Berlin.

Karl Wagner, Werkzeugmacher,
geb. 17. 2. 1883 in Berlin.

Ehre ihrem Andenken!

114/30 Die Ortsverwaltung.

**Volks-Feuerbestattungs-
Verein Groß-Berlin.**
Am 5. April starb unser Mit-
glied, Herr
Friedrich Rabe
Berlin, Gdrlitzer Str. 32.
Ehre seinem Andenken!
Die Einäscherung findet morgen
nachmittags 3 Uhr im Treptower
Krematorium statt.
Kege Beteiligung erwartet
283/8 Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten
die traurige Nachricht, daß mein
lieber Mann, unser guter Vater,
Schwieger- und Großvater, Bruder,
Schwager und Onkel, der Gastwirt
Fritz Rabe
im Alter von 86 Jahren nach drei-
tägigem Krankheitslager sanft ent-
schlafen ist. 567b
Dies zeigt tiefbetrübt an
Emma Rabe geb. Schönicks
Berlin, Gdrlitzer Str. 32.
Die Einäscherung findet am
Montag, den 10. April, nach-
mittags 3 Uhr, im Krematorium
Baumhulsenweg statt.

Verband der Maler, Lackierer etc. Filiale Berlin.

Unsere Mitglieder zur Nachricht, daß folgende
Kollegen auf den Schlachtfeldern gefallen sind:

Gustav Krampitz, Maler,
Bezirk Charlottenburg, am 18. Januar 1916.
Paul Block, Lackierer,
Sektion der Lackierer, am 11. März 1916.
Karl Tiedt, Maler,
Bezirk Osten, am 21. März 1916.
Julius Krause, Maler,
Bezirk Wedding, am 22. März 1916.
Otto Jaap, Maler,
Bezirk Moabit, am 25. März 1916.

Ehre ihrem Andenken!

135/13 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bezirk Groß-Berlin.

Folgende Kollegen sind im Felde gefallen:

Gustav Bayer, Geschäftsdienner.
Paul Benthin, Geschäftskutscher.
Oskar Eger, Geschäftskutscher.
Wilhelm Fiebig, Geschäftsdienner.
Georg Herzog, Geschäftsdienner.
Willi Mewes, Lagerarbeiter.
Erich Prange, Geschäftskutscher.
Otto Schnitker, Geschäftskutscher.
Richard Steuer, Geschäftsdienner.
Willi Wendenburg, Handtuch-
fabriker.

Ehre ihrem Andenken!

63/14 Die Bezirksleitung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband Zahlstelle Berlin.

Im Felde gefallen sind folgende Mitglieder:

Paul Böttger, Tischler, 36 Jahre alt.
Otto Ewald, Bergolder, 23 Jahre alt.
Reinhold Hegermann, Drechsler, 23 Jahre alt.
Otto Richter, Tischler, 29 Jahre alt.
Max Seyffert, Tischler, 26 Jahre alt.
Otto Westphal, Maschinenarbeiter, 31 Jahre alt.
Hermann Witt, Tischler, 29 Jahre alt.
Hermann Wolf, Drechsler, 45 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!

85/8 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der Schuhmacher Deutschlands. Ortsverwaltung Berlin.

Dem Andenken unserer im Felde gefallenen Kollegen!

Reinhold Basener, Stanzler,
geb. 21. 9. 1884.
Robert Budewell, Stanzler,
geb. 11. 1. 1890 in Berlin.
Fritz Hübner, Fabrikarbeiter,
geb. 28. 12. 1891 in Berlin.
Robert Kaatsch, Schuhmacher,
geb. 23. 12. 1872.
Franz Koldinski, Ballschuhmacher,
geb. 11. 2. 1891 in Lohschütz.
Johannes Rhode, Ballschuhmacher,
geb. 20. 6. 1878 in Alt-Labuhn.
Paul Singer, Lederzuschneider,
geb. 18. 5. 1889 in Johannisthal.

Ehre ihrem Andenken!

169/5 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher
Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.**
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Vater
Karl Block
von der Firma Roggi-Gesellschaft,
Königsstraße, am 6. April im
Alter von 50 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Sonntag, den 9. April 1917, nach-
mittags 2 Uhr, von der Leichen-
halle des Wilmersdorfer Friedhofs,
Berliner Straße, aus statt.
63/15 Die Bezirksverwaltung.

Dankfagung.
Allen denen, die unserer lieben
Schwiegermutter
Martha Hersing
geb. Paetzold
und unserem lieben Enkel **Alfred**
die letzte Ehre erwiesen, insbesondere
dem Genossen **Walder Manasse** für
die liebevollen Worte am Grabe
sagen wir hiermit allen unseren herz-
lichsten Dank. 1408f
Familie **Emil Hersing**.
Frau **Elisabeth Ruth**
geb. **Franke**.
Familie **Paul Paetzold**.
Familie **Martin Paetzold**.

Als Opfer des Weltkrieges fiel
am 5. März 1916 unser lieber
Sohn, Bruder, Schwager, Onkel
und Bräutigam, der Musikföhrer
Willi Leps
(Ans.-Reg. 48, 6. Komp.) im noch
nicht vollendeten 21. Lebensjahre.
In tiefem Schmerz
Karl Leps und Frau als Eltern
Berlin, Reichenderger Str. 119a,
Georg als Bruder (zurzeit im
Lazarett)
Frida Leps geb. Müller als
Schwägerin
Herbert Leps als Neffe
Frida Becker als Verlobte.
Er war so jung, er starb zu früh,
Der ihn geliebt, verzieht ihn nie.
D'rum, lieber Sohn, ruh' still in
Frieden, 566b
Ewig beweint von Deinen Lieben.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme sowie die reichen Kranz-
spenden bei der Beerdigung meines
lieben Mannes, unseres guten Vaters
und Schwiegersvaters
Bruno Schade
sagen wir dem Ausschuss zur Ver-
anstaltung von Volksaufführungen,
dem Vorstand der Bureauangestellten
sowie den Angehörten der Allgemeinen
Ortskrankenkasse Berlin-Friedenau,
dem Personal der Firma Ernst Jacob,
dem Soziald. Wahlverein (Bez. 568)
sowie den Bewohnern des Hauses See-
löwer Straße 13 und Herrn **Walder**
Manasse für die trostreichen Worte
unseren herzlichsten Dank. 564b
Wwe. Auguste Schade
nebst Söhnen und Schwiegerkinder.

Aus Industrie und Handel.

Kriegsgewinne.

Die Sächsische Elektrizitäts-Lieferungs-Gesellschaft A.-G. in Oberlungwitz kann ihren Aktionären wieder 10 Proz. Dividende zahlen. Die Vogt u. Heffner A.-G. in Frankfurt a. M. verteilt 12 Proz. Dividende (i. B. 8 Proz.). Die Maschinenfabrik J. Freylich u. Co. A.-G. in Eintracht erhöht ihre Dividende von 5 auf 6 Proz. Die Thüringer Gasgesellschaft in Leipzig verteilt wieder 16 Proz. Dividende. Die A.-G. Glashüttenwerke Adlerhütten in Penzig bei Görlitz erhöhen ihre Dividende von 12 auf 14 Proz. Die Kilmünster-Bräuerei A.-G. in Mainz verzeichnet nach 146 072 M. Abschreibungen (i. B. 110 958 M.) einen Reingewinn von 308 490 M. (i. B. 216 048 M.), aus dem 5 Proz. (i. B. 3 Proz.) Dividende verteilt werden sollen. Die Südb.-Böhmer Eisenbahn kann ihre Dividende von 8 auf 7 1/2 Proz. erhöhen. Bei der D. Stadial-A.-G. in Bielefeld verbleibt sich der Reingewinn von 859 541 auf 993 938 M. Davon erhalten Vorstand und Aufsichtsrat als Gewinnanteil 206 685 M. (i. B. nur 23 885 M.). Die Dividende wird von 12 auf 20 Proz. erhöht. Die J. Reichlich A.-G. in Berlin wird nach reichlichen Abschreibungen 12 Proz. Dividende verteilen (i. B. 7 Proz.).

Herstellungsvorbot für Metallwaren in Italien.

Rom, 8. April. (W. L. B.) Ein Erlass des Regenten verbietet die Herstellung aller Metallwaren, ausgenommen diejenigen für Meer und Marine, und erklärt alle Lieferungsverträge, denen die Militärbehörden nicht zustimmen, für ungültig.

Zulassung chinesischer Kulis in Rußland.

Der Ministerrat hat laut „Torgowo-Promyshlennaja Gazeta“ vom 30. März am 28. März die Zulassung chinesischer Kulis in das russische Reich unter bestimmten Vor- und Sicherheitsvorkehrungen genehmigt. Beschäftigt werden Kulis in der Bergwerks- und Hüttenindustrie sowie auch in der Landwirtschaft, aber nur im Gebiete vom Baikalsee bis zur Wolga, ausgenommen einen 25 Meilen breiten Streifen zu beiden Seiten der Sibirischen und der Transsibirischen Bahn.

Genossenschaftliches.

13. ordentlicher Genossenschaftstag.

Auf den 19. und 20. Juni 1916 ist der 13. ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine nach Hannover einberufen. Auf der Tagesordnung steht: 1. Bericht des Vorstandes: a) über die Entwicklung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. Referent: Heinrich Kaufmann (Hamburg); b) über die Tätigkeit des Vorstandes unter besonderer Berücksichtigung der durch den Krieg erforderlichen Maßnahmen. Referent: Dr. Aug. Müller (Hamburg). 2. Die Errichtung einer Arbeitsvereinigung mit den Gewerkschaften betreffend die Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer aus den genossenschaftlichen Betrieben. Referent: A. v. Elm (Hamburg). 3. Rückvergütung und Sparprämie der Konsumvereine für das laufende Geschäftsjahr. Referent: Hugo Wälslein (Hamburg). 4. Die Ueberweisung von Mitgliedern eines Konsumvereins an einen anderen. Referent: Valentin Liebmann (Frankfurt a. M.). 5. Mitteilungen über den Internationalen Genossenschaftsbund. Referent: Heinrich Lorenz (Hamburg). 6. Bericht der Fortbildungskommission. Referent: Dr. Aug. Müller (Hamburg). 7. Bericht über die Unterstufungskasse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. Referent: Heinrich Kaufmann (Hamburg). 8. Bericht über die Tätigkeit des Tarifamts. Referent: Dr. Aug. Müller (Hamburg). 9. Bericht des Ausschusses. Referent: A. v. Elm (Hamburg). 10. Vorlegung und Genehmigung der Verbandsabrechnung, Verteilung der Zuwendungen an die Revisionsverbände und Entlastung des Vorstandes. Referent: Hugo Wälslein (Hamburg). 11. Wahl zweier turnusmäßig auscheidender Vorstandsmitglieder. Referent: A. v. Elm (Hamburg). 12. Wahl dreier turnusmäßig auscheidender Ausschussmitglieder. 13. Vorlegung und Genehmigung des Voranschlags und Festsetzung der Beiträge zu den Kosten des Verbandes für das Rechnungsjahr 1917. Referent: Hugo Wälslein (Hamburg).

Gerichtszeitung.

Sozialdemokratie und Zensurung.

Der Vorsitzende des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins, Genosse Eugen Ernst, stand gestern vor der 3. Strafkammer des Landgerichts I unter der Anklage des Vergehens gegen die Verordnung des Oberkommandierenden in den Marken, durch welche die Mitteilung militärischer Angelegenheiten und die öffentliche Erörterung der Friedensbedingungen in der Presse verboten wurde.

Im Juli v. J. gab der Angeklagte als Verleger ein in der „Vorwärts“-Buchdruckerei hergestelltes Flugblatt unter dem Titel „Sozialdemokratie und Zensurung“ heraus. Das in großer Auflage gedruckte und zur Verbreitung in den einzelnen Wahlkreisen bestimmt gewesene Flugblatt, welches aber der Beschlagnahme verfiel, gab eine Rede wieder, die der sozialdemokratische Abgeordnete Genosse Otto Braun am 24. Juni im Abgeordnetenhaus gehalten hatte. Da am Schluß dieser Rede auch Erörterungen über Kriegsziele enthalten waren, solche aber nach Ansicht der Anklagebehörde zu den militärischen Mitteilungen im Sinne der Verordnung des Oberbefehlshabers vom 31. Juli 1914 gehören, so erfolgte die Anklage gegen Ernst. — Vor Eintritt in die materielle Verhandlung beantragte Staatsanwalt Dr. Lee den Ausschluß der Öffentlichkeit. Wenn auch inzwischen der Reichsstaatskanzler ziemlich eingehend die Kriegsziele erörtert habe, so bestehe doch noch die Verordnung des Oberbefehlshabers in den Marken und da vielfach in dieser Verhandlung das Thema der Kriegsziele zu näheren Erörterungen führen könnte, sei der Ausschluß der Öffentlichkeit geboten. — Rechtsanwalt Dr. Heine mann bestritt, daß ein Grund zu solchem Ausschluß vorliege. Es handle sich doch hier nicht um die Kriegsziele, die wohl gar nicht berührt werden würden, sondern um rein juristische Fragen, ferner um eine Rede, die im preussischen Abgeordnetenhaus gehalten und in allen Zeitungen abgedruckt worden sei. — Das Gericht beschloß den Ausschluß der Öffentlichkeit. Die Verhandlung endete mit der Verurteilung des Angeklagten zu 100 Mark Geldstrafe event. 10 Tagen Gefängnis.

Zum Leihhausprojekt.

Gegen das von der 6. Strafkammer gegen die ehemaligen Direktoren des „Preussischen Leihhauses“, Elkan und Zweig ergangene Urteil ist von beiden Angeklagten Revision eingelegt worden. Einem Ersuchen der Angeklagten nachkommend, sei aus den Urteilsgründen hierdurch hervorgehoben, daß beide von einem Hauptpunkte der Anklage, der sie beschuldigte, durch Uebernahme selbstschuldnerischer Bürgschaft für Terrains in Stahnsdorf und Teltow freigesprochen worden sind und bezüglich mehrerer Hypothekengeschäfte auf Einstellung des Verfahrens erkannt worden ist.

Aus aller Welt.

Schweres Eisenbahnunglück bei Luckenwalde.

In der Nähe des Staatsbahnhofes in Luckenwalde ereignete sich ein Eisenbahnunfall, bei dem vier Personen getötet und drei andere verletzt wurden. Der Güterzug 6064 Berlin-Halle überfuhr beim Vorziehen eine Weiche und fuhr gegen einen Pressbock. Der Anprall war so heftig, daß der hinter der Maschine befindliche Packwagen sich auf die Maschine heraufzog und dort festsaß, wobei er zertrümmert wurde und in Brand geriet. In dem ausgefahrenen Packwagen befanden sich die Hilfskassierer Albert Reil, Wilhelm Schäler und Max, sämtlich aus Halle, sowie ein Soldat, dessen Persönlichkeit bisher noch nicht festgestellt werden konnte. Diese vier Personen fanden auf der Stelle den Tod. Ferner wurden der Lufführer, ein Wagenauffeher und ein Viehbegleiter verletzt.

Ein Dorf eingekerkert. Von einer furchtbaren Feuersbrunst ist, wie aus Hamburg berichtet wird, die Gemeinde Fuhlenhagen bei Schwargenfel im Sachsentale heimgesucht worden. Insgesamt sind 26 Gebäude in Asche gelegt, meist Wohngebäude und Schuppen. Nur die Meierei ist stehen geblieben. Der größte Teil des Viehes ist gerettet, hingegen das gesamte Mobiliar und die landwirtschaftlichen Apparate zerstört worden. Auch bedeutende Vorräte stelen dem Feuer zum Opfer. Infolge des scharfen Windes breitete sich der Brand mit großer Schnelligkeit aus. Die Löscharbeiten wurden durch Mangel an männlichen Hilfs-

kräften sehr erschwert. Latkräftige Hilfe haben die am Ort anwesenden gefangenen Russen geleistet. Einstanden ist das Feuer durch Funkenflug von einer Holzschmähmaschine.

Ein Muttermörder. Ein furchtbares Verbrechen ist in Pflaun in Mecklenburg aufgedeckt worden. Der 20jährige Arbeiter Rudolf Dietrich, der bereits mehrfach mit Justizhaus bestraft ist, hat seine eigene Mutter ermordet und die Leiche dann zerstückelt und beiseite geschafft. Frau Dietrich war seit dem 17. März nicht mehr gesehen worden. Jetzt sind Teile ihrer Leiche im Garten vergraben aufgefunden worden. L. wurde verhaftet und in das Landgerichtsgefängnis in Gustrum eingeliefert.

Ein unaufgeklärter Leichenfund ist bereits wieder in der Nähe von Eberswalde gemacht worden. Spaziergänger entdeckten im Herbstsee eine männliche Leiche, die schon monatelang im Wasser gelegen haben muß, denn der Verwesungsprozeß war schon soweit fortgeschritten, daß sich das Fleisch von den Knochen löste. Die Persönlichkeit konnte deshalb auch nicht festgestellt werden und wird nur an Hand der bei ihr vorgefundenen Gegenstände möglich sein. Es handelt sich jedenfalls um einen Eberswalder Einwohner. Ob Selbstmord oder Verbrechen vorliegt, kann erst die Untersuchung ergeben.

Auch Oesterreich fährt die Sommerzeit ein. Den Wiener Wärtlern zufolge ist auch seitens der österreichischen Regierung die Einführung der Sommerzeit am 1. Mai beabsichtigt.

Essen als Halbmilionsstadt. Die Stadt Essen erreichte in diesen Tagen statistisch die Einwohnerzahl 500 000.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Sündent. 3. IV. 1916, paterne, am Montag die Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Wunsch und eine Zahl als Bezugszeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsbeiträge beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Einige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftsätze und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

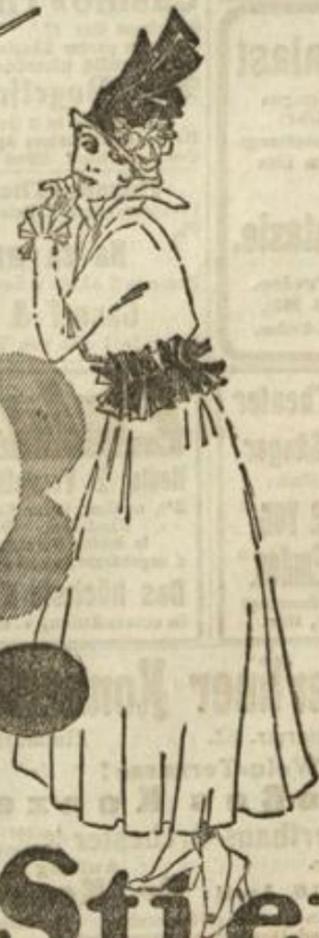
- Robert 40. 1. Pa. 2. und 3. Die Unterführung wird nicht vom Regiment gezahlt, sondern von der zuständigen Steuerklasse, bei der Sie den Antrag einreichen müssen. — F. J. 25. Rein. — Gf. 1888. 1. und 2. Rein. Sie sind an die verbleibende monatliche Kündigungsschuld gebunden. 3. Sie müssen am 30. April zum 1. Juni kündigen. 4. Ja. 5. Rein, eine angemessene Zeit muß Ihnen zum Ansuchen einer neuen Arbeitsstelle gewährt werden. — H. 2. 100. Diese Verordnung hat nur Bezug auf Militärbeamte. — H. 206. 1. Es wird Ihnen eine Rente von etwa 60 Proz. gewährt werden; die Rente selbst setzt der Militärarzt fest. 2. Nachuntersuchung und event. Klärung kann später erfolgen. — H. 2. 1. — H. 206. 1. Wir würden Ihnen empfehlen, daß Sie sich mit einem Bericht an die Medizinal-Abteilung des Kriegsministeriums wenden. 2. Ihr Mann gehört jetzt gewiß zum immobilen Leupentel und erhält dementsprechend 88 Pf. Wohnung. — W. 23. 77. Rein. — H. 2. 105. Krankheiten oder Verletzungen der oberen Gliedmaßen. — G. 2. 20. Sie müssen sich zur Kontrollbesichtigung melden. — H. 2. Die Verweigerung der Unterführung ist möglich. Eine bestimmte Vermögensgrenze ist dafür nicht festgelegt, die Entscheidung hängt von den persönlichen Verhältnissen des Betroffenen ab. — H. 2. 22. Sie brauchen nicht damit zufrieden sein, Sie können event. Substantion des Grundbesitzes beantragen. Zu empfehlen wäre aber, davon Abstand zu nehmen, wenn der Eigentümer Ihnen zur Zahlung sicher genug erscheint. — H. 1. Der Antrag ist sofort bei der Polizeibehörde zu stellen, sobald Sie im Besitz der amtlichen Todesurkunde sind. — H. 2. 79. 1. Pa. 2. Die Aufrechnungsabrechnungen und die letzte Invalidenrente. 3. In das Versicherungsamt der Stadt Berlin, Klosterstr. 65/67. 4. Wir können Ihnen kein Amtstitel empfehlen, wenden Sie sich an ein im Adreßbuch II. Band, IV. Teil, Seite 207 verzeichnetes Institut. — H. 2. 11. Rein. — H. 2. 40. Soweit Ihre Vermögenslage das zuläßt, müssen Sie trotz der Bewilligung des Armeerechts dafür aufkommen. — H. 2. 100. Die Militärrente wird bei der Einziehung des Gemeinbesitzes nicht weiter gezahlt. In dem von Ihnen angegebenen Fall wird es sich jedenfalls um eine Unfallsrente handeln; diese wird weiter gezahlt. — H. 2. 93. Wir empfehlen Ihnen, die Kündigung zu widerrufen; auch Ihr Mann muß kündigen. — H. 2. 10. 1. Das ist nicht wahrscheinlich. 2. Lungenerkrankung; dienstuntauglich. 3. Nein. — H. 2. 2. Wir würden Ihnen empfehlen, die Klage wegen Unfähigkeit zurück zu nehmen. Es steht Ihnen ja frei, später wieder einen Klagebeschluß bei dem Arbeitgeber Ihres Mannes zu erwirken. — H. 2. 78. Wir würden Ihnen empfehlen, sich mit einer Anfrage an den Kriegsausschuß zu wenden, der sicher darüber am besten Bescheid weiß. — Gf. 1891. Ihr Anspruch auf Unterführung erscheint uns zweifelhaft; Sie könnten sich aber mit einer Beschwerde an das Militärtribunal des Magistrats Berlin, Klosterstr. 68, wenden. — H. 2. 450. Sie könnten den Kauf wegen Irrtums anfechten, müßten sich aber dazu einen Rechtsanwalt nehmen. — H. 2. 2. Ja.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Montag mittag. Am Osten vorwiegend heiter und in den Tagesstunden überall mild. Westlich der Ober wieder zunehmende Bewölkung. Nachher, besonders im Südwesten, verschiedentlich leichte Regenfälle.

Zu Ostern

Stiller Stiefel

Stiller



H R ERDT

Commerz- und Disconto-Bank.

Bilanz per 31. Dezember 1915.

Aktiva.		M.	Pf.	M.	Pf.
Kasse, fremde Geldsorten und Zinnscheine				6 472 852	25
Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken				9 230 663	04
Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen				86 566 723	53
Nostro Guthaben bei Banken und Bankfirmen				35 373 890	60
Reports und Lombards gegen börsengängige Wertpapiere				108 381 756	36
Vorschüsse auf Waren und Warenverschiffungen				2 456 220	64
davon am Bilanztag gedeckt:					
a) durch Waren, Fracht- oder Lagerscheine		M. 2 314	250,40		
b) durch andere Sicherheiten			66 750,—		
Eigene Wertpapiere:					
a) Anleihen und verzinsliche Schatzanweisungen des Reichs und der Bundesstaaten		18 258	890,55		
b) Sonstige bei der Reichsbank und anderen Zentralnotenbanken beleihbare Wertpapiere		1 004	389,30		
c) Sonstige börsengängige Wertpapiere		17 464	310,53		
d) Sonstige Wertpapiere		4 226	947,55	40 954	527,93
Konsortialbeteiligungen				17 151	734,81
Dauerhafte Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen				12 332	040,—
Debitoren in laufender Rechnung:					
a) gedeckte		154 992	751,53		
b) ungedeckte		67 168	157,22	222 160	908,75
Außerdem: Aval- und Bürgschaftsdebitoren		M. 31 335	342,95		
Bankgebäude und Inventar in Hamburg, Berlin, Kiel, Hannover, Altona, Leipzig und Altenburg				7 110	000,—
Sonstige Immobilien		3 243	000,—		
abzüglich Hypotheken		1 671	700,—	1 571	300,—
				551 452	577,91

Passiva.		M.	Pf.	M.	Pf.
Aktienkapital				85 000	000,—
Reservefonds I.				8 500	000,—
Reservefonds II.				6 500	000,—
Talonsteuer-Rückstellung				551	490,—
Wehrbeitrag-Rückstellung				70	571,—
Beamten-Pensions- und Unterstützungs-Fonds				1 461	400,35
Kreditoren:					
a) Nostroverpflichtungen		2 123	583,38		
b) seitens der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite		2 755	518,94		
c) Guthaben deutscher Banken und Bankfirmen		26 545	962,16		
d) Einlagen auf provisionsfreier Rechnung					
1. innerhalb 7 Tagen fällig		M. 95 893	545,76		
2. darüber hinaus bis zu 3 Monaten fällig		64 711	719,97	169 296	321,60
3. nach 3 Monaten fällig		6 693	065,96		
e) sonstige Kreditoren:					
1. innerhalb 7 Tagen fällig		M. 128 548	823,77		
2. darüber hinaus bis zu 3 Monaten fällig		52 412	548,82	195 394	951,72
3. nach 3 Monaten fällig		14 433	579,13	406 118	337,89
Akzente und Schecks:					
a) Akzente		34 637	083,21		
b) noch nicht eingelöste Schecks		1 693	008,34	36 330	091,55
Außerdem: Aval- u. Bürgschaftsverpflichtungen		M. 31 335	342,95		
Dividenden-Rückstände				37	839,—
Reingewinn				6 882	848,12
				551 452	577,91

Gewinn- und Verlust-Rechnung für das Geschäftsjahr 1915.

Ausgabe.		M.	Pf.	Einnahme.		M.	Pf.
Unkosten	6 443 058	01		Gewinnvortrag von 1914	8 149	868,04	
Steuern	614 961	87		Zinsen	4 894	145,17	
Abschreibung auf Bankgebäude und Inventar	492 392	23		Kursgewinn auf Wechsel	702	469,95	
Reingewinn	6 882 848	12		Kursgewinn auf Sorten und Zinnscheine	193	486,04	
	14 433 260	23			14 433 260	23	

Hamburg, den 7. April 1916.

Der Vorstand.

Deutsches Theater.
Direktion: Max Reinhardt.
Shakespeare-Zyklus
7 1/2 Uhr: Das Wintermärchen.
Nachm. 2 1/2 Uhr (kleine Preise):
Minna von Barnhelm.
Montag: Macbeth.
Kammerspiele.
8 Uhr: Der eingebildete Kranke.
Hierauf: Ballett.
2 1/2 U. (kl. Pr.): D. deutsch. Kleinstädt.
Montag: Der eingebildete Kranke.
Hierauf: Ballett.
Volksbühne. Theater a. Bülowpl.
8 1/2 Uhr: Doppelselbstmord.
Nachm. 3 Uhr (kleine Preise):
Das Nürnbergische Ei.
Montag: Doppelselbstmord.
Dir. Meinhard-Bernauer.
Theater i. d. Königgrätzerstraße
7 1/2 Uhr: Ein Trauspiel.
Nachm. 3 Uhr: Rausch.
Komödienhaus
8 Uhr: Kameraden.
Nachm. 3 Uhr: „Extrablätter“
Berliner Theat.
8 Uhr: Wenn zwei Hochzeit machen.
Nachm. 3 Uhr: Wie einst im Mai.

Verband der Freien Volkstheatern.
Sonntag, den 9. April 1916:
Raumittags 3 Uhr:
Volkstheater, Theater am Bülowplatz:
Das Nürnbergische Ei.
Deutsches Opernhaus: Der Bettelstudent.
Schiller-Theater Charlottenburg:
Die fünf Franzosen.
Deutsches Künstler-Theater: Donnerich.
Lefing-Theater: Baumeister Solmeß.
Abends 8 Uhr:
Deutsches Künstler-Theater: Montag und Freitag: Die selige Exzellenz.
Abends 8 1/2 Uhr:
Volkstheater, Theater am Bülowplatz:
Montag, Dienstag, Mittwoch:
Donnerstag: Doppelselbstmord.

Essing-Theater.
Direktion: Victor Barnowsky.
8 Uhr: Die gutgeschnittene Ecke.
Nachm. 3 Uhr: Baumeister Solmeß.
Mont.: Esther. — Die Neuvormählten.
Deutsch-Künstler-Theater.
Allabendlich 8 Uhr:
Die selige Exzellenz.
URANIA Taubenstr. 48/49.
Sonntag 4 Uhr (halbe Preise):
Kurland u. die Dänenfront.
Sonntag und Montag 8 Uhr:
Von allen Fronten der österreichisch-ungarischen Armee.

Apollo THEATER
Direktion Adolf Vogt
Telef. 1.617 u. 7341
Neue Kunstkräfte!
„Unsere Helden“
Neueste Schöpfv. H. D. Fry.
Operetten-Perle „Puppchen“
Hans Hauser!
Die weltberühmten Uessemes
Sylvester Krems u. Albert
10 Obersteier-Egos
Dressuren u. Zoo-Barnes u. King usw.
Anfang 8 Uhr Kleine Preise

Germania-Prachtstie. Chaussee- str. 110.
Jed. Sonntag:
Lustige Sänger.
Stets neues Programm!
Anf. d. Konz. 6 1/2 u. d. Vorst. 7 1/2

Theater für Sonntag, den 9. April.
Deutsches Opernhaus Charlottbg.
3 Uhr: Der Bettelstudent.
7 Uhr: Tannhäuser.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.
8 Uhr: Der Troubadour.
8 Uhr: Das Dreimäderlhaus
Gebt. Herrfeld-Theater
8 Uhr: Der Schlemihl.
Kleines Theater.
3 1/2 Uhr: Jettchen Gebert.
8 Uhr: Logierbesuch.
Komische Oper.
3 1/2 Uhr: Das süße Mädel.
8 Uhr: Der Favorit.
Lustspielhaus.
3 1/2 Uhr: Die zärtlichen Verwandten.
8 1/2 Uhr: Der Gatte des Fräuleins.
Metropol-Theater
3 Uhr: Wiener Blut.
8 Uhr: Die Kaiserin (Maria Theresia).
Luise-Theater
3 Uhr: Die Allwörden.
Charlotte Klinger.

Rose-Theater.
3 Uhr: Mutter Noack.
8 1/2 Uhr: Die goldene Eva.
Alwin Neuß als Gast.
Walhalla-Theater.
3 Uhr: Grigri.
8 Uhr: Es gibt nur ein Berlin.
Montis Operetten-Theater
3 1/2 Uhr: Der Weltenbummler.
8 Uhr: Der selige Balduin
Residenz-Theater
3 1/2 Uhr: Die Prinzessin vom Nil.
8 1/2 Uhr: Loge No. 7 m. H. Bender.
Schiller-Theater O.
8 Uhr: Die heitere Residenz.
Schiller-Th. Charlottenbg.
3 Uhr: Die 5 Frankfurter.
8 Uhr: Das Lumpengesindel.
Thalia-Theater.
3 Uhr: Drei Paar Schuhe.
8 Uhr: Blondinchen.
Theater am Nollendorfpf.
3 1/2 Uhr: Der Graf von Luxemburg.
8 1/2 U.: Immer feste druff!
Theater des Westens
3 1/2 Uhr: Polenblut.
8 Uhr: Das Fräulein vom Amt mit Guido Thielscher.
Trion-Theater.
4 Uhr: Das Glück im Winkel.
8 1/2 U.: Die beiden Meyers.

WINTERGARTEN
Elsa und Berta
Wiesenthal
sowie der neue April-Spielplan.
Außerdem 8 1/2
„Arizona“
Variété-Operette in 2 Bildern
Musik von Gilbert.
Ermäßigte Preise!

Circus Busch
Sonntag 3 1/2 und 8 Uhr:
2 Große Vorstellungen 2
Nachmitt. 1 Kind frei, weitere halbe Preise.
In beiden Vorstellungen, auch nachmittags ungetürzt:
„Ostern“ in 3 großen Akten
von Paula Busch.
1. Altgermanisches Osterfest.
Sonnenaufgang und Erscheinen der Göttin Ostara.
2. Osterfest des Mittelalters.
3. Die Geschichte von unserm Osterhasen.
Große Schlus-Apothekse:
Die tiefen Osterbonbonniere.
Sowie das ausgezeichnete Spezialitäten-Programm.

Voigt-Theater.
Badstr. 58. Badstr. 58.
Heute Sonntag 3 Uhr:
Alt-Heidelberg, du feine.
Heute Sonntag 8 Uhr:
Graf Waldemar.
Ab Montag: Ein toller Einfall.

Cigaretten.
Vor der Steuererhöhung
Direkt ab Fabrik
1 1/2 Pf. 100 Stück 0,85 M.
2 1/2 „ „ „ 1,10 „
3 1/2 „ „ „ 1,75 „
5 „ „ „ 2,80 „
Gute Qualitäten.
Geöffn. v. 8-8 Uhr, Sonntags bis 2 Uhr.
Bei Bestellungen von 20 M. an
Versand franco geg. Nachnahme.
Sendungen ins Feld nur gegen
Voreinsendung des Betrages.
Cigarettenfabrik W. Schnur,
Berlin N 39, Chausseestr. 86,
Fabrikgebäude, eine Treppe.

Admiralspalast
Heute 2 Vorstellungen
um 4 und 8 1/2 Uhr:
Die neue große Ausstattung-
Pantomime auf dem Eise
Frau Fantasie.
Nachm. kleine Preise.
Abends 2, 3, 4 Mk.
Vorzügliche Küche.

Casino-Theater
Lothring. Str. 37. Tägl. 8 Uhr.
Ein großer Theatererfolg!
Abendlich stürmischer Beifall!
Die Vogelscheuche.
Vollständig in 3 Aufzügen.
Vorher erstklassiges Aprilprogramm.
Sonntag 4 Uhr: Was macht nu.
Possen-Theater.
Linienstraße a. d. Friedrichstraße.
8 1/2 U.
Na so was!
Posse in 2 Akten v. Leonh. Haackel.
Gannef & Co.
Posse in 1 Akt von Theo Halton.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
Summ 174. Male:
„Die von der Emden.“
Anf. Sonntag 7 1/2 Uhr.

Palast
Heute 2 Vorstellungen 2
3 1/2 nachm. jeder Erwachsene
1 Kind frei. 8 Uhr.
In beiden Vorstellungen
d. ungekürzte Spezial-Programm u.
Das höchste Kleinod!
In einem Aufzug v. Otto Reutter.

Berliner Konzerthaus.
Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90/91.
Wein-Terrasse!
Heute: **Großes Konzert**
Berliner Konzerthaus-Orchester
Leiter: Komponist Franz v. Blon.
Anfang 4 Uhr.
Morgen, den 10. April: **Gr. Konzert**
des Beethoven-Quartetts (Männerchor). Chormeister: Kgl. Hof- und Domsänger Hans Niesner.

Stoffe
für feine Damen-Kostüme,
Herren-Anzüge usw.
Mtr. 4,-, 6,-, 8,-, 10,-, 12,- M.
Tuch-Lager
Koch & Seeland G. m. b. H.,
Gertraudenstr. 20/21, gegenüber d. Petrikirche.
Größte Einkaufsvorteile bietet
Di. Teppich-Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin S. Seit 1882 nur
Oranienstr. 158
Großes
Teppich-Lager
aller Größen und Qualitäten.
Sofa-Größe . . . à 10, 15—40 M.
Salon-Größe à 15, 20, 30—150 M.
Saal-Größe . . . à 45, 60, 75—800 M.
Gardinen, Portieren, Möbelstoffe,
Tischdecken, Steppdecken usw.
1 Posten Koehel-Tischdecken
à 4,50, 6,00, 10,00 u. 18 M.
Spezialkatalog kostenlos u. portofrei.

Reste Damen-tuche schwarz u. farbig, Kostüm-
Stoffe in Kammgarn, Polienne, Cheviot usw.
Bucksins zu Herren- und Knabengarderobe, Seidenstoffe, Sammete, Futterstoffe all. Art, Besatzartikel.
Konfektion
Kostüme, Paletots, Staubmäntel, Jacketts, Regen-Paletots und Pelerinen, Kostümstücke
Maßanfertigung unter Garantie für guten Sitz.
C. PELZ Berlin SO
Kottbuser Straße 5.

Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor),
10r Syphilis, Harn- u. Frauenleiden —
Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage),
Blutuntersuchung. Schnelle, sichere
schmerzlose Heilung ohne Berufs-
störung. Teilzahlung.
Sprechstunden: 10—1 und 5—8
Offene Füße
Krampfadergeschwür, auch veraltete, schmerzhafte
Wunden, Entzündung m. unerträgl.
Jucken heilt ohne Nachteil laut
vielen Erfolgsberichten die echte
„Olinda-Salbe“. Absolut mildeste
naturgemäße Wirkung.
M. 1.25 und 2.75. Otto Reichel,
Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

„Hoffnung“
Berliner Schneider-Genossenschaft (E. G. m. b. H.)
gegründet von organisierten Schneidergehilfen
Berlin N.
Brunnenstr. 185 (am Rosenthaler Tor).
Großes Lager fertiger
Anzüge
und
Sommer-Paletots,
Sport-Anzüge, Loden-Pelerinen.
Kinder-Anzüge in allen Größen.
Lieferant der Konsum-Genossenschaft Berlin und
Umgegend sowie des Arbeiter-Radfahrerbundes.
Telephon: Amt Norden 1591.

